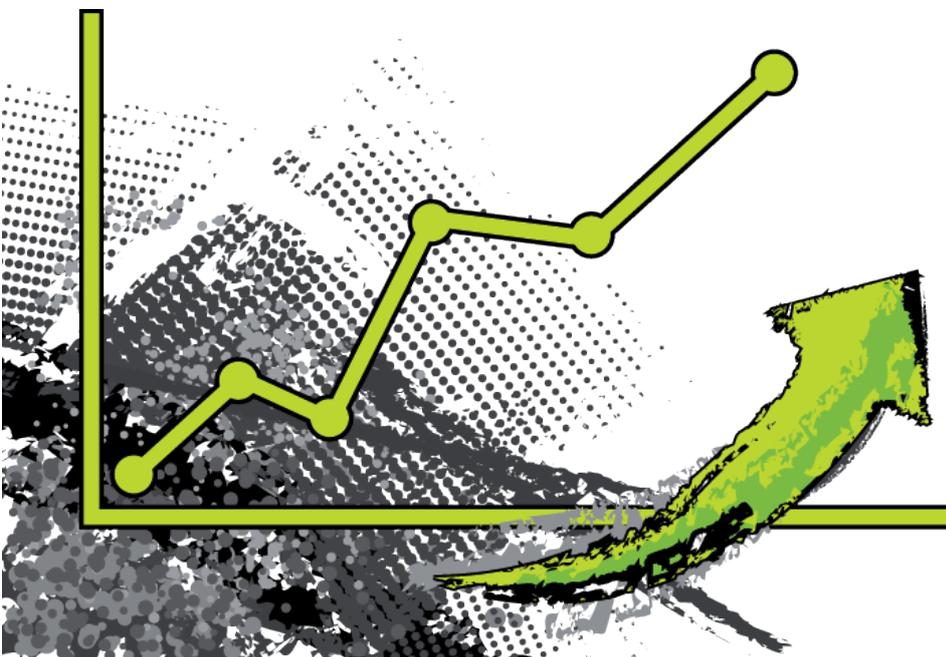




BILDUNGSBERICHT 2010/11



INHALT

VORWORT	7
EINLEITUNG	9
Teil I	
BILDUNG IM KONTEXT SICH VERÄNDERNDER RAHMENBEDINGUNGEN	11
1 Demografischer Wandel und gesellschaftlicher Kontext	11
1.1 Demografischer Wandel	11
1.1.1 Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegungen	11
1.1.2 Altersstruktur	12
1.1.3 Staatsangehörigkeit	13
1.1.4 Sprache	14
1.2 Gesellschaftlicher Kontext	14
1.2.1 Bildungsniveau: Trend zu höherer Bildung	14
1.2.2 Bildungsniveau nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit	15
1.2.3 Erwerbstätigenquote nach Alter und Geschlecht	17
1.2.4 Arbeitslosenquote nach Alter und Staatsangehörigkeit	18
1.2.5 Sozialhilfequote nach Alter und Staatsangehörigkeit	18
2 Parlamentarische Vorstösse und Volksinitiativen im Zeitraum 2005 bis 2010	20
2.1 Anzahl Parlamentarische Vorstösse und Volksinitiativen	20
2.2 Parlamentarische Vorstösse und Volksinitiativen nach Schulstufe und Thema	20
2.3 Parlamentarische Vorstösse und Volksinitiativen nach Einreichungsjahr	21
Teil II	
AUFBAU VON BASISKOMPETENZEN: FRÜHE BILDUNG UND VOLKSSCHULBILDUNG	23
1 Frühe Bildung, Betreuung und Erziehung	23
1.1 Familienergänzende Kinderbetreuung	24
1.2 Spielgruppen	25
1.2.1 Alter und Geschlecht der Kinder	25
1.2.2 Nationalität der Kinder	25
1.2.3 Erstsprache der Kinder	26
2 Volksschulen	27
2.1 Allgemeiner Auftrag und besondere Bedingungen	27
2.2 Schwerpunkte der Schulentwicklung	32
2.2.1 Harmonisierung der Schulen	32
2.2.2 Teilautonomie und Leitungen	32
2.2.3 Sonderpädagogik	34
2.2.4 Tagesstrukturen	36
2.2.5 Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern	37
2.3 Die einzelnen Stufen	37
2.3.1 Kindergarten	38
2.3.2 Primarschule	39
2.3.3 Orientierungsschule	40
2.3.4 Weiterbildungsschule	42

Teil III	
BILDUNG IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN ALLGEMEINBILDUNG UND SPEZIALISIERUNG: SEKUNDARSTUFE II	47
1 Allgemeine Informationen zur Sekundarstufe II	47
1.1 Angebote und Schulen	47
1.2 Abschlussquoten	48
1.3 Verteilung nach Ausrichtung von Bildungsgang, Nationalität und Geschlecht	48
2 Allgemeinbildende Schulen	49
2.1 Gymnasien	49
2.1.1 Maturitätsquoten	49
2.1.2 Anteil Frauen und Männer	50
2.1.3 Anteil Jugendlicher schweizerischer und ausländischer Nationalität	51
2.1.4 Schwerpunktfachwahl im 1. Gymnasialjahr	51
2.1.5 Übertritt zur universitären Hochschule	53
2.2 Fachmaturitätsschule	53
2.2.1 Abschlussquoten	53
2.2.2 Anteil Frauen und Männer	54
2.2.3 Anteil Jugendlicher schweizerischer und ausländischer Nationalität	54
3 Berufsbildung	56
3.1 Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung	56
3.2 Berufliche Grundbildung	57
Teil IV	
BILDUNG AUF TERTIÄRSTUFE	65
1 Tertiärbereich A: Hochschulen	65
1.1 Universität Basel	65
1.1.1 Studentinnen und Studenten	65
1.1.2 Dozentinnen und Dozenten	68
1.2 Fachhochschule Nordwestschweiz	69
1.2.1 Studentinnen und Studenten	69
1.2.2 Dozentinnen und Dozenten	71
2 Tertiärbereich B: Höhere Berufsbildung	73
2.1 Eidgenössische Prüfungen	73
2.2 Höhere Fachschulen	75
3 Stipendien	77
Teil V	
WEITERBILDUNG	79
1 Vielfältige nicht formale Bildung	79
1.1 Zur Begrifflichkeit	79
1.2 Teilnahme an nicht formaler Bildung: ein Überblick	79
1.3 Kurse an der Volkshochschule	81
1.4 Sprachkurse für die Migrationsbevölkerung	81
1.5 Weiterbildungsangebote der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW	82

Teil VI		
LEHRPERSONEN		85
1	Zusammensetzung	85
2	Aus- und Weiterbildung	88
2.1	Abschlüsse	88
2.2	Ausbildung	89
2.3	Weiterbildung und Beratung	89
2.4	Qualitätsmanagement	90
Teil VII		
ÖFFENTLICHE BILDUNGS-AUSGABEN		93
1	Bildungsausgaben im Vergleich zu anderen Kantonen	93
1.1	Bildungsausgaben pro Schülerin/Schüler und Stufe	94
1.2	Bildungsausgaben pro Kopf und Volkseinkommen	95
2	Entwicklung der Bildungsausgaben in Basel-Stadt 2004–2007	96
2.1	Prozentualer Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben	96
2.2	Ausgaben pro Kopf und Stufe	96
Anhang		99
Parlamentarische Vorstösse 2005 bis 2010		99
Verzeichnis der Grafiken und Tabellen		105
Abkürzungsverzeichnis		109
Impressum		110

VORWORT

Ein grösserer Kontrast ist kaum denkbar: Ein Vater nimmt den Schulbesuchstag zum Anlass, einen Blick auf den Unterricht seiner Tochter zu werfen. Was, wie und wie viel lernt sie? Wie gut ist sie aufgehoben und aufgenommen? Eine Ökonomin schnuppert im Bildungsbericht 2010/11. Wie effizient ist das basel-städtische Bildungssystem? Was ist dem Kanton Basel-Stadt die Bildung im Vergleich zu den Gesamtausgaben wert? Zwei unterschiedliche Bedürfnisse und Interessenlagen, zwei Perspektiven, zwei Einblicke in ein und dasselbe System: in die Bildungslandschaft Basel-Stadt. Beide erfassen Wirklichkeit und gültige Wahrheiten, beide Perspektiven sind legitim und nötig zur Orientierung. Wer hinter einem Bildungsbericht nicht die 70'000 Menschen sieht, die täglich Primärerfahrungen mit dem basel-städtischen Bildungssystem machen, wird vom Ganzen nur wenig erfassen. Wer nur auf der Grundlage von Einzelerfahrungen wertet und dem Zählbaren grundsätzlich misstraut, wird eher Vorurteile bestätigen als Urteile bilden.

Ein Bildungsbericht stellt die mit Zahlen erfassbaren Teilwahrheiten und die mess- oder zählbaren Wirklichkeiten ins Zentrum. Bildung und ihre Wirkungen sind beides: unmessbar und messbar. Chancengerechtigkeit ist messbar, Selbstbewusstsein nur in Teilaspekten, innere Prozesse überhaupt nicht. Das pädagogische Han-

deln, das Lernen, ihre Ergebnisse sind grundsätzlich beschreibbar, der messenden Forschung, der zählenden Statistik zugänglich. Was auch immer messbar ist, soll denn auch gemessen werden mit der Zielsetzung, Bildung besser zu verstehen, Schülerinnen und Schüler besser fördern zu können, Bildung zu legitimieren. Das Defizit an Erkenntnis über die Wirkungen der Schule ist also begrenzt und wird mit dem Ausbau der Bildungsforschung und des Bildungsmonitorings kleiner werden. Es ist aber wohl grundsätzlich nicht aufhebbar. Denn unser Bildungsbegriff ist nicht trivial, nicht auf einfach beschreibbare und vermessbare Kompetenzen reduziert, sondern den jungen Menschen angemessen: komplex, weit gefasst und differenziert. Bildung ist aber auch ein subjektiver Vorgang. Wovon sich ein Kind berühren lässt oder was sich bei einem Jugendlichen an Bildung ereignet, ist das Ergebnis von Vorgängen in der Person des Kindes, des Jugendlichen, und damit der Vermessung nicht zugänglich. Das heisst: Ein Bildungssystem, das sich dem Vergleich, dem Messen und Zählen verschliesst, verzichtet auf wichtiges Wissen zur Entwicklung der Bildung. Und umgekehrt gilt: Ein Bildungssystem, das nur für wichtig nimmt, was mess- und zählbar ist, ist blind, weil es wichtige Bildungsvorgänge und -wirkungen ausblendet.

*Hans Georg Signer, Leiter Bildung
Erziehungsdepartement Basel-Stadt*

Ausgangslage

Das öffentliche Interesse an Bildung ist gross, denn Bildung soll der nächsten Generation die bestmögliche Grundlage für die berufliche und persönliche Entwicklung schaffen. Einzelne Studien oder Leistungsmessungen geben Informationen über Ergebnisse und Wirkungen im System; die Qualität der Schulsysteme muss aber auch aus einer Gesamtsicht mit Hilfe ausgewählter Indikatoren, Daten und Bildungsstandards beurteilt werden. Bildungsmonitoring und Bildungsberichte schaffen Grundlagen für einen Blick aufs Ganze.

Bildungslandschaft Schweiz

Im Mai 2006 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sowie alle Stände die revidierten Bildungsartikel in der Bundesverfassung mit 86 Prozent Ja-Stimmen angenommen. In Artikel 62 Absatz 4 verlangen diese die Harmonisierung des Schulwesens der Kantone im Bereich des Schuleintrittsalters, der Schulpflicht, der Dauer und der Ziele der Schulstufen und der Übergänge sowie die Anerkennung von Abschlüssen. Zur Umsetzung der Harmonisierung entwickelte die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat). Dieses Konkordat trat am 1. August 2009 in Kraft. Beigetreten sind bisher die Kantone Schaffhausen, Glarus, Waadt, Jura, Neuenburg, Wallis, St. Gallen, Zürich, Genf, Tessin, Bern, Freiburg, Basel-Stadt (5. Mai 2010), Solothurn und Basel-Landschaft.

Das HarmoS-Konkordat sieht vor, dass die Überprüfung des Erreichungsgrades von nationalen Bildungsstandards künftig im Rahmen des schweizerischen Bildungsmonitorings vorgenommen wird. Eine Pilotversion des Bildungsberichts Schweiz erschien im Jahr 2006, der erste Zyklus im Jahr 2010.¹

An ihrer Plenarversammlung vom 16. Juni 2011 hat die EDK die ersten nationalen Bildungsziele (Bildungsstandards) für die obligatorische Schule frei gegeben. Diese beschreiben, welche Grundkompetenzen die Schülerinnen und Schüler in Schulsprache, Fremdsprachen, Mathematik und Naturwissenschaften bis am Ende des 4., 8. und 11. Schuljahres erwerben sollen. Bei dieser Zählung wird der zweijährige obligatorische Kindergarten mitgezählt.²

Bildungsraum Nordwestschweiz

Der Bildungsraum Nordwestschweiz gründet auf einer Ende 2009 abgeschlossenen Regierungsvereinbarung der vier Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn. Mit der Unterzeichnung der Zusammenarbeitsvereinbarung haben sich die Regierungen der vier Kantone verpflichtet, Herausforderungen im Bildungsbereich gemeinsam anzugehen. Durch die Zusammenarbeit sollen die Qualität und die Wirksamkeit der kantonalen Bildungssysteme gesteigert werden. Entwicklungsthemen werden gemeinsam abgesprochen und die entsprechenden kantonalen Vorlagen gemeinsam erarbeitet. Schliesslich werden die Interessen der vier Kantone im Bildungsbereich gegenüber dem Bund und in der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gemeinsam vertreten. Der unbefristete Vertrag regelt die Zusammenarbeit unter den Bildungsdepartementen und gilt für alle Bildungsstufen.

Grundlage der künftigen vierkantonalen Zusammenarbeit wird unter anderem ein Nordwestschweizer Bildungsbericht darstellen. Dieser sieht vor, die Bildungssysteme der vier Kantone vergleichend zu analysieren und den Handlungsbedarf sowie Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Der Bericht soll erstmals im Jahr 2012 erscheinen.³

¹ *Bildungsbericht Schweiz 2010*, hg. von Luzia Annen et al., Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, Aarau 2010.

² Medienmitteilung der EDK vom 4. Juli 2011.

³ Medienmitteilung des Bildungsraums Nordwestschweiz vom 17. Oktober 2011.

Entwicklungen des Bildungswesens im Kanton Basel-Stadt

Das basel-städtische Erziehungsdepartement hat sich mit dem «Leitbild für die Schulen des Kantons Basel-Stadt» 2005 auf qualitativ anspruchsvolle Ziele für sein Bildungssystem geeinigt und die erwartete Qualität der Ergebnisse seiner Bildungsanstrengungen formuliert.⁴ Der «Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt» konkretisierte 2006 die im Leitbild formulierten Leitideen zur Weiterentwicklung der Schulen Basel-Stadt und legte Entwicklungsziele sowohl zum Unterricht und zum Schulumfeld wie auch zur Organisation fest. Darüber hinaus stellt er Varianten zur Neuorganisation der Primar- und Sekundarstufe zur Diskussion.⁵ Dieser Prozess mündete in die im Mai 2009 vom Grossen Rat beschlossene Harmonisierung der Schulen Basel-Stadt sowie in den Beitritt des Kantons Basel-Stadt zum HarmoS-Konkordat.

Ziele des Bildungsberichts Basel-Stadt 2011

Der vorliegende Bericht verfolgt drei Ziele: Er will erstens den Ist-Zustand des Bildungssystems des Kantons Basel-Stadt vor der Umsetzung der beschlossenen und geplanten Reform darstellen, zweitens eine Vergleichsbasis für die nachfolgenden vierkantonalen Bildungsberichte schaffen sowie drittens eine datengestützte Berichterstattung und Darstellung der parlamentarischen Vorstösse der letzten sechs Jahre (2005–2010) bieten.

Der Bildungsbericht Basel-Stadt erscheint einmalig im November 2011. Die Berichterstattung erfolgt künftig im Rahmen des Bildungsmonitorings des Bildungsraums Nordwestschweiz.

⁴ *Leitbild für die Schulen des Kantons Basel-Stadt. Erziehungsdepartement Basel-Stadt, 2005.*

⁵ *Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt. Erziehungsdepartement Basel-Stadt, 2006.*

TEIL I

BILDUNG IM KONTEXT SICH VERÄNDERNDER RAHMENBEDINGUNGEN

1

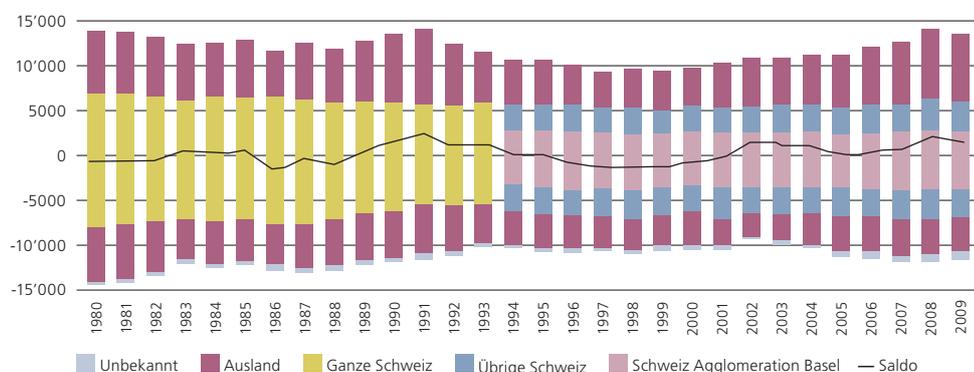
DEMOGRAFISCHER WANDEL UND GESELLSCHAFTLICHER KONTEXT

1.1 Demografischer Wandel

1.1.1 Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegungen

Ende 2010 zählte der Kanton Basel-Stadt 190'333 Einwohnerinnen und Einwohner. Nachdem die Bevölkerungszahlen in den 1970er-, 1980er- und 1990er-Jahren laufend zurückgegangen waren, hat sich die Bevölkerung nach der Jahrtausendwende stabilisiert. Die jüngste Entwicklung zeigt gar wieder eine Zunahme: Seit 2006 ist die Bevölkerung in Basel-Stadt um 1.6 Prozent gewachsen.

In Basel-Stadt übersteigt die Zahl der Todesfälle seit längerer Zeit diejenige der Geburten. Der jüngste Bevölkerungszuwachs kam einzig durch Zuwanderungen zustande. Zwischen 1980 und 2009 zogen jährlich zwischen 14'169 (2008) und 9322 (1997) Personen neu nach Basel-Stadt. Die Zahl der Weggezogenen bewegte sich zwischen 14'617 (1980) und 9523 (2002). In den 1980er-Jahren ergaben sich mehrheitlich negative Wanderungsbilanzen. Von 1990 bis 1994 waren die Saldi der Zu- und Weggezogenen positiv, von 1995 bis 2001 negativ. Seit 2002 gibt es wieder Wanderungsgewinne, einzig 2005 resultierte ein leicht negativer Saldo. 2009 zogen 1666 Personen mehr zu als weg. Dieser Wanderungsgewinn ist fast ausschliesslich auf Zuzüge aus dem Ausland zurückzuführen: 2009 zogen 3588 Personen mehr aus anderen Staaten nach Basel-Stadt, als den Kanton in Richtung Ausland verliessen. Leicht positiv war die Wanderungsbilanz gegenüber schweizerischen Gebieten ausserhalb der Agglomeration Basel (+131). Gegenüber der Agglomeration Basel ergab sich hingegen ein deutlicher Wanderungsverlust von 1219 Personen.



Grafik 1

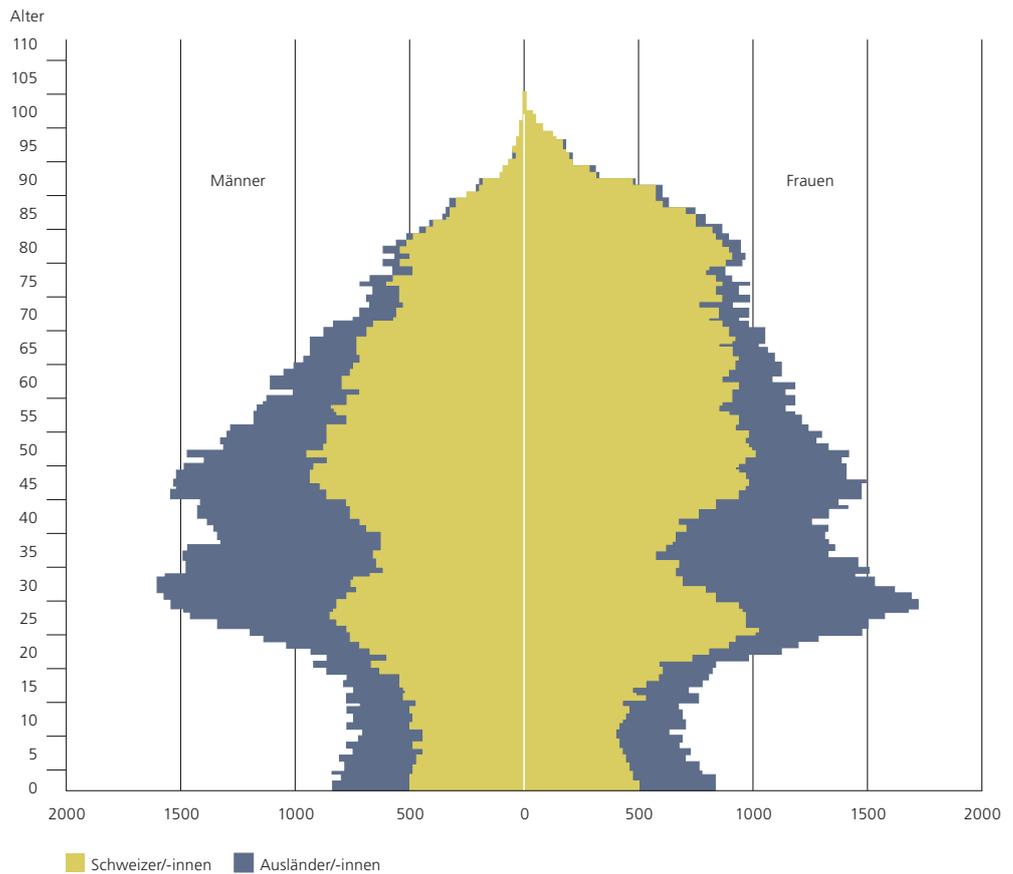
Zu- und Weggezogene nach Herkunft/Wanderziel 1980–2009
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

1.1.2 Altersstruktur

Von den 190'333 Einwohnerinnen und Einwohnern am Jahresende 2010 waren 31'052 weniger als 20 Jahre alt. Dies entspricht einem Anteil von 16.3 Prozent der Gesamtbevölkerung. 1980 hatte dieser Anteil noch 18.6 Prozent betragen. Bis 1990 sank der Anteil der Kinder und Jugendlichen auf 15.8 Prozent, danach stieg er bis 1999 wieder auf 17.4 Prozent. Seither ist der Prozentsatz der unter 20-Jährigen rückläufig. Zugenommen hat dafür der Anteil der 20- bis 64-Jährigen: 1980 gehörten 61.9 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner dieser Altersgruppe an, 2010 waren es 63.4 Prozent. Ebenfalls gewachsen – und zwar um 0.8 Prozentpunkte auf 20.2 Prozent – ist die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren.

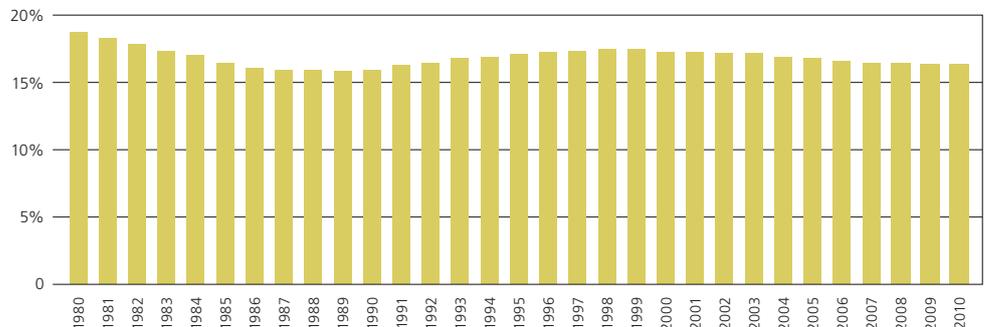
Grafik 2

Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit im Kanton Basel-Stadt 2010
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt



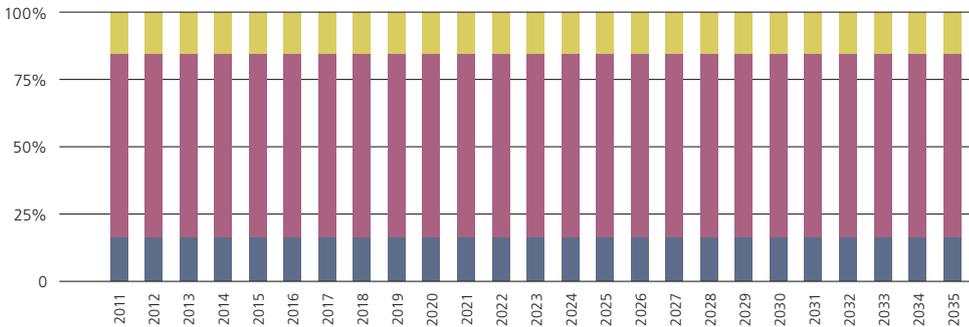
Grafik 3

Anteil der unter 20-Jährigen im Kanton Basel-Stadt 1980–2010
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt



Gemäss der vom Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt erstellten Bevölkerungsprognose (mittleres Szenario) wird die Bevölkerungszahl des Stadtkantons bis 2035 auf 196'400 Einwohnerinnen und Einwohner steigen. Dies entspricht dem Bevölkerungsstand Mitte der 1990er-Jahre. Nach Alter betrachtet nimmt der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung bis 2035 wieder leicht zu. Der Anteil Personen zwischen 20 und 69 Jahren wird hingegen etwas zurückgehen. Moderat um 1.9 Pro-

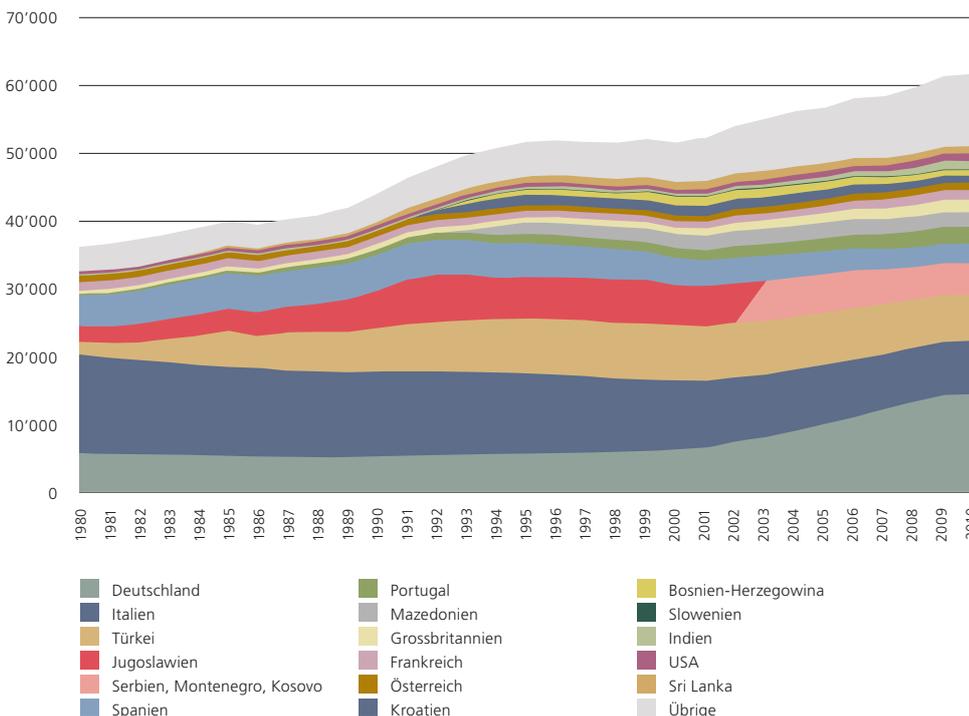
zentpunkte wachsen wird der Anteil der 70-Jährigen und Älteren. Die relativ bescheidene Zunahme der Seniorinnen und Senioren lässt sich u.a. damit erklären, dass Basel-Stadt bei dieser Bevölkerungsgruppe im kantonalen Vergleich bereits heute ein relativ hohes Niveau erreicht hat.



Grafik 4
 Bevölkerungsentwicklung nach Alter gemäss dem mittleren Szenario der Bevölkerungsentwicklung bis 2035
 Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

1.1.3 Staatsangehörigkeit

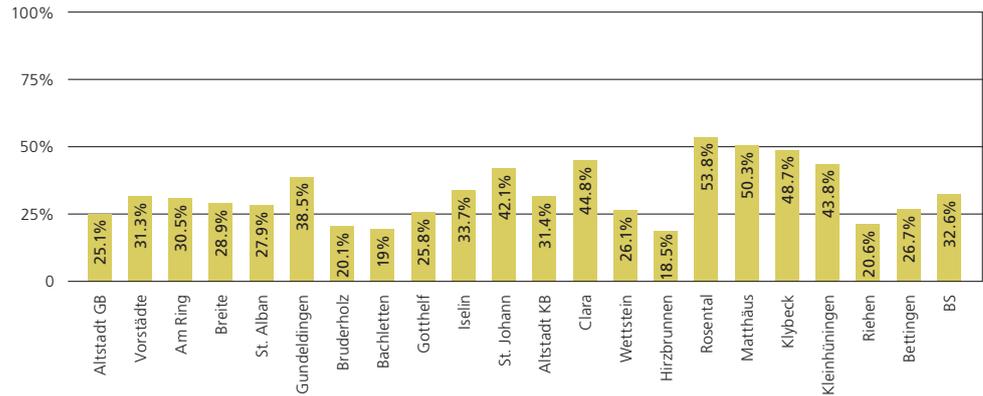
2010 besaßen 32.6 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt keinen Schweizer Pass, das sind 15.1 Prozentpunkte mehr als 1980. Nach Staatsangehörigkeit betrachtet, bilden die Deutschen seit 2005 die grösste Nationengruppe (14'419 Personen oder 23.2 Prozent der ausländischen Bevölkerung Ende 2010). Bis 2004 nahmen die Italienerinnen und Italiener diesen Platz ein, nun stellen sie noch die zweitgrösste Nationengruppe (7955 Personen oder 12.8 Prozent der ausländischen Bevölkerung), gefolgt von den Türkinnen und Türken (6768 Personen oder 10.9 Prozent der ausländischen Bevölkerung). An vierter Stelle stehen Personen aus Serbien, Montenegro und Kosovo (4690 Personen oder 7.5 Prozent der ausländischen Bevölkerung). Zwischen den Gemeinden (Bettingen, Riehen) und Wohnvierteln (Stadt Basel) variiert der Ausländeranteil stark. Die höchsten Anteile von Personen ohne Schweizer Pass wiesen 2010 die Wohnviertel Rosental (53.8 Prozent), Matthäus (50.3 Prozent) und Klybeck (48.7 Prozent) auf. Am unteren Ende der Skala befanden sich das Bruderholz- (20.1 Prozent), das Bachletten- (19 Prozent) sowie das Hirzbrunnenviertel (18.5 Prozent).



Grafik 5
 Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit im Kanton Basel-Stadt 1980–2010
 Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

Grafik 6

Anteil Ausländerinnen und Ausländer nach Gemeinde und Wohnviertel im Kanton Basel-Stadt 2010
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt



1.1.4 Sprache

Die Sprache wird für die Gesamtbevölkerung jeweils nur im Rahmen der Eidgenössischen Volkszählungen erfasst, sodass die aktuellsten Zahlen aus dem Jahr 2000 stammen, als diese Erhebung das letzte Mal durchgeführt wurde. Damals gab die überwiegende Mehrheit, nämlich 79.3 Prozent, Deutsch als Hauptsprache an. Als Hauptsprache gilt diejenige Sprache, die am besten beherrscht wird. Nach Deutsch folgte mit deutlichem Abstand Italienisch, das für 5 Prozent der basel-städtischen Bevölkerung Hauptsprache war. An dritter und vierter Stelle standen Französisch (2.5 Prozent) und Türkisch (2.2 Prozent). Die Gemeinden bzw. die Wohnviertel mit den höchsten Anteilen Deutschsprachiger waren Bettingen (94.8 Prozent), Riehen (90.9 Prozent) und Bachletten (89.2 Prozent). Am wenigsten Personen mit Deutsch als Hauptsprache lebten in den Quartieren Klybeck (64.3 Prozent), Rosental und Matthäus (je 65.9 Prozent).

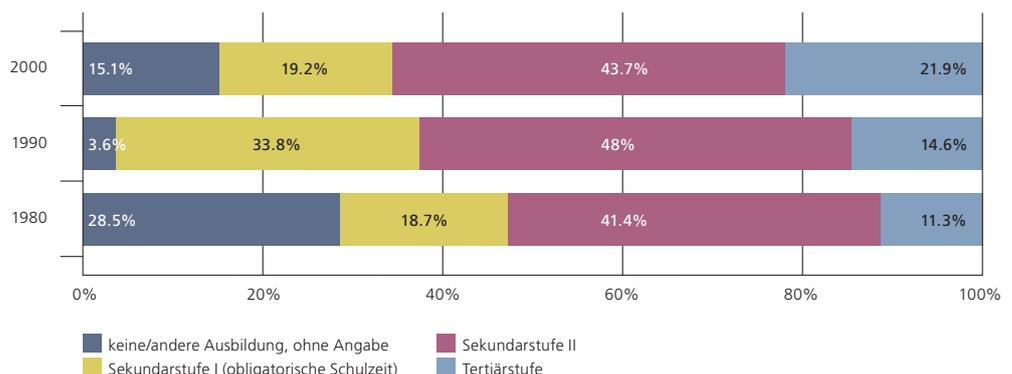
1.2 Gesellschaftlicher Kontext

1.2.1 Bildungsniveau: Trend zu höherer Bildung

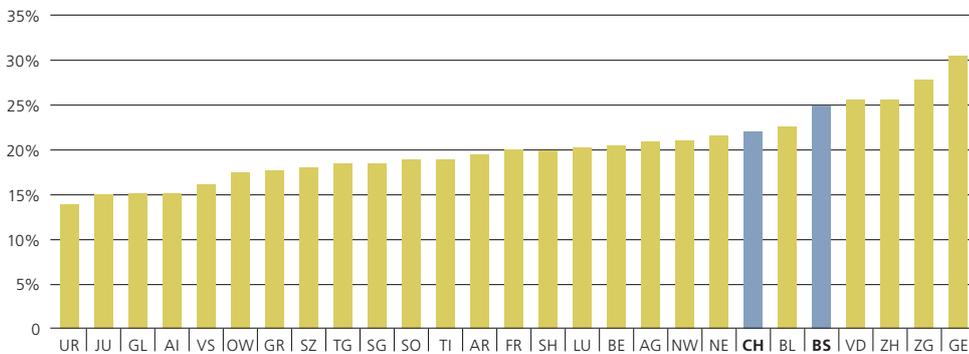
Die bei der Eidgenössischen Volkszählung gestellte Frage nach der höchsten abgeschlossenen Ausbildung lässt auf das Bildungsniveau der Bevölkerung schliessen. Entsprechend dem gesamtschweizerischen Trend ist das Bildungsniveau der Wohnbevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab einem Alter von 25 Jahren zwischen 1980 und 2000 deutlich gestiegen. Die Quote der Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss hat sich zwischen 1980 und 2000 namentlich auf Kosten der Sekundarstufe I, die der obligatorischen Schulzeit entspricht, von 11.3 auf 21.9 Prozent nahezu verdoppelt. 43.7 Prozent der Wohnbevölkerung und damit die grosse Mehrheit verfügt gemäss Volkszählung 2000 über einen Abschluss auf Sekundarstufe II. Dazu zählen insbesondere Ausbildungsgänge der Berufsfachschulen, Fach- bzw. Diplommittelschulen und Maturitätsschulen.

Grafik 7

Bildungsniveau der Wohnbevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 25 Jahren 1980–2000
Quelle: Eidgenössische Volkszählungen 1980, 1990 und 2000



Einen eigentlichen Boom erleben schon seit einigen Jahren die Bildungsangebote auf der Tertiärstufe (Höhere Berufsbildung, Hochschulen). Zwischen 1980 und 2000 hat sich die absolute Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mit tertiärem Bildungsabschluss trotz gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang im Stadtkanton von 16'951 auf 31'662 knapp verdoppelt. Im Kantonsvergleich weist Basel-Stadt gemäss Volkszählung 2000 mit 25 Prozent hinter Genf, Zug, Zürich und der Waadt den fünfthöchsten Anteil an Personen mit tertiärem Bildungsabschluss auf.



Grafik 8
Wohnbevölkerung ab 25 Jahren mit einem Bildungsabschluss auf Tertiärstufe in Prozent 2000
Quelle: Eidgenössische Volkszählung 2000

1.2.2 Bildungsniveau nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) der Jahre 2007 bis 2009 verfügen 33 Prozent der ständig in Basel-Stadt wohnhaften Bevölkerung ab 15 Jahren über einen Bildungsabschluss auf Tertiärstufe.¹ Dieser Ausbildungsstufe sind Hochschulabschlüsse und die höhere Berufsausbildung zugeordnet. Zur Sekundarstufe II zählen Abschlüsse von Maturitätsschulen, Vollzeitberufsschulen, allgemeinbildenden Schulen über die Schulpflicht hinaus sowie die berufliche Grundbildung. Fast die Hälfte der Bevölkerung, nämlich 46 Prozent, hat eine Ausbildung auf dieser Stufe absolviert. 21 Prozent der Bevölkerung sind auf Sekundarstufe I ausgebildet, d.h. sie haben die obligatorische Schule besucht (mit oder ohne Abschluss).

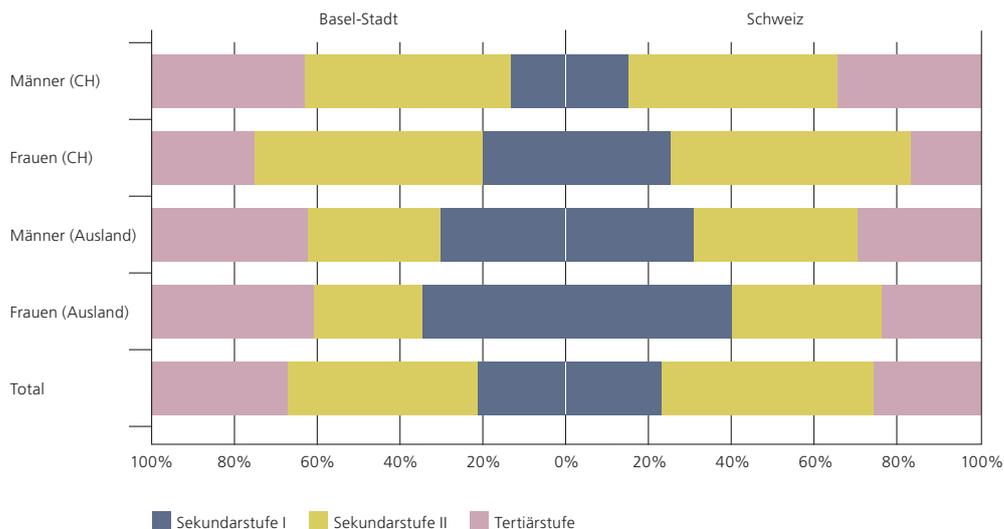
Die Verteilung der Bildungsabschlüsse nach Altersklassen widerspiegelt den allgemeinen Trend zu höheren Bildungsabschlüssen. Während von den über 65-Jährigen nur 14 Prozent einen tertiären Abschluss erlangt haben, sind es bei Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren bereits 32 Prozent, und bei den Erwachsenen zwischen 25 und 44 Jahren ist es knapp die Hälfte (49 Prozent). Dementsprechend nimmt die Häufigkeit von Ausbildungsabschlüssen auf Sekundarstufe I oder II mit steigendem Alter zu. Bei den jungen Erwachsenen zwischen 25 und 34 Jahren sind nur noch 10 Prozent auf Sekundarstufe I ausgebildet. Nicht erstaunen darf der hohe Anteil Ausbildungsabschlüsse auf Sekundarstufe I bei Personen zwischen 15 und 24 Jahren, da diese zu einem grossen Teil noch in Ausbildung sind.

Ausländische Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren weisen in Basel-Stadt die höchste Quote an tertiären Bildungsabschlüssen auf (39 Prozent), dicht gefolgt von den ausländischen Männern mit 38 Prozent und den Schweizern mit 37 Prozent, während Schweizerinnen nur in 25 Prozent der Fälle über einen Ausbildungsabschluss auf Tertiärstufe verfügen. Alle vier Bevölkerungsgruppen weisen einen höheren Anteil an Tertiärabschlüssen auf als im Landesdurchschnitt; die Differenz ist für Ausländerinnen am grössten. Andererseits sind unter den ausländischen Personen auch Bildungsabschlüsse auf Sekundarstufe I mit 30 Prozent weiter verbreitet als unter den Schweizerinnen, die nur in 17 Prozent der Fälle eine Ausbildung auf diesem Niveau absolviert haben. Zu beachten ist bei diesen Vergleichen, dass Kurzaufenthalterinnen und Kurzaufenthalter, vorläufig Aufgenommene sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Rahmen der SAKE nicht befragt werden, sodass die Ergebnisse nicht auf diese Bevölkerungsgruppen übertragen werden können.

¹ Die SAKE ist eine Stichprobenerhebung, die für Basel-Stadt rund 1500 telefonische Befragungen vorsieht. Grundgesamtheit ist die ständige Wohnbevölkerung (Schweizerinnen und Schweizer sowie Ausländerinnen und Ausländer, die länger als ein Jahr in der Schweiz wohnen).

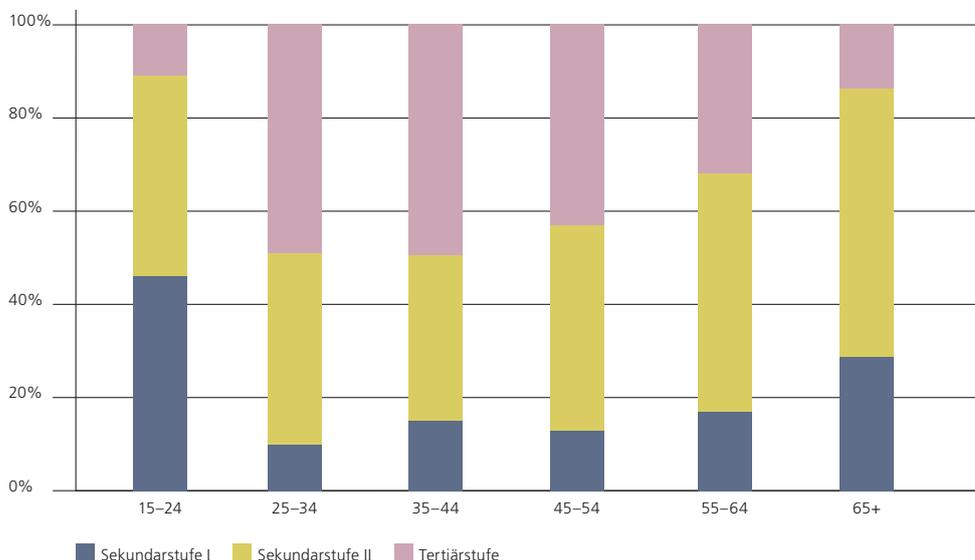
Grafik 9

Bildungsniveau der ständigen Wohnbevölkerung in Basel-Stadt und der Schweiz 2007–2009
Quelle: BFS, SAKE



Grafik 10

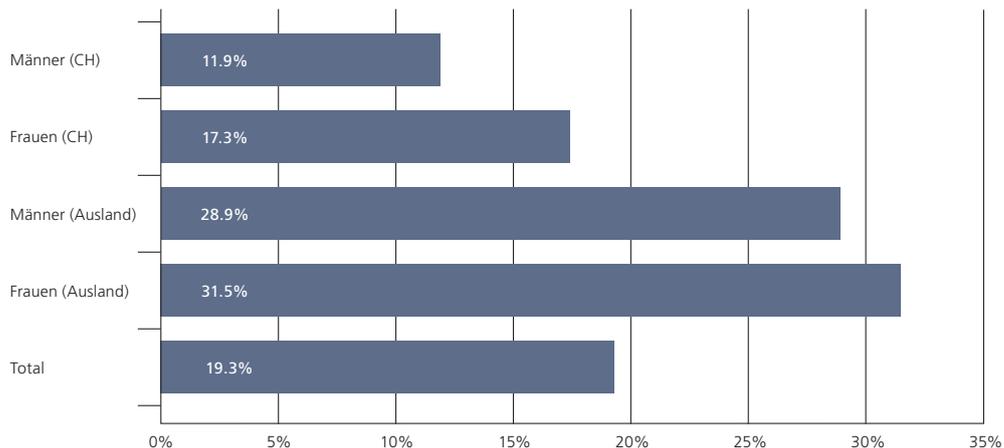
Bildungsniveau der ständigen Wohnbevölkerung in Basel-Stadt nach Alter 2007–2009
Quelle: BFS, SAKE



Die vergleichsweise hohe Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Ausbildung im Tertiärbereich steht im Widerspruch zum Sachverhalt, dass der Anteil derjenigen Personen, die höchstens die Primarschule – oder nicht einmal diese – abgeschlossen haben, bei den Ausländerinnen und Ausländern deutlich höher ist als bei den Schweizerinnen und Schweizern. Tendenziell sind Ausländerinnen und Ausländer also entweder sehr gut ausgebildet oder aber sehr niedrig qualifiziert.

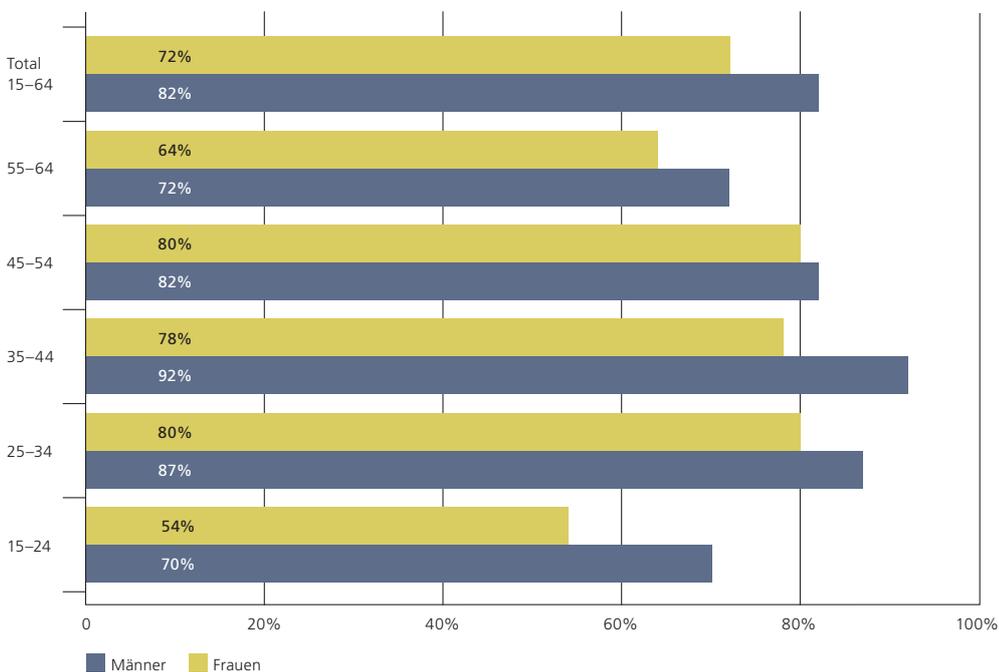
Grafik 11

Personen mit obligatorischer Grundschulbildung (abgeschlossen oder nicht abgeschlossen) 2007–2009
Quelle: BFS, SAKE



1.2.3 Erwerbstätigenquote nach Alter und Geschlecht

Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) der Jahre 2007 bis 2009 zeigt, dass im Durchschnitt 77 Prozent der ständig in Basel-Stadt wohnhaften Personen zwischen 15 und 64 Jahren einer Erwerbstätigkeit nachgehen, was leicht unter dem Landesdurchschnitt von 79 Prozent liegt. Als erwerbstätig gelten dabei Personen, die in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gegen Entlohnung gearbeitet haben. Männer im Kanton Basel-Stadt weisen über alle Altersstufen hinweg eine höhere Erwerbsbeteiligung auf als die Frauen. Insgesamt beträgt die Erwerbstätigenquote der Männer zwischen 15 und 64 Jahren 82 Prozent, jene der Frauen 72 Prozent. Im Zehnjahresvergleich hat der Unterschied zwischen den Geschlechtern abgenommen: Anlässlich der SAKE der Jahre 1997 bis 1999 gaben 65 Prozent der Frauen zwischen 15 und 64 an, erwerbstätig zu sein, während die Erwerbstätigenquote der Männer 81 Prozent betrug. Auch in Basel-Stadt setzt sich der Trend zu einer verstärkten Erwerbsbeteiligung der Frauen fort, wenngleich zu einem hohen Anteil in Form von Teilzeiterwerbstätigkeit.



Grafik 12
 Erwerbstätigenquote der
 ständigen Wohnbevölkerung
 in Basel-Stadt 2007–2009
 Quelle: BFS, SAKE

1.2.4 Arbeitslosenquote nach Alter und Staatsangehörigkeit

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise wirkte sich ab dem zweiten Halbjahr 2008 auch auf den Arbeitsmarkt im Stadtkanton aus und beendete eine mehrjährige Phase stetig sinkender Arbeitslosenzahlen. Im Jahresdurchschnitt 2010 beträgt die Quote der registrierten Arbeitslosen im Kanton 4 Prozent, ein Wert, der letztmals 2005 überschritten wurde. Dennoch sind die Folgen der Krise auf den Arbeitsmarkt bisher weniger stark ausgefallen als erwartet. Grosse Unterschiede manifestieren sich in der Höhe der Arbeitslosenquote nach Alter und Staatsangehörigkeit: Während 2.9 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer ab 25 Jahren zu den registrierten Arbeitslosen zählen, sind es unter den Ausländerinnen und Ausländern der gleichen Altersklasse 6.3 Prozent. Die jugendlichen Arbeitslosen im Alter von 15 bis 24 Jahren liegen mit 4.8 Prozent (Schweizerinnen und Schweizer) und 4.9 Prozent (Ausländerinnen und Ausländer) dazwischen. Als positiv ist der mehrjährige Trend zu tieferen Jugendarbeitslosenquoten zu werten. Im Jahr 2004 lag Basel-Stadt mit 6.9 Prozent arbeitslosen Jugendlichen um 1.8 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. 2010 beträgt die Jugendarbeitslosigkeit in Basel-Stadt 4.9 Prozent und liegt damit leicht über der schweizweiten Quote von 4.4 Prozent.

Grafik 13

Zeitreihe Arbeitslosenquote
2004–2010
Quelle: SECO



1.2.5 Sozialhilfequote nach Alter und Staatsangehörigkeit

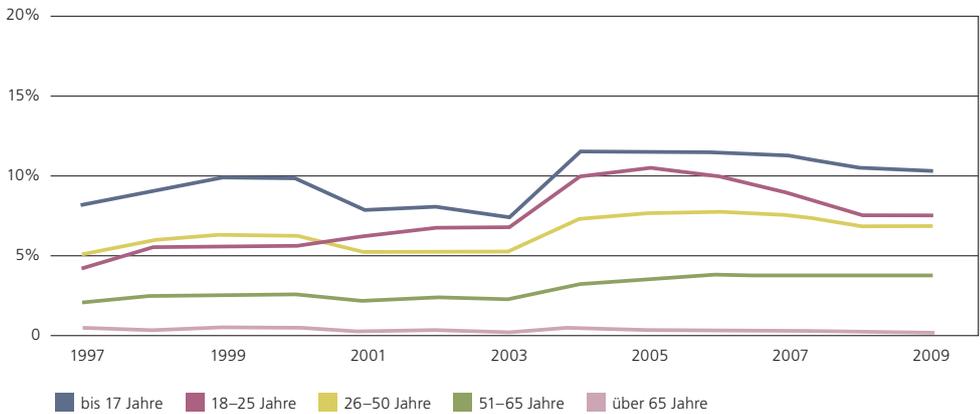
Gemäss Schweizerischer Sozialhilfestatistik sank die Sozialhilfequote in Basel-Stadt zwischen 2006 und 2009 von 7.1 auf 6 Prozent, wobei sich der Rückgang seit 2008 stark abschwächte.² Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und die erhöhte Arbeitslosigkeit werden sich erst verzögert auf die Zahl der Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger auswirken.

In der Stadt Basel ist die Sozialhilfequote etwas höher als im Kanton und beträgt 2009 insgesamt 6.4 Prozent. Auch beim Sozialhilfebezug zeigen sich grosse Unterschiede nach Alter und Staatsangehörigkeit. Das Risiko, von der Sozialhilfe abhängig zu werden, ist für Ausländerinnen und Ausländer (Sozialhilfequote von 8.8 Prozent) in der Stadt Basel im Jahr 2009 mehr als eineinhalb Mal höher als für Schweizerinnen und Schweizer (5.1 Prozent). Im letzten Jahrzehnt hat sich dieses Verhältnis aber merklich verringert: 1997 wies die ausländische Bevölkerung eine mehr als zweimal höhere Sozialhilfequote auf als die Schweizer Bevölkerung, 2003 war sie sogar mehr als zweieinhalb Mal höher.

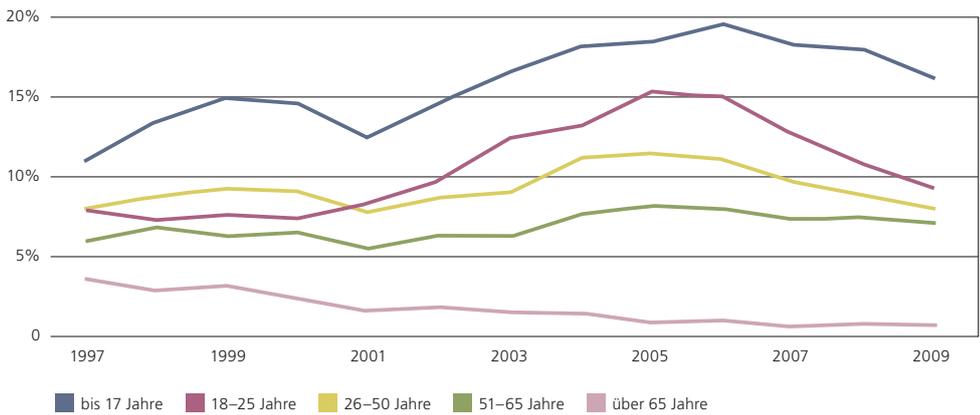
Sowohl bei der schweizerischen als auch bei der ausländischen Bevölkerung variiert das Sozialhilferisiko beträchtlich nach Alter. Am höchsten ist es bei Kindern unter 18 Jahren: 2009 bezieht jedes zehnte Schweizer und jedes sechste ausländische Kind Sozialhilfe. Am zweithöchsten ist die Sozialhilfeabhängigkeit bei jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 25 Jahren. Sie beträgt 7.5 Prozent für Schweizerinnen und

² Die Sozialhilfequote der Stadt Basel misst die Zahl der Personen, die im Verlauf eines Jahres mindestens eine bedarfsabhängige Leistung der Sozialhilfe der Stadt Basel erhalten haben, am Jahresende an der Bevölkerung gemäss Einwohnerdatenbank. Die Sozialhilfequote ist ein Indikator für das Risiko, von der Sozialhilfe abhängig zu werden.

Schweizer und 9.2 Prozent für die ausländische Bevölkerung. In den Jahren davor war sie noch wesentlich höher, ist dann aber seit 2005 stark zurückgegangen und hat sich der Situation der 36- bis 50-Jährigen angeglichen, die weniger konjunkturabhängig ist. Für den Rückgang der Sozialhilfequote bei den jungen Erwachsenen dürften Massnahmen verantwortlich sein, die der Kanton Basel-Stadt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ergriffen hat.



Grafik 14
Sozialhilfequote von Schweizerinnen und Schweizern nach Altersgruppe in der Stadt Basel 1997–2009
Quelle: Sozialhilfe der Stadt Basel



Grafik 15
Sozialhilfequote von Ausländerinnen und Ausländern nach Altersgruppe in der Stadt Basel 1997–2009
Quelle: Sozialhilfe der Stadt Basel

2 PARLAMENTERISCHE VORSTÖSSE UND VOLKSINITIATIVEN IM ZEITRAUM 2005 BIS 2010

2.1 Anzahl Parlamentarische Vorstösse und Volksinitiativen

Zwischen Januar 2005 und Dezember 2010 wurden bei der Staatskanzlei 167 parlamentarische Geschäfte (Anzüge, Budgetpostulate, Interpellationen, Kleine Anfragen, Motionen, Planungsanzüge, Schriftliche Anfragen und Vorgezogene Budgetpostulate) zu bildungspolitischen Themen eingereicht, deren Bearbeitung in die Zuständigkeit des Erziehungsdepartements fällt. Im gleichen Zeitraum wurden vier kantonale Volksinitiativen zu bildungspolitischen Themen eingereicht.³

Tab. 1
Parlamentarische Vorstösse
und Volksinitiativen 2005–
2010 nach Typ
Quelle: ED

Eingereichte kantonale Volksinitiativen	4
Anzüge	78
Budgetpostulate	6
Interpellationen	48
Kleine Anfragen (bis Sept. 2006)	1
Motionen	11
Planungsanzüge	3
Schriftliche Anfragen (ab Sept. 2006)	14
Vorgezogene Budgetpostulate	7
Total	171

2.2 Parlamentarische Vorstösse und Volksinitiativen nach Schulstufe und Thema

Im Hauptfokus des politischen Interesses stand die Volksschule (1. bis 11. Klasse nach HarmoS-Zählung). 64 politische Geschäfte, davon 3 Volksinitiativen, befassten sich mit dieser Schulstufe. 23 politische Geschäfte, davon 1 Volksinitiative, bezogen sich auf die Sekundarstufe II. Ebenfalls 23 Parlamentarierinnen und Parlamentarier brachten Vorstösse zur Tertiärstufe ein. 9 betrafen den Quartärbereich, 8 den Bereich vor Kindergartenereintritt (Frühbereich). 44 Geschäfte können nicht eindeutig einer bestimmten Stufe zugeordnet werden.

Am häufigsten bezogen sich die parlamentarischen Geschäfte auf die Thematik der Förderung und Integration (19). Finanzierungsfragen (Bildungsausgaben, Finanzierung der Bildung, Kostenbeteiligungen) waren in 18 parlamentarischen Vorstössen von Interesse, während 16 Vorstösse Anliegen im Zusammenhang mit dem Curriculum, den Stundenplänen und Lehrmitteln vorbrachten. 13 Geschäfte befassten sich mit Fragen zur Prävention in der Schule. Organisatorische Fragen waren 12 Mal Thema politischer Vorstösse. Das verhältnismässig neue Thema der frühen Bildung und der frühen Sprachförderung wurde in 10 parlamentarischen Vorstössen aufgenommen. Ebenfalls 10 politische Geschäfte fielen auf die Schulharmonisierung. Berufe im Gesundheitswesen, die Infrastruktur an den Schulen und die Angebote schulnaher Tagesstrukturen waren in jeweils 9 politischen Vorstössen von Interesse. 8 Vorstösse befassten sich mit Fragen im Zusammenhang mit der Aufsicht von Schulen und Bildungsinstitutionen, ebenfalls 8 mit der Lehrstellenförderung. 7 Geschäfte, darunter eine Volksinitiative, hatten die Thematik von Standardsprache und Dialekt im Unterricht bzw. auf Schulhöfen im Fokus. 23 Geschäfte befassten sich mit weiteren Themen.

³ 2005: Tagesschul-Initiative; 2008: Initiative: «Für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot» (Lehrstelleninitiative); kantonale Initiative «Tagesschule für mehr Chancengleichheit»; 2009: kantonale Volksinitiative «Ja zum Dialekt».

Stufe/Bereich	Anzahl Geschäfte	Förderung und Integration	Bildungsausgaben/Finanzierung/ Kostenbeteiligung	Curriculum/Stundenplan/Lehrmittel	Prävention in der Schule	Organisation	Frühe Bildung/frühe Sprachförderung	Schulharmonisierung	Gesundheitsberufe	Infrastruktur	Schulnahe Tagesbetreuung	Aufsicht	Lehrstellenförderung	Standardsprache/Dialekt	Diverses
Frühbereich	8						8								
Volksschulbildung	64	15	5	5	1	3		8		3	9	2		7	6
Sekundarstufe II	23	1	1	2		1		2	1	1		1	8		5
Tertiärstufe	23	1	5	1		1			6			1			8
Quartärstufe	9	2	2		1	2	2								
Diverse/ Zuordnung nicht eindeutig	44		5	8	11	5			2	5		4			4
Total	171	19	18	16	13	12	10	10	9	9	9	8	8	7	23

Tab. 2
Parlamentarische Vorstösse und kantonale Initiativen 2005–2010 nach Themen und Schulstufe
Quelle: ED

2.3 Parlamentarische Vorstösse und Volksinitiativen nach Einreichungsjahr

Im betrachteten Zeitraum gab es die meisten politischen Vorstösse im Jahr 2008 (35), gefolgt vom Jahr 2007 mit 33 Eingaben. Im Jahr 2010 wurden 29 Geschäfte eingereicht. Am wenigsten Eingaben fallen auf die Jahre 2006 mit 23 und 2005 mit 22 Geschäften.

Der Fokus der politischen Aufmerksamkeit hat sich in den letzten Jahren verschoben: Während in den Jahren 2005 und 2006 die Finanzierung des Bildungswesens im Vordergrund stand (graue Felder in der nachfolgenden Tabelle), wurden 2009 die meisten Vorstösse zum Thema Förderung und Integration lanciert. Im Jahr 2010 interessierte die Schulharmonisierung sowie Fragen zu Curriculum/Stundenplan/Lehrmitteln am meisten.

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Total
Politische Vorstösse total	22	23	33	35	29	29	171
davon zu den Themen:							
Förderung und Integration	9%	9%	9%	11%	17%	10%	11%
Bildungsausgaben/Finanzierung/Kostenbeteiligung	18%	22%	6%	6%	7%	10%	11%
Curriculum/Stundenplan/Lehrmittel	14%	4%	9%	11%	3%	14%	9%
Prävention in der Schule	0%	4%	12%	9%	7%	10%	8%
Organisation	5%	0%	15%	0%	10%	10%	7%
Frühe Bildung/frühe Sprachförderung	5%	4%	12%	9%	0%	3%	6%
Schulharmonisierung	0%	4%	6%	6%	3%	14%	6%
Gesundheitsberufe	5%	4%	9%	6%	0%	7%	5%
Infrastruktur	9%	0%	3%	11%	7%	0%	5%
Schulnahe Tagesbetreuung	9%	9%	3%	6%	0%	7%	5%
Aufsicht	9%	0%	0%	3%	7%	10%	5%
Lehrstellenförderung	14%	4%	3%	6%	3%	0%	5%
Standardsprache/Dialekt	0%	4%	0%	6%	10%	3%	4%
Diverses	5%	30%	12%	11%	24%	0%	13%

Tab. 3
Politische Vorstösse und Initiativen nach Themen und Jahr der Einreichung 2005–2010
Quelle: ED

TEIL II

AUFBAU VON BASISKOMPETENZEN: FRÜHE BILDUNG UND VOLKSSCHULBILDUNG

1

FRÜHE BILDUNG, BETREUUNG UND ERZIEHUNG

Verglichen mit anderen Ländern erfolgt die Einschulung in der Schweiz – vor allem in der Deutschschweiz – relativ spät: Während die im Rahmen von PISA 2000 untersuchten Jugendlichen in den OECD-Ländern im Alter von 15 Jahren im Durchschnitt bereits 9.5 Jahre die Schule besucht hatten, waren es in der Schweiz erst knapp 9 Schuljahre.¹ Mit dem HarmoS-Konkordat erfolgt die Einschulung bzw. der Eintritt in den Kindergarten künftig mit vollendetem viertem Altersjahr (Stichtag 31. Juli), also im Durchschnitt etwas früher als bisher. Zudem bringt das HarmoS-Konkordat zwei Jahre Kindergartenobligatorium mit sich, eine Forderung, welche im Kanton Basel-Stadt bereits seit dem Schuljahr 2005/06 erfüllt ist.

Im Kanton Basel-Stadt mit seinen städtischen Strukturen ist der Anteil der Kinder mit ausländischem Pass und mit einer anderen Erstsprache als Deutsch relativ hoch: 2009 lag der Anteil Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit an 37 Kindergartenstandorten unter 30 Prozent, an 85 Kindergartenstandorten lag er darüber. 49.9 Prozent der in den Kindergarten eintretenden Kinder hatte eine andere Erstsprache als Deutsch (vgl. S. 39, Grafik 8).

Viele Kinder im Kanton Basel-Stadt bringen beim Eintritt in den Kindergarten nur wenig oder gar keine Deutschkenntnisse mit. Um die schulischen Erfolgschancen für diese Kinder zu verbessern, ist es naheliegend, sie möglichst früh sprachlich zu fördern. Die sprachliche Frühförderung ist erwiesenermassen ein Schlüssel zum späteren Bildungserfolg und zur Integration in die Berufswelt. Zudem sind Investitionen im Frühbereich erheblich effektiver und effizienter als kompensatorische Massnahmen während oder nach der Schulzeit.²

Diese Erkenntnisse haben sich im Kanton Basel-Stadt vergleichsweise früh durchgesetzt. Insbesondere Kinder, welche kaum die Möglichkeit haben, mit der deutschen Sprache in Berührung zu kommen, sollen deshalb bereits im Jahr vor dem Kindertageeintritt an zwei Vormittagen pro Woche eine Spielgruppe, ein Tagesheim oder eine Tagesfamilie mit qualifizierter Sprachförderung besuchen. Eingebunden im Alltagsgeschehen werden die Kinder im Rahmen des Projekts «Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten» auf spielerische Weise an die deutsche Sprache herangeführt. Voraussichtlich ab 2013 sollen Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen dazu verpflichtet werden, eine Spielgruppe oder ein Tagesheim mit integrierter Sprachförderung zu besuchen. Ziel ist es, dass künftig alle Kinder im Kanton Basel-Stadt ihre Schulkarriere mit genügend Deutschkenntnissen beginnen können.

¹ Urs Moser: *Für das Leben gerüstet? Die Grundkompetenzen der Jugendlichen – Kurzfassung des nationalen Berichtes PISA 2000; BFS/EDK 2001.*

² Vgl. zum Beispiel Andrea Lanfranchi: *Schulerfolg von Migrationskindern, Opladen 2002.*

1.1 Familienergänzende Kinderbetreuung

Tagesheime fördern Kinder in ihrer Entwicklung, verbessern ihre soziale Integration und tragen zur Chancengleichheit bei. Den Eltern ermöglichen sie die Erwerbsarbeit und die Verbesserung ihrer beruflichen Qualifikationen. Zudem unterstützen sie die Arbeitgeber bei der Rekrutierung und beim Erhalt von Arbeitskräften mit Erziehungspflichten. Ende Oktober 2010 wurden in subventionierten Tagesheimen 1865 Kinder betreut, weitere 465 Kinder erhielten Mitfinanzierungen des Kantons. Seit 2004 wurden 289 neue subventionierte Plätze geschaffen und 206 zusätzliche Plätze in mitfinanzierten Institutionen unterstützt.

Tab. 1

Anzahl Plätze in Tagesheimen
2004–2010
Quelle: ED

	Okt. 2004	Okt. 2005	Okt. 2006	Okt. 2007	Okt. 2008	Okt. 2009	Okt. 2010
Subventionierte Plätze	1005	1051	1080	1143	1241	1247	1294
Mitfinanzierungen (auf ein bestimmtes Kind bezogen)	51	58	68	94	128	171	257
Total	1056	1109	1148	1237	1369	1418	1551

Tab. 2

Anzahl betreuter Kinder
in Tagesheimen
2004–2010
Quelle: ED

	Okt. 2004	Okt. 2005	Okt. 2006	Okt. 2007	Okt. 2008	Okt. 2009	Okt. 2010
Subventionierte Plätze	1457	1484	1514	1625	1746	1834	1865
Mitfinanzierungen	95	107	126	173	232	319	465
Total	1552	1591	1640	1798	1978	2153	2330

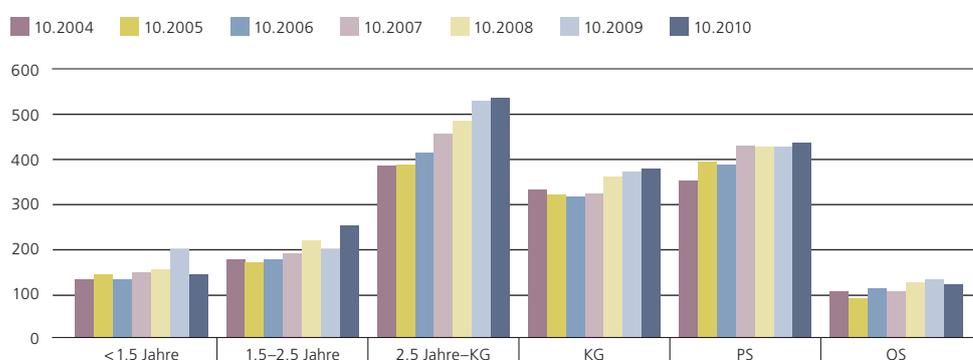
Im gleichen Zeitraum wurden 1559 Kinder auf nicht subventionierten Plätzen und 204 Kinder in Tagesfamilien betreut. Insgesamt sind dies 4093 Kinder, davon wohnen 3556 im Kanton Basel-Stadt. 34 Prozent der im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Kinder im Vorschulalter (6 Monate bis Kindergarteneintritt) werden in Tagesheimen oder Tagesfamilien betreut.

Ende Oktober 2010 betrug der Anteil Kinder mit Schweizer Nationalität in Tagesheimen mit Leistungsvereinbarung 59 Prozent, 9 Prozent stammten aus anderen deutschsprachigen Ländern, 32 Prozent hatten keinen Schweizer Pass. Bei den Tagesheimen ohne Leistungsvereinbarung waren es 55 Prozent Schweizerinnen und Schweizer, 15 Prozent Deutsche und 30 Prozent Kinder anderer Nationalität. In den Tagesheimen mit Leistungsvereinbarung hatten 38 Prozent der Kinder eine andere Erstsprache als Deutsch (bei mehrsprachigen Kindern wird Deutsch, falls unter anderem angegeben, gezählt).

Grafik 1

Altersstruktur in subventionierten Tagesheimen
2004–2010
Quelle: ED

Anzahl betreuter Kinder nach Alter 2004–2010



1.2 Spielgruppen

In einer Spielgruppe lernen Kinder, ihren Platz in einer konstanten Gruppe von Gleichaltrigen zu finden. Die Gruppengrösse variiert je nach Raumangebot und Personalschlüssel. Die Leiterinnen sorgen für eine klare Struktur, in welcher sich die Kinder aktiv und selbstbestimmt bewegen können.

Im Rahmen des Projekts zur Förderung in Deutsch vor Eintritt in den Kindergarten wird die Zusammenarbeit der Spielgruppen mit dem Erziehungsdepartement verstärkt. Die «Fach- und Kontaktstelle für Spielgruppen Basel + Region» hilft Eltern, eine Spielgruppe in ihrem Quartier zu finden. Sie unterstützt Interessierte bei der Eröffnung neuer Spielgruppen. Seit Anfang 2011 besteht ein Dachverband für Spielgruppen im Kanton Basel-Stadt, welcher die Interessen der Spielgruppen vertritt und als verbindlicher Partner gegenüber dem Kanton auftritt.

Spielgruppen sind nicht meldepflichtig, daher gibt es für sie kein verlässliches Zahlenmaterial. Das Erziehungsdepartement Basel-Stadt hat im Frühjahr 2008 eine Umfrage mittels Fragebogen bei den bekannten Spielgruppen in Basel-Stadt durchgeführt, um das bestehende Angebot zu ermitteln.³

1.2.1 Alter und Geschlecht der Kinder

Die Kinder sind in der Regel zwischen zwei und fünf Jahre alt, wenn sie eine Spielgruppe besuchen. Nachfolgende Tabelle zeigt die Altersverteilung der Kinder (n=721) auf.

Alter der Kinder	2-jährig	3-jährig	4-jährig	5-jährig
Anzahl Kinder (%)	80 (10%)	294 (36%)	320 (39%)	27 (3%)

Tab. 3

Altersverteilung der Kinder in Spielgruppen 2008
Quelle: ED

Die Spielgruppen werden im Schnitt gleich oft von Mädchen und Jungen besucht.

1.2.2 Nationalität der Kinder

Der Anteil Schweizer Kinder beträgt rund 48 Prozent (ca. 359 Kinder). Er variiert in den Kindergruppen zwischen 0 und 100 Prozent. Manche Spielgruppen verfügen über mehrere Kindergruppen. Tabelle 4 zeigt die Durchmischung in den Kindergruppen. Es wird jeweils der prozentuale Anteil der Schweizer Kinder in einer Gruppe aufgezeigt. Ersichtlich wird, dass der Anteil an Schweizer Kindern stark variiert. Rund 10 Prozent der Gruppen weisen beispielsweise keine Schweizer Kinder auf (n=7). Demgegenüber werden knapp 9 Prozent der Gruppen ausschliesslich von Schweizer Kindern besucht (n=6). In 49 Prozent der Gruppen beträgt der Anteil an Schweizer Kindern über 50 Prozent.

Anteil Schweizer Kinder in den Spielgruppen und Kindergruppen	Anzahl Gruppen	
= 0%	7	(10%)
1–9%	4	(5.7%)
10–19%	5	(7.1%)
20–29%	9	(12.9%)
30–39%	4	(5.7%)
40–49%	7	(10%)
50–59%	9	(12.9%)
60–69%	5	(7.1%)
70–79%	10	(14.3%)
80–89%	3	(4.3%)
90–99%	1	(1.4%)
= 100%	6	(8.6%)
Total	70	(100%)

Tab. 4

Nationalitäten in Spielgruppen 2008
Quelle: ED

³ Umfrage Spielgruppen Basel-Stadt, Erziehungsdepartement Basel-Stadt 2008. Die Angaben basieren auf Rückmeldungen von 38 Spielgruppen, die etwa 746 Kinder im Alter von 2 bis 5 Jahren betreuen. Die geringe Anzahl an 1-jährigen Kindern (n=14) wurde für die Auswertungen nicht berücksichtigt.

1.2.3 Erstsprache der Kinder

Nebst der Nationalität wurden auch die gesprochenen Sprachen der Kinder ermittelt. Etwa 463 Kinder verfügen gemäss den Angaben der Spielgruppenleiterinnen über Deutschkenntnisse (Standardsprache und/oder Dialekt). Das sind 62 Prozent.

Die nachfolgende Auswertung (Tabelle 5) setzt die Kinder mit Deutschkenntnissen in Relation mit der Anzahl Kinder in der Gruppe. Es zeigt sich, dass der Anteil der Kinder mit Deutschkenntnissen höher ist als der Anteil Schweizer Kinder (siehe Tabelle 4). Von den 70 Kindergruppen beträgt der Anteil an Gruppen, in denen kein Kind über Deutschkenntnisse verfügt, 8.6 Prozent (n=6). Der Anteil an Gruppen mit Kindern, die alle über Deutschkenntnisse verfügen, beträgt dagegen 24 Prozent (n=17). In Rund 63 Prozent der Gruppen spricht über die Hälfte der Kinder Deutsch.

Tab. 5
Deutsch sprechende Kinder
in den Spielgruppen 2008
Quelle: ED

Anteil Deutsch sprechender Kinder in den Spielgruppen und Kindergruppen	= 0%	Anzahl Gruppen	6	(8.6%)
	1-9%		2	(2.9%)
	10-19%		6	(8.6%)
	20-29%		2	(2.9%)
	30-39%		4	(5.7%)
	40-49%		6	(8.6%)
	50-59%		9	(12.9%)
	60-69%		5	(7.1%)
	70-79%		3	(4.3%)
	80-89%		8	(11.4%)
	90-99%		2	(2.9%)
	= 100%		17	(24.3%)
Total			70	(100%)

2.1 Allgemeiner Auftrag und besondere Bedingungen

Der Bereich Volksschulen umfasst im Kanton Basel-Stadt die gesamte obligatorische Schulzeit vom Kindergarten bis zum abgeschlossenen elften Schuljahr (Kindergarten mitgezählt). Nicht zu den Volksschulen gehören die Gymnasien, obwohl die ersten beiden Gymnasialjahre noch zur obligatorischen Schulzeit zählen. Die Volksschulen dienen der Allgemeinbildung und bereiten auf die Berufsbildung oder eine weiterbildende Schule vor. Die Volksschulen gliedern sich in zwei Jahre Kindergarten (KG), vier Jahre Primarschule (PS), drei Jahre Orientierungsschule (OS), danach folgt der Übertritt in die zweijährige Weiterbildungsschule (WBS) oder ins fünfjährige Gymnasium.

Seit dem 1. August 2009 tragen die Gemeinden Bettingen und Riehen die Verantwortung für Personal und Infrastruktur der Primarschulen in ihrem Gemeindebann und führen diese zusammen mit den bereits kommunalisierten Kindergärten selbstständig. Für das pädagogische Programm, die Standards und die strategische Ausrichtung bleibt der Kanton zuständig.

Von 2005 bis 2009 war die Gesamtschülerzahl tendenziell abnehmend. Die Zunahme auf der Kindergartenstufe deutet jedoch an, dass in den nächsten Jahren wieder mit einer steigenden Schülerinnen- und Schülerzahl zu rechnen ist.

	Öffentliche Schulen					Privatschulen				
	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009
Kindergarten	2639	2559	2482	2530	2567	230	339	279	361	446
Allgemeiner Kindergarten	2604	2527	2471	2514	2560	212	323	259	344	433
Kindergarten für Kinder mit Behinderungen	35	32	11	16	7	18	16	20	17	13
Schuljahre drei bis elf	12'993	12'713	12'391	12'101	11'991	710	660	674	699	643
Primarschule	5592	5468	5315	5230	5140	183	237	255	258	222
Orientierungsschule	4322	4118	4013	3984	4015	42	38	30	34	25
Weiterbildungsschule	2038	2026	1933	1792	1730	6	6	14	11	9
Sekundarschule	27	–	–	–	–	39	33	40	31	38
Realschule	–	–	–	–	–	10	13	13	18	16
Gymnasium*	1014	1101	1130	1095	1106	149	61	65	66	65
Rudolf Steiner-Schule ^o	–	–	–	–	–	281	272	257	281	268
Sonderschulen	215	223	168	162	140	152	152	145	154	156

* nur Schuljahre 1+2 ^o separat aufgeführt, da diese Schule eine mit den anderen nicht kompatible Einteilung verwendet

Tab. 1

Schülerinnen und Schüler an öffentlichen und privaten Schulen (Wohnsitz Kanton BS) 2005–2010

Quelle: Statistisches Amt BS

Die Gesamtschülerzahlen der allgemeinbildenden Schulen nehmen sowohl an den öffentlichen wie an den privaten Schulen seit 2005 ab. Die Privatschulen verzeichnen keinen Zuwachs, ausgenommen auf der Stufe Kindergarten. In den Schuljahren drei bis elf besuchen rund 5 Prozent der in Basel-Stadt wohnhaften Schülerinnen und Schüler eine Privatschule. Im Kindergarten ist dieser Anteil mit 15 Prozent deutlich höher. Dies lässt sich damit erklären, dass private Kindergärten Kinder schon vor der offiziellen Schulpflicht aufnehmen, während für den öffentlichen Kindergarten der Stichtag gilt. Teilweise schicken Eltern ihre Kinder auch in einen französisch- oder englischsprachigen Kindergarten. Zudem stellen private Kindergärten ein umfassenderes Betreuungsangebot zur Verfügung als staatliche.

Tab. 2
 Prozentuale Verteilung der Schülerinnen und Schüler an öffentlichen und privaten Schulen (Wohnsitz Kanton BS) 2005–2009
 Quelle: Statistisches Amt BS

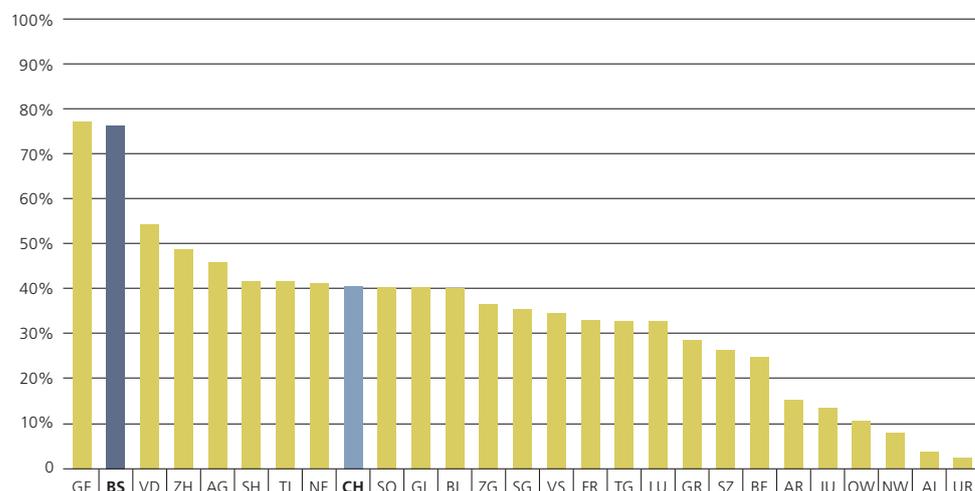
	Öffentliche Schulen					Privatschulen				
	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009
Kindergarten	92%	88%	90%	88%	85%	8%	12%	10%	12%	15%
Allgemeiner Kindergarten	92%	89%	91%	88%	86%	8%	11%	9%	12%	14%
Kindergarten für Kinder mit Behinderungen	66%	67%	35%	48%	35%	34%	33%	65%	52%	65%
Schuljahre drei bis elf	95%	95%	95%	95%	95%	5%	5%	5%	5%	5%
Primarschule	97%	96%	95%	95%	96%	3%	4%	5%	5%	4%
Orientierungsschule	99%	99%	99%	99%	99%	1%	1%	1%	1%	1%
Weiterbildungsschule	100%	100%	99%	99%	99%	0%	0%	1%	1%	1%
Sekundarschule	41%	0%	0%	0%	0%	59%	100%	100%	100%	100%
Realschule	0%	0%	0%	0%	0%	100%	100%	100%	100%	100%
Gymnasium*	87%	95%	95%	94%	94%	13%	5%	5%	6%	6%
Rudolf Steiner-Schule ^o	0%	0%	0%	0%	0%	100%	100%	100%	100%	100%
Sonderschulen	59%	59%	54%	51%	47%	41%	41%	46%	49%	53%

* nur Schuljahre 1+2 ^o separat aufgeführt, da diese Schule eine mit den anderen nicht kompatible Einteilung verwendet

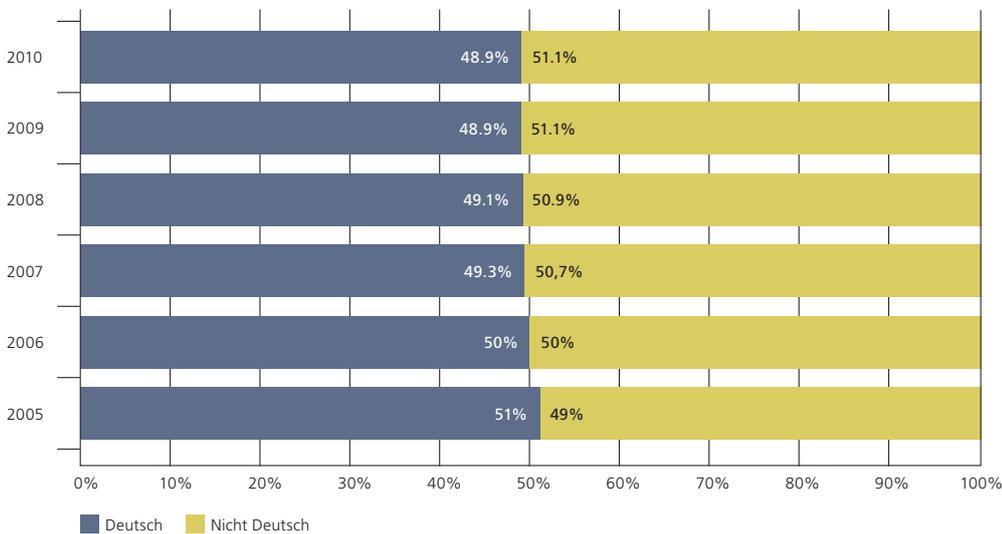
Die hohe Heterogenität in den Schulklassen bedeutet im Kanton Basel-Stadt eine besondere Herausforderung. Die Vielfalt an unterschiedlichen Sprachen, Kulturen, Religionen, Wertvorstellungen und Lebensformen in manchen Quartieren stellt hohe Anforderungen an die Lehrpersonen.

Wie die nachfolgende Grafik zeigt, hat der Kanton Basel-Stadt nach Genf den höchsten Anteil sehr heterogener Klassen («sehr heterogen» = über 30 Prozent Kinder aus fremden Kulturen). 77 Prozent der Klassen an der obligatorischen Schule sind «sehr heterogen».

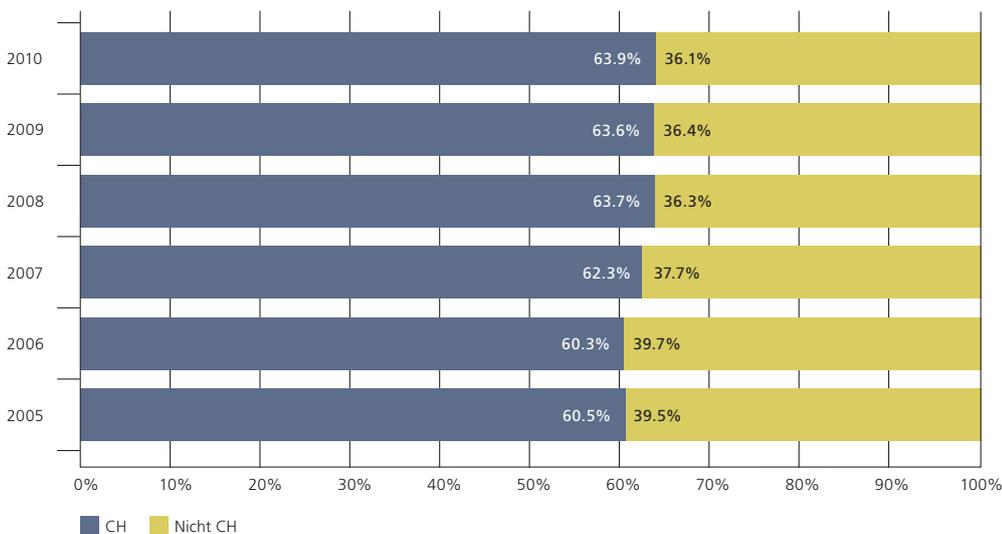
Grafik 1
 Kulturelle Heterogenität an der obligatorischen Schule nach Kanton und Bildungstufe 2008/09
 Quelle: BFS



Der Anteil fremdsprachiger Kinder an den öffentlichen Schulen ist nicht gleichzusetzen mit dem Anteil ausländischer Kinder. Manche Fremdsprachige sind eingebürgert, während etwa zugezogene Ausländerinnen und Ausländer aus dem deutschsprachigen Raum nicht fremdsprachig sind. 2010 hatten 51.1 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine andere Sprache als Deutsch als Erstsprache (Grafik 2a), aber nur 36.1 Prozent waren ausländischer Nationalität (Grafik 2b).

**Grafik 2a**

Schülerinnen und Schüler an der Volksschule nach Erstsprache 2005–2010
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

**Grafik 2b**

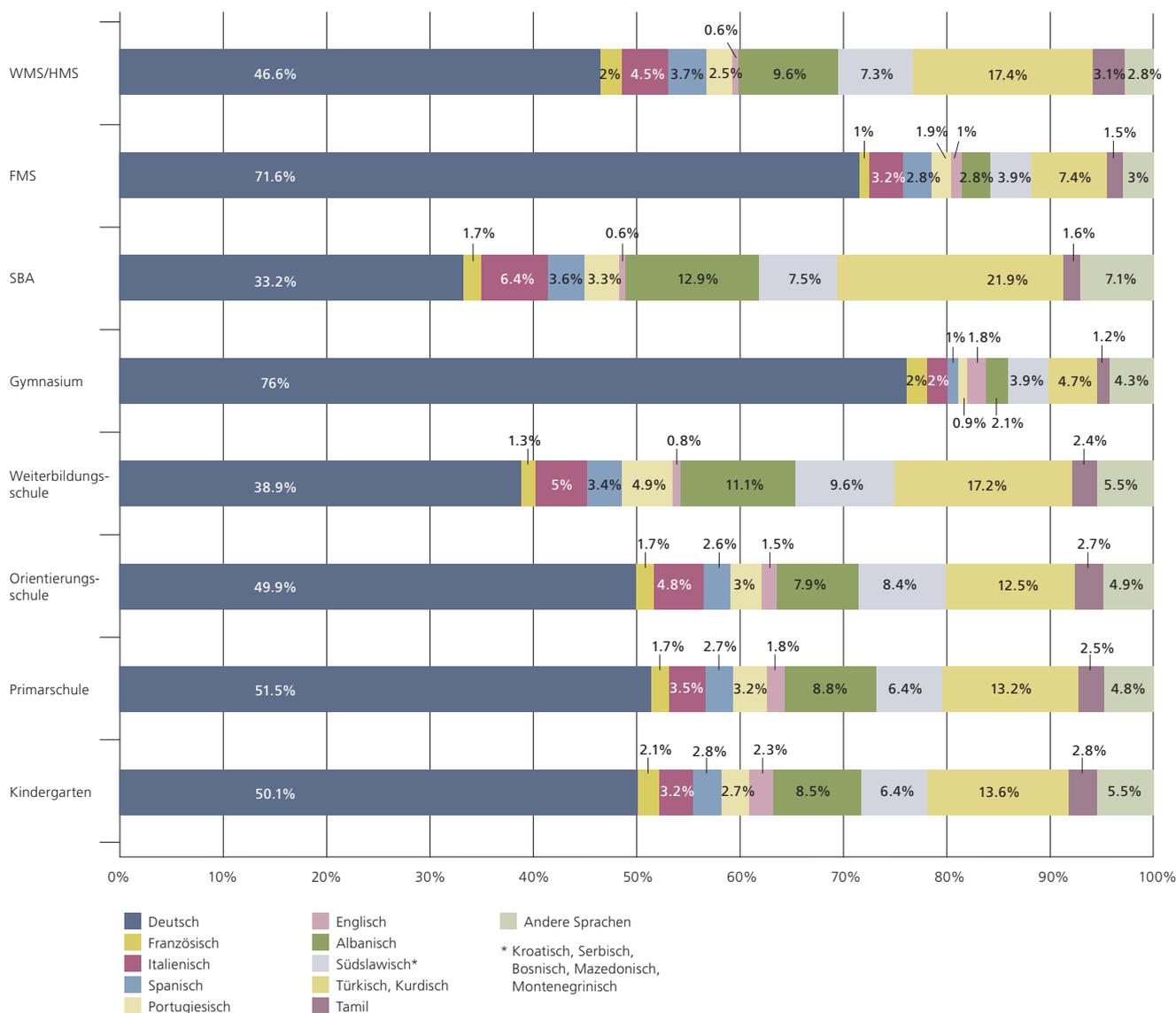
Schülerinnen und Schüler an der Volksschule nach Heimat 2005–2010
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

Die untenstehende Grafik zeigt, wie sich die Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung ihrer Erstsprache auf die Schulangebote verteilen: In der Primar- und Orientierungsschule hat rund die Hälfte der Kinder Deutsch als Erstsprache, die andere Hälfte spricht zuerst eine Fremdsprache. Danach verschieben sich die Anteile: Während die Schülerinnen und Schüler mit deutscher Erstsprache an den höheren Schulen überproportional vertreten sind (Gymnasium: 76 Prozent, Fachmaturitätsschule 71.6 Prozent), sind die fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler an der WBS (61.1 Prozent) und der Schule für Brückenangebote (66.8 Prozent) übervertreten. Deutsch als Erstsprache begünstigt den Übertritt in eine höhere Schule.

Grafik 3a

Schülerinnen und Schüler nach Schultyp und Erstsprache im Jahr 2010

Quelle: ED



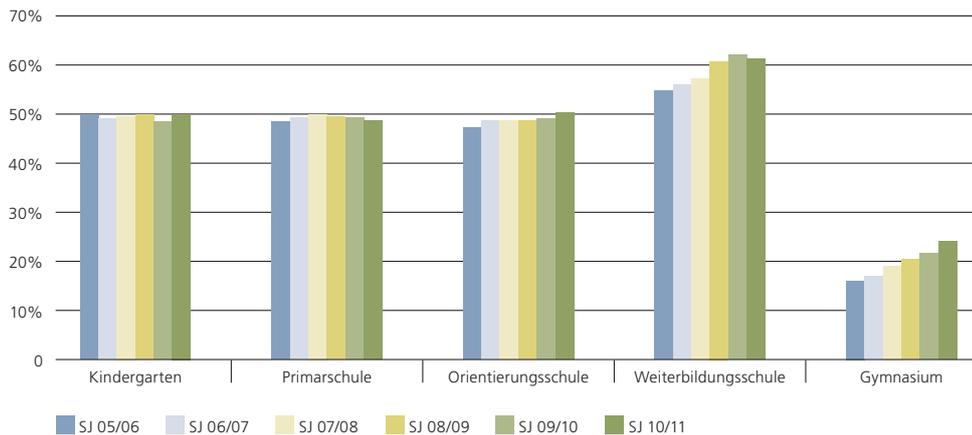
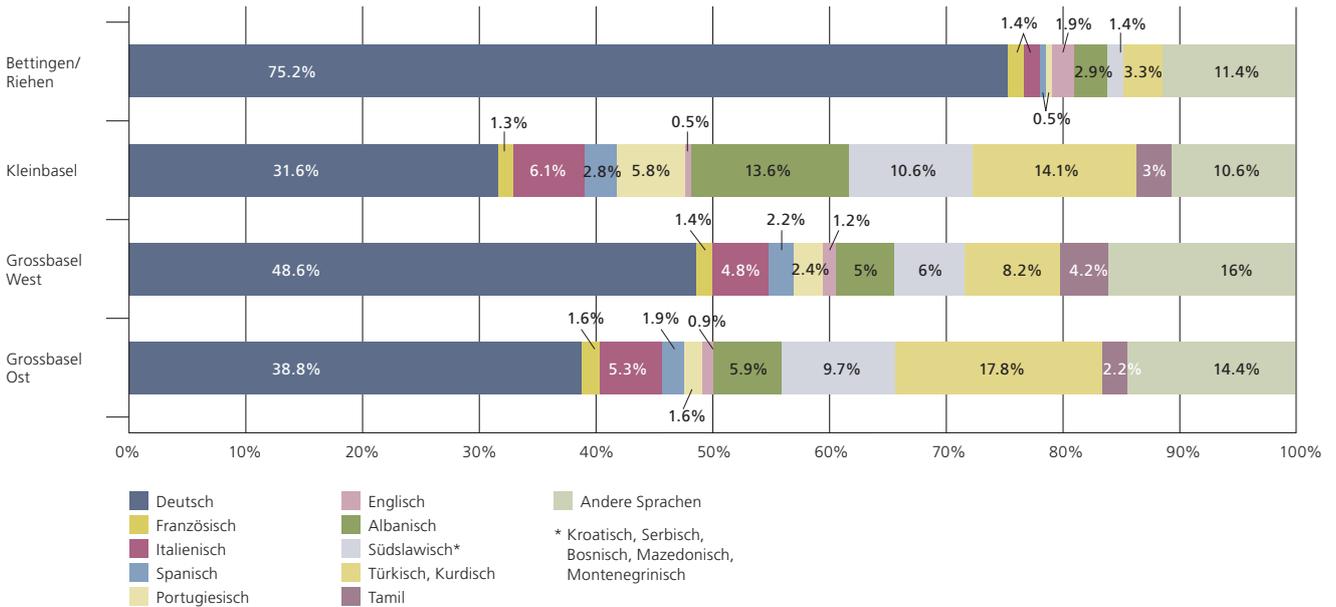
In Kindergarten, Primarschule und Orientierungsschule bleibt der Anteil der Fremdsprachigen weitgehend konstant bei knapp 50 Prozent. Bei gleichmässiger Verteilung der Kinder unabhängig von ihrer Erstsprache müsste dieser 50-Prozent-Anteil auf allen Schulstufen anzutreffen sein. Wie die Grafiken 3a und 4 zeigen, ist dies aber nicht der Fall: In den höheren Schulen (Gymnasium, Fachmaturitätsschule) hat der Anteil Schülerinnen und Schüler, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, in den letzten Jahren zwar zugenommen – am deutlichsten im Gymnasium, wo der Anteil mittlerweile bei 24

Prozent liegt. Dennoch sind fremdsprachige Schülerinnen und Schüler am Gymnasium weiterhin deutlich untervertreten.

Wie die nachfolgende Grafik am Beispiel der Orientierungsschule zeigt, sind die Erstsprachen in den verschiedenen Wahlkreisen unterschiedlich verteilt: Während in den Orientierungsschulen in Riehen 75.2 Prozent der Schülerinnen und Schüler «Deutsch» als Erstsprache haben, sind es im Kleinbasel nur 31.6 Prozent.

Grafik 3b

Erstsprache in der OS nach Wahlkreisen 2009/10
Quelle: ED



Grafik 4

Prozentualer Anteil Schülerinnen und Schüler, deren Erstsprache «Nicht Deutsch» ist, auf ausgewählten Schulstufen 2005–2010
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt, ED

2.2 Schwerpunkte der Schulentwicklung

In den vergangenen Jahren wurden die Volksschulen Basel-Stadt in verschiedenen Schwerpunktbereichen weiterentwickelt: Dank der Leitungsreform erhielten Schulstandorte eigene Schulleitungen mit weitreichenden Kompetenzen. Kinder mit besonderem Bildungsbedarf werden zunehmend in Regelklassen integriert statt separat unterrichtet. Im Bereich der Tagesstrukturen werden die Angebote unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Mittel laufend ausgebaut und den veränderten Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst. Auch im Bereich Sprachentwicklung werden die Angebote über alle Stufen und vor Schuleintritt auf- und ausgebaut; und schliesslich gilt es, die anstehenden Veränderungen der Schulstruktur gemäss dem HarmoS-Konkordat aufzugleisen.

2.2.1 Harmonisierung der Schulen

Im Mai 2010 hat der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt dem Beitritt zum HarmoS-Konkordat mit grossem Mehr zugestimmt und das Schulgesetz entsprechend angepasst. Die «Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Schulen» setzt die Ziele der Bildungsartikel um, die das Schweizer Stimmvolk 2006 beschlossen hat. Die Schulen des Kantons Basel-Stadt erhalten damit Anschluss an die Schulen der übrigen Schweiz. Sie werden in Zusammenarbeit mit den Partnerkantonen Aargau, Basel-Landschaft und Solothurn im Bildungsraum Nordwestschweiz entwickelt und sind eng mit den Schulen in Basel-Landschaft abgestimmt. Die beiden Basel werden innerhalb der kommenden Jahre dasselbe Schulsystem aufbauen. Dieses gliedert sich in zwei Jahre Kindergarten, sechs Jahre Primarschule und drei Jahre Sekundarschule mit drei durchlässigen Leistungszügen. Nach Abschluss dieser elf obligatorischen Schuljahre erhalten die Jugendlichen einen Volksschulabschluss. Anders als heute treten im neuen Schulsystem alle Jugendlichen zum gleichen Zeitpunkt in die Angebote der Sekundarstufe II über: in die Berufsbildung, die Fachmaturitätsschule oder ins vierjährige Gymnasium. Der Entscheid fällt später und in Bezug auf die Entwicklung der Jugendlichen zu einem günstigeren Zeitpunkt. Dadurch wird insbesondere die Berufsbildung aufgewertet.

Die Angleichung der Schulstrukturen erleichtert den Kantonen die Anpassung an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen und die wachsenden Ansprüche. Angeglihen werden im Rahmen des Lehrplans 21 auch die Bildungsinhalte in den Deutschschweizer Kantonen. Die Umstellung der Schulstruktur erfolgt in Etappen und beginnt in Basel-Stadt 2013 mit der Verlängerung der Primarschule.

2.2.2 Teilautonomie und Leitungen

In den letzten Jahren entwickelten sich die Basler Schulen zu geleiteten Schulen. An den Orientierungs- und Weiterbildungsschulen, später auch an den Primarschulen, übernahmen zunächst Schulhausleitungen zunehmend Verantwortung für ihren Schulstandort. Im August 2009 lösten im Kindergarten Quartierleitungen die Quartierkoordinatorinnen ab, in den Orientierungsschulen, Weiterbildungsschulen, den Spezialangeboten (SpA) sowie in den Primarschulen der Gemeinden Bettingen und Riehen ersetzten Schulleiterinnen und Schulleiter die ehemaligen Schulhausleitungen. Im August 2011 haben auch an den Basler Kindergärten und Primarschulen sowie im Spezialangebot Ackermätteli Schulleitungen mit den vollen Kompetenzen und Ressourcen ihre Arbeit aufgenommen.

An den 18 Primarschulen und den zugehörigen Kindergartenquartieren sind im Schuljahr 2011/12 37 Schulleitungen tätig. An den 16 Orientierungsschulen amtieren zurzeit insgesamt 31 Personen in den Schulleitungen. Die sechs Standorte der Weiterbildungsschule werden insgesamt von zwölf Personen geleitet. Vier Schulleiterinnen und Schulleiter sind für die vielfältigen Spezialangebote verantwortlich. An den fünf Primarschulen der Gemeinden Bettingen und Riehen und den Kindergärten sind insgesamt acht Personen in Schulleitungen tätig.

Die Schulleitungen sind für den Schulbetrieb zuständig und tragen die Personalverantwortung für die Lehrpersonen und die anderen Mitarbeitenden des Schulstandorts. Sie haben einen Gestaltungsfreiraum (Teilautonomie) bei der Leitung des Schulbetriebs. Die Teilautonomie ermöglicht es ihnen, auf die je nach Quartier unterschiedlichen Bedürfnisse der Schulen flexibler einzugehen. Die Schulleitungen können zusammen mit

den Lehrpersonen beispielsweise ihr individuelles Schul- und Jahresprogramm sowie ihr lokales Förderkonzept entwerfen.

Die Volksschulleitung setzt Vorgaben und hat als Führungsinstanz mit strategischer Verantwortung die Aufsicht über die Schulleitungen und die Schulen. Im Hinblick auf die Chancengleichheit sorgt die Volksschulleitung dafür, dass alle Schülerinnen und Schüler von einem qualitativ hochstehenden Schulunterricht profitieren, unabhängig davon, welche Schule sie besuchen. Die Gemeindeschulen werden von der Leitung Gemeindeschulen geleitet.

Den Austausch zwischen Schule und Gesellschaft pflegt das neu geschaffene Gremium Schulrat; es ersetzt die frühere Inspektion. Seit dem Sommer 2009 haben alle 16 Standorte der Orientierungsschule, alle sechs Standorte der Weiterbildungsschule sowie die Spezialangebote einen Schulrat. In den Gemeinden Bettingen und Riehen wurden für die fünf Primarschulen ebenfalls Schulräte eingesetzt. Seit August 2011 sind die Schulräte der Gemeinden auch für die Kindergärten zuständig. Für die Basler Kindergarten- und Primarschulstandorte wurden ebenfalls auf August 2011 Schulräte gewählt.

Im Schulrat sind unter Leitung eines externen Präsidiums alle Anspruchsgruppen vertreten: eine Schulleitungsperson, eine Lehrperson sowie je zwei Vertretungen der Eltern und der Politik. In den Orientierungs- und Weiterbildungsschulen können zusätzlich zwei Vertretungen der Schülerschaft Einsitz nehmen. Im Schulrat haben die Anspruchsgruppen Gelegenheit, ihre unterschiedlichen Sichtweisen auszutauschen. Die Hauptaufgabe des Schulrats liegt in der Vermittlung zwischen schulinternen und/oder schulexternen Personen und Organisationen, vor allem bei Problemen und Konflikten, welche die Schule betreffen. Der Schulrat ist aber nicht vorgesetzte Stelle der Schulleitungen und hat auch keine Aufsichtsfunktion. Die Schulräte der Gemeinden unterscheiden sich punkto Zusammensetzung und Aufgaben leicht von den Basler Schulräten.

Schulleitungen insgesamt	102
Geschlecht	
männlich	44
weiblich	58
Alter (in Gruppen)	
25–34	9
35–44	25
45–54	40
55–64	28
Beschäftigungsgrad (in Gruppen)	
0–24,9%	0
25–49,9%	7
50–74,9%	18
75–100%	77
Pensionierungsjahr (in Gruppen)	
2008–2012	2
2013–2017	22
2018–2022	14
2023–2027	23
2028–2032	17
2033–2037	13
2038–2042	10
2043–2047	1

Tab. 3

Übersicht Schulleitungen im Schuljahr 2010/11
Quelle: ED, Gemeinden Bettingen und Riehen

2.2.3 Sonderpädagogik

Die Volksschule trägt die Verantwortung für die Schulung und Förderung aller Schülerinnen und Schüler, auch für jene mit besonderem Bildungsbedarf. In Basel-Stadt sollen Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf wenn immer möglich integrativ, das heisst in Regelklassen, geschult und gefördert werden. In begründeten Ausnahmen besteht die Möglichkeit zur separativen Schulung.

Die Pflicht zur Integration von Kindern mit besonderem Bildungsbedarf ist im Behindertengleichstellungsgesetz von 2002 enthalten: «Die Kantone fördern, soweit dies möglich ist und dem Wohl des behinderten Kindes oder Jugendlichen dient, mit entsprechenden Schulungsformen die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in die Regelschule» (Art. 20, Abs. 2). Dass die integrative Schulung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen gegenüber der separativen Schulung Vorrang hat, wird in Basel-Stadt mit dem Projekt «Förderung und Integration» umgesetzt. Die Umsetzung hat im Schuljahr 2010/11 begonnen und soll bis 2015 abgeschlossen sein.

Im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) tragen die Kantone seit dem 1. Januar 2008 die gesamte fachliche, rechtliche und finanzielle Verantwortung für die Schulung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf. Ein wesentlicher Teil der sonderpädagogischen Massnahmen wurde bis zu diesem Zeitpunkt von der Invalidenversicherung (IV) finanziert und entsprechend auch geregelt. Damit die Kantone ihre neue Verantwortung wahrnehmen können, müssen sie ein Sonderpädagogik-Konzept vorlegen. Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben ein gemeinsames Konzept erarbeitet, das die inhaltliche, organisatorische und finanzielle Ausgestaltung der Sonderschulung beinhaltet.

In der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik von 2007 (Sonderpädagogik-Konkordat) legen die Kantone im Hinblick auf den NFA-Aufgabentransfer gemeinsame Rahmenbedingungen fest. Basel-Stadt trat dem Konkordat im Jahr 2010 bei. Als Folge des Beitritts zum Sonderpädagogik-Konkordat wurde das Schulgesetz geändert und eine kantonale Sonderpädagogikverordnung (SPV) erlassen. Diese regelt den organisatorischen Umgang der Volksschule mit Kindern, die besonderen Förderbedarf haben.

Das neue basel-städtische Fördersystem gliedert sich in drei Stufen: Die erste Stufe besteht im Grundangebot der Schule (Regelunterricht und standortspezifische Fördermassnahmen). Das Grundangebot ist im Schulbudget eingestellt und wird von der Schule nach eigenem Ermessen gestaltet. Reicht dieses Angebot für die Förderung im Einzelfall nicht, beantragen die Lehrpersonen ein Förderangebot. Diese ebenfalls an der einzelnen Schule verorteten und im Schulbudget eingestellten Förderangebote (zum Beispiel Schulische Heilpädagogik, Deutsch als Zweitsprache, Begabtenförderung, Logopädie etc.) bilden die zweite Stufe. Die dritte Stufe ist dann erreicht, wenn die Schulleitung und das pädagogische Team gemeinsam mit der Schulpsychologin oder dem Schulpsychologen am runden Tisch zur Ansicht kommen, dass es im Einzelfall zusätzliche Unterstützung braucht. Diese sogenannten Verstärkten Massnahmen beantragt die Schulleitung bei der Volksschulleitung bzw. bei der Gemeindegemeinschaft. Dabei handelt es sich um integrative Angebote wie zum Beispiel spezialisierte heilpädagogische Unterstützung oder Integrationsklassen auf allen Stufen und im Einzelfall auch um separative Schulung. Integrationsklassen sind Regelklassen, in denen vier Schülerinnen und Schüler mit besonderem Bildungsbedarf platziert sind und in denen nebst der Regellehrperson während der ganzen Unterrichtszeit eine Heilpädagogin oder ein Heilpädagoge zur Verfügung steht, darüber hinaus für eine gewisse Zeit auch eine Praktikantin oder ein Praktikant. Die meisten Kinder mit einer Behinderung sind aber in normalen Regelklassen integriert, wo ebenfalls schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen unterstützend unterrichten.

Separative Angebote sind Spezialangebote (SpA) der Volksschulen, nichtstaatliche Sonderschulen oder Privatschulen. Die SpA bieten Kindern und Jugendlichen, die in den Integrationsangeboten nicht auf ihre Rechnung kommen oder nicht tragbar sind, vielfältige schulische Entwicklungsmöglichkeiten. Die heutigen Spezialangebote der Volksschulen umfassen einen Kindergarten, Tagesschulen auf den Stufen PS und OS, Spezialangebote auf Stufe WBS, die lehrplanfreie Schule Sunnegarte, die Mädchenklasse OS und das Spezialangebot Ackermätteli. Die Kriseninterventionsstelle (KIS) kümmert sich mit verschiedenen Angeboten um Kinder und Jugendliche, die vorübergehend eine Lösung ausserhalb der Regelschule brauchen.

Am Beispiel Primarschule zeigt sich, dass der Anteil Lektionen, die in integrative Angebote investiert werden, stetig zunimmt (von 368 im Schuljahr 2005/06 auf 701 im Schuljahr 2010/11), während die in separate Angebote investierten Lektionen abnehmen (1021 im Schuljahr 2005/2006 gegenüber 599 im Jahr 2010/11). Auch an der OS lässt sich eine Abnahme der in separate Angebote investierten Lektionen feststellen: Im Schuljahr 2005/06 wurden noch 771 Lektionen separativ erteilt; rechnet man die 221 separativen Lektionen der OS-Spezialangebote hinzu, ergibt das 992 Lektionen. In der Folge wurden an der OS die Kleinklassen aufgehoben. Seit Schuljahr 2006/07 wird auf dieser Stufe nur noch in den Spezialangeboten in separate Lektionen investiert. Im Schuljahr 2010/11 fliessen nur 287 Lektionen in separate Angebote; die restlichen Ressourcen wurden in integrative Schulungsformen investiert. Integrierte Kinder profitieren neu von der Förderung in den Regelstunden plus zusätzlich in heilpädagogischen und/oder anderen therapeutischen Angeboten. Der Rückgang bei den heilpädagogischen Angeboten in der Primarschule, der Orientierungsschule und den Spezialangeboten ist auf die gesunkene Anzahl Schülerinnen und Schüler zurückzuführen. Aufgrund der abnehmenden Anzahl Kleinklassen nehmen die Spezialangebote an Primar- und Orientierungsschule über die Jahre zu.

Schuljahr	PS		OS		WBS	SpA		
	integrativ	separativ	integrativ	separativ	integrativ	PS	OS	WBS
2005/06	368	1021	345	771	73	181	221	552
2006/07	415	953	1081	–	73	200	281	504
2007/08	464	906	1013	–	75	200	286	449
2008/09	476	909	981	–	76	205	291	352
2009/10	583	707	976	–	78	204	285	354
2010/11	701	599	960	–	80	205	287	354

Tab. 4

Investierte Lektionen in integrative bzw. separate heilpädagogische Angebote ab 2005/06
Quelle: ED

In der Heilpädagogischen Schule Basel-Stadt (HPS)⁴ werden ebenfalls immer mehr Schülerinnen und Schüler integrativ geschult. Das Verhältnis sah im 2010/11 wie folgt aus: Zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler wurden integrativ, ein Drittel separativ geschult.

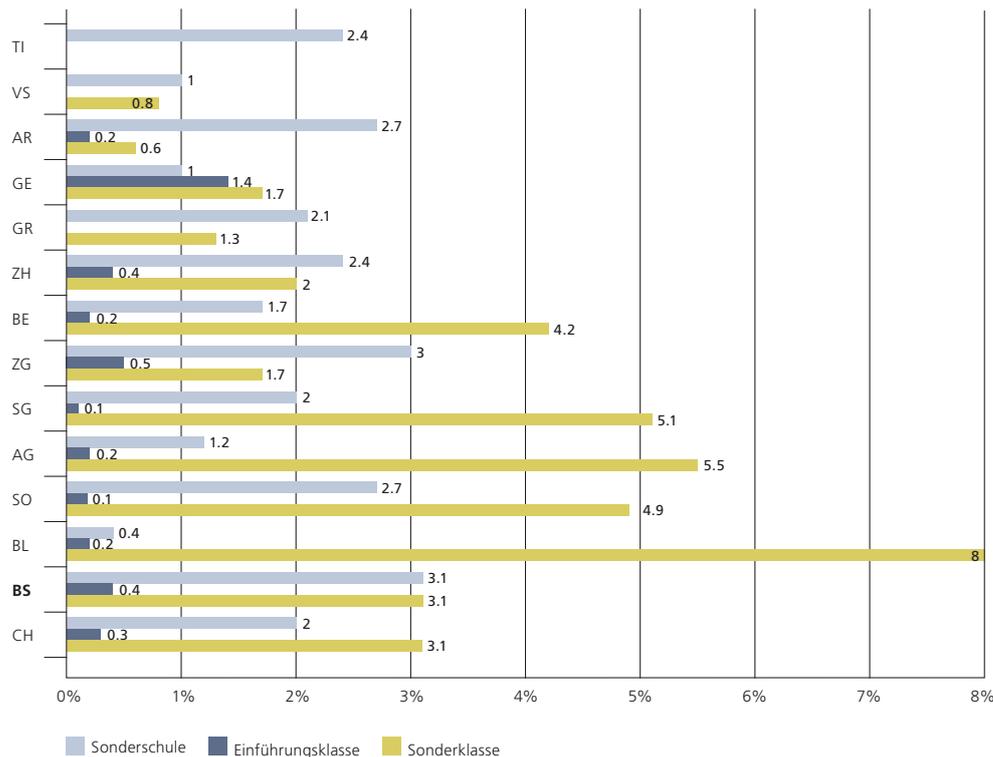
Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, die im Rahmen der Regelschule nicht angemessen geschult werden können, besuchen eine vom Kanton anerkannte staatliche oder private Sonderschule. Die Sonderschulen sind nicht in den Volksschulen angesiedelt. Es besuchen jedoch immer weniger Kinder eine Sonderschule oder Sonderklasse (Kleinklasse). Führte der Kanton im Schuljahr 1997/98 noch 72 Kleinklassen mit 1022 Schülerinnen und Schülern, waren es im Schuljahr 2010/11 noch 14 Kleinklassen (inklusive Einführungsklassen EK) mit 161 Kindern.

Die nachfolgende Grafik zeigt grosse Unterschiede von Kanton zu Kanton. In Basel-Stadt lag der Anteil Kinder, die eine Sonderklasse besuchten, im Schuljahr 2008/09 bei 3.1 Prozent, während er im Kanton Basel-Landschaft über 8 Prozent betrug. Der Kanton Tessin kennt keine Sonderklassen. Es ist davon auszugehen, dass mit Umsetzung des Rahmenkonzepts «Förderung und Integration an der Volksschule» der Anteil Sonderschülerinnen und Sonderschüler noch weiter sinken wird.

⁴ Die Angebote der Heilpädagogischen Schule Basel-Stadt (integrativ und Spezialangebote) wurden per Schuljahr 2011/12 in die Volksschule Basel-Stadt integriert.

Grafik 5

Anteil Kinder und Jugendliche in Sonderklassen und Sonderschulen im kantonalen Vergleich 2008/09
Quelle: BFS



2.2.4 Tagesstrukturen

Ein vielfältiges Angebot an Tagesstrukturen ist in städtischem Umfeld mit einem hohen Anteil berufstätiger Eltern besonders wichtig. Tagesstrukturen leisten einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit und unterstützen Eltern in ihrem Betreuungs- und Erziehungsauftrag. Aber auch Arbeitgebende profitieren von diesem Angebot bei der Rekrutierung ihrer Angestellten mit Erziehungspflichten. Überdies ist eine umfassende Ganztagsbetreuung insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Familien oder mit Sprachdefiziten von grossem Vorteil. Unter Berücksichtigung des Bedarfs und der zur Verfügung stehenden Mittel bauen die Volksschulen ihr Angebot an Tagesschulen und Tagesstrukturen laufend aus.

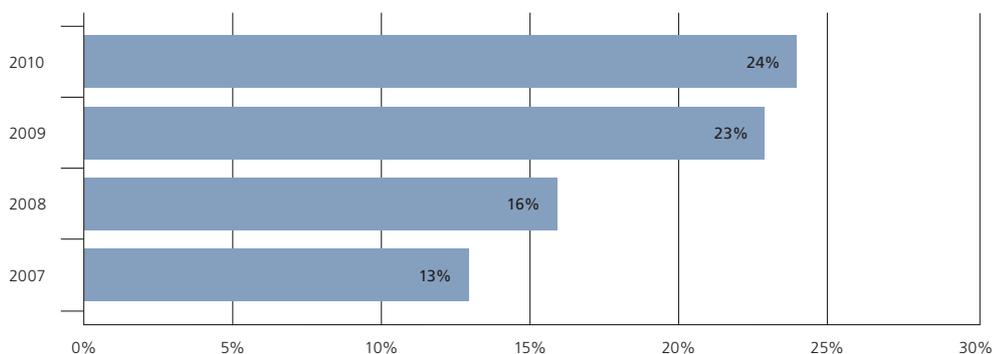
Die Volksschulen bieten Tagesstrukturen auf den Stufen Kindergarten, Primarschule und Orientierungsschule an. Zu den Angeboten gehören Blockzeiten, Tagesschulen, Mittagstische und Nachmittagsbetreuung mit Hausaufgabenunterstützung. An einigen Tagesschulstandorten wird das Betreuungsangebot durch private Institutionen in enger Kooperation und im Auftrag der Schule geführt. Während der Schulferien werden über das Kantonsgebiet verteilt Tagesferien von privaten Institutionen angeboten.

Tagesschulen beinhalten Unterricht und Betreuung an bis zu fünf Tagen pro Woche während bis zu elf Stunden pro Tag. Tagesschulen gibt es in allen Quartieren der Stadt Basel sowie in den Gemeinden Bettingen und Riehen. Im Schuljahr 2009/10 waren es sieben Tagesschulen auf der Stufe Kindergarten/Primarschule sowie sechs auf der Stufe Orientierungsschule. Per Schuljahr 2010/11 wurde das Angebot ausgebaut: Sechs weitere Standorte auf der Stufe Kindergarten/Primarschule und vier weitere an Orientierungsschulen kamen hinzu. Für 2012/13 ist erneut ein Ausbau vorgesehen.

Im Kanton Basel-Stadt wohnhafte Eltern, deren Kinder Tagesstrukturen besuchen, beteiligen sich an den Kosten für die Betreuung und Verpflegung. Eine Reduktion der Elternbeiträge für Erziehungsberechtigte, die kantonale Beiträge an die Krankenversicherungsprämien, Sozialhilfe oder IV/AHV mit Ergänzungsleistungen erhalten, ist möglich (die ermässigten Elternbeiträge für Kinder von Sozialhilfebezügerinnen und -bezügern werden von der kantonalen Sozialhilfe übernommen).

2007 besuchten 13 Prozent aller Schülerinnen und Schüler des Kindergartens, der Primarschule und der Orientierungsschule Tagesschulen und nutzten weitere Betreuungsangebote wie zum Beispiel Mittagstische oder Tagesheime. 2008 waren es 16

Prozent, ein Jahr später rund 23 Prozent. 2010 waren es bereits 24 Prozent. Die zunehmenden Zahlen zeigen, dass ein Ausbau der Tagesbetreuungsangebote aufgrund der grossen Nachfrage nötig ist.



Grafik 6

Anteil Schülerinnen und Schüler, die Tagesstrukturen nutzen 2007–2010
Quelle: ED

Ende September 2010 verfügte Basel-Stadt über 580 Mittagstisch-Plätze, die von 739 Schülerinnen und Schülern genutzt wurden. Ferner waren Ende September 686 Tagesschulplätze vorhanden, die von 838 Schülerinnen und Schülern belegt waren. In der Stadt Basel nahmen 2010 insgesamt 1481 Schülerinnen und Schüler Tagesferien in Anspruch.

2.2.5 Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern

Die Schulforschung zeigt, dass die Kooperation zwischen Eltern und Schule positive Auswirkungen auf den Lernerfolg des Kindes hat. Deshalb hat der Grosse Rat im Februar 2009 mit einer Änderung des Schulgesetzes das Verhältnis zwischen Schule und Erziehungsberechtigten neu geregelt. Nicht nur die Rechte der Eltern sind jetzt im Schulgesetz verankert, sondern auch die Elternpflichten. Damit wird auch zum Ausdruck gebracht, auf welche Art und Weise Eltern die Entwicklung ihrer Kinder und die Schule zu unterstützen haben. Die Erziehungsberechtigten müssen etwa dafür sorgen, dass die Kinder den Unterricht regelmässig und ausgeruht besuchen und die Schulregeln einhalten. Sie sind verpflichtet, an Elternveranstaltungen oder von der Schule angeordneten Gesprächen teilzunehmen. Die Schule sorgt ihrerseits für regelmässige Elternabende und Besuchstage, orientiert über ihre Ziele und informiert die Erziehungsberechtigten über Leistungen und Verhalten ihres Kindes.

Zudem wählen die Eltern jeder Schulklasse je zwei Elterndelegierte. Diese fördern den Kontakt unter den Eltern, koordinieren Elterninitiativen und sind Ansprechpersonen für die Lehrpersonen. Alle Elterndelegierten einer Schule bilden den Elternrat. Der Elternrat ist Ansprechpartner für die Schulleitung und befasst sich in regelmässigen Sitzungen mit Schulthemen, die Eltern- und Schülerschaft betreffen. In den vom Kanton geführten Schulen wählt er seine Vertretungen in den Schulrat.

Elterndelegierte und Elternräte gibt es seit Längerem an jedem Standort der Orientierungsschule und der Weiterbildungsschule sowie an den Primarschulen der Gemeinden Bettingen und Riehen; an der Primarstufe Basel wurden Elterndelegierte und Elternräte per Schuljahr 2011/12 flächendeckend eingeführt.

2.3 Die einzelnen Stufen

Die Volksschulstufen Kindergarten, Primarschule, Orientierungsschule und Weiterbildungsschule kennen je unterschiedliche Bildungsziele und pädagogische Konzepte. Jede Stufe setzt eigene Schwerpunkte und hat zum Ziel, den Anschluss an die nächste Schulstufe möglichst reibungslos zu gewährleisten. Das heutige Basler Schulsystem hat viele Schnittstellen (vier Stufen innerhalb der obligatorischen Schulzeit), was sich erschwerend auf Schulkarrieren auswirken kann. Auch für Lehrpersonen – besonders jene der WBS – bedeutet dies eine besondere Herausforderung, weil die WBS nur zwei Jahre dauert und in dieser kurzen Zeit die Jugendlichen in einer schwierigen Lebensphase auf die berufliche Laufbahn vorbereiten muss.

Die folgenden Stufenbeschriebe sind generelle Richtlinien und unabhängig von Standort und teilautonomen Leitungen für alle Schulen einer Stufe gleich.

2.3.1 Kindergarten

Die elfjährige Schulpflicht beginnt mit dem Kindergarten. Seit dem Schuljahr 2005/06 ist der Kindergarten in Basel-Stadt obligatorisch. Er gehört zur Primarstufe und dauert zwei Jahre.

Im Schuljahr 2010/11 gab es 147 Kindergartenklassen (inkl. Gemeinden Bettingen und Riehen). Maximal 20 Kinder besuchen eine Klasse. Der Kindergartenunterricht findet in Blockzeiten statt, vormittags von 8 bis 12 Uhr und an einem Nachmittag (Montag oder Dienstag) von 14 bis 16 Uhr im Abteilungsunterricht. Der Samstag ist schulfrei. Über den Kanton verteilt gibt es mehrere Kindergärten mit Tagesstruktur.

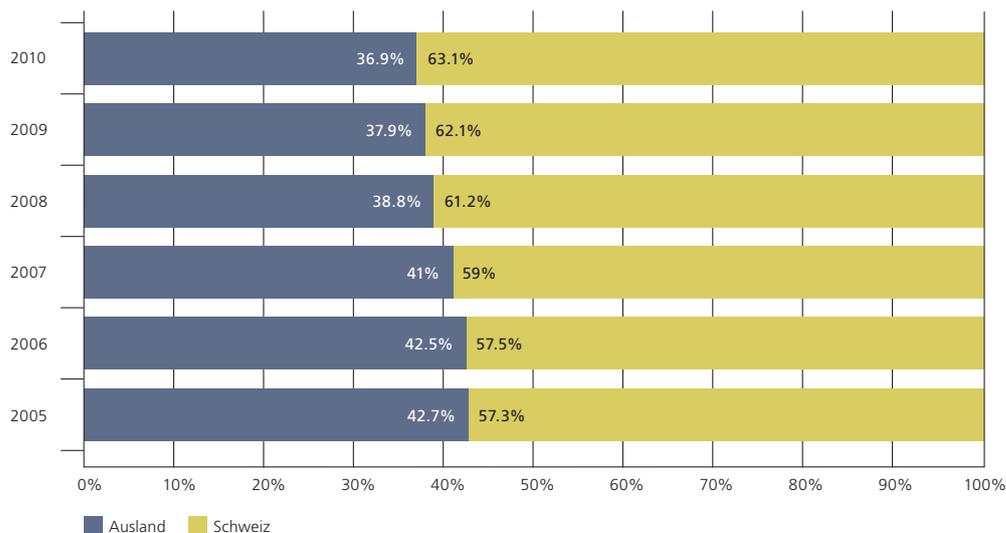
Bisher traten jene Kinder im August in den Kindergarten ein, welche bis zum 30. April des laufenden Jahres das fünfte Altersjahr begonnen haben. Dieser Stichtag wird in sechs halbmonatigen Etappen nach vorne verschoben. Ab 2016 gilt der 31. Juli als Stichtag.

Für den Kindergarten gibt es, wie für jede Schulstufe, einen verbindlichen Lehrplan, der die Ziele und Leitideen festhält. Der Kindergarten wird als Spiel-, Lern- und Lebensraum verstanden. Das spielerische Lernen in den verschiedensten Bereichen steht im Vordergrund.

Der Anteil ausländischer Kindergartenkinder geht seit 2005 kontinuierlich zurück. 2005 waren von 2596 Kindern 1109 ausländischer Herkunft (42.7 Prozent). 2010 betrug der Anteil noch 36.9 Prozent.

Grafik 7

Kinder an öffentlichen Kindergärten nach Heimat 2005–2010
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

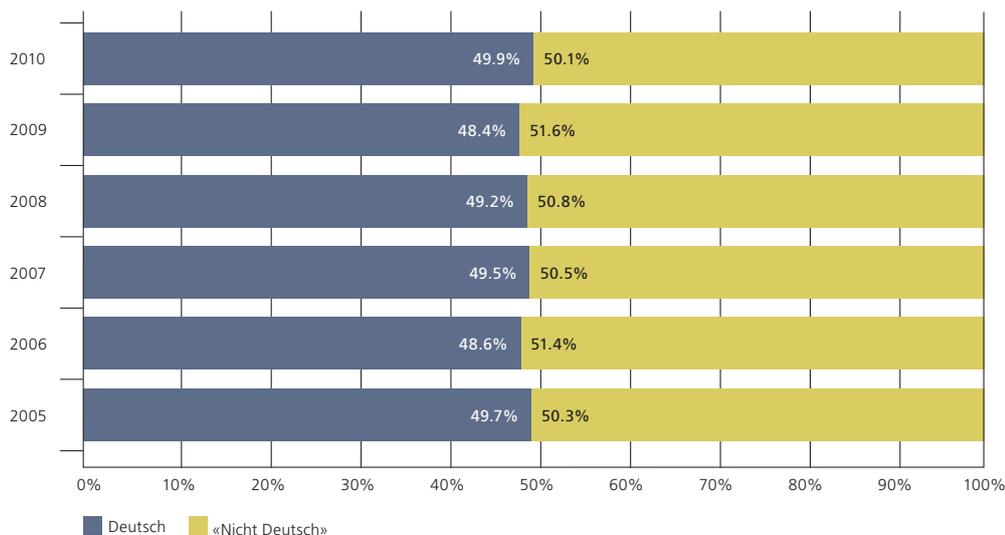


Trotz des Rückgangs lässt sich für das Schuljahr 2009/10 feststellen, dass die sehr heterogenen Klassen des Kindergartens dominieren.⁵ Während an 37 Kindergarten-Standorten der Anteil an ausländischen Kindern unter 30 Prozent liegt, beträgt er an 85 Kindergarten-Standorten 30 oder über 30 Prozent.⁶

Der Anteil Kindergartenkinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, betrug 2005 insgesamt 49.7 Prozent, 2010 waren es 49.9 Prozent. Der Anteil blieb über Jahre weitgehend konstant. Die Zahlen schliessen jedoch jene Kinder mit ein, die in zweiter oder dritter Generation hier leben, zu Hause aber nicht Deutsch sprechen. Diese Kinder wachsen von Anfang an zwei- oder mehrsprachig auf, sie sind jedoch nicht im eigentlichen Sinn «fremdsprachig».

⁵ «Sehr heterogen» heisst, dass über 30 Prozent der Kinder aus fremden Kulturen stammen.

⁶ Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt, «Schülerinnen und Schüler nach Staatsangehörigkeit und Geburtsort», Dezember 2009.

**Grafik 8**

Kinder an öffentlichen Kindergärten nach Erstsprache (Deutsch oder «Nicht Deutsch») 2005–2010
Quelle: ED

Das Projekt «Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten» will die Deutschkenntnisse von Kindern, die nicht genügend gut Deutsch sprechen, schon vor dem Eintritt in den Kindergarten verbessern (vgl. S. 23).

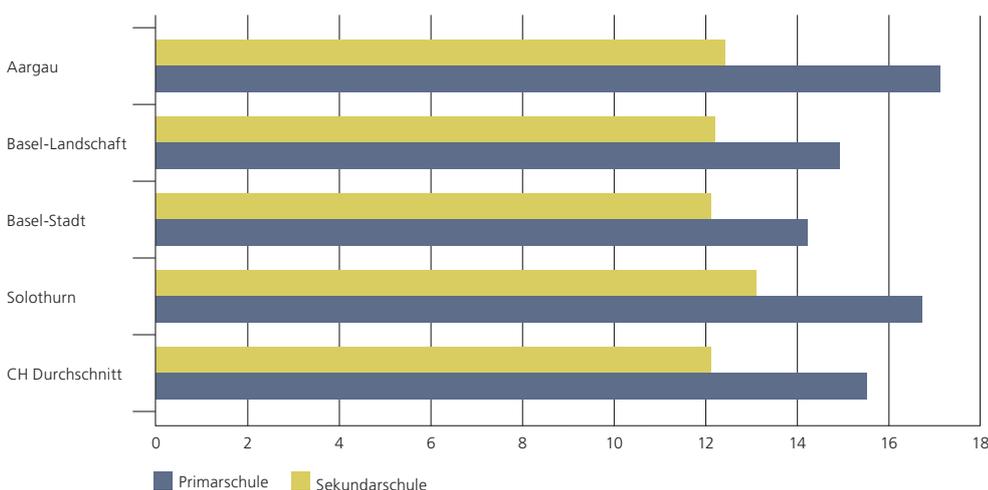
2.3.2 Primarschule

Nach dem Kindergarten treten alle Kinder in die Primarschule ein. Diese dauert vier Jahre, während denen die Lehrperson in der Regel nicht wechselt. Im Schuljahr 2010/11 gab es im Kanton Basel-Stadt 27 Primarschul-Standorte (inkl. Gemeinden Bettingen und Riehen). Die maximale Kinderzahl beträgt 25, die durchschnittliche 19.4. Der Unterricht findet im Blockunterricht vormittags von 8 bis 12 Uhr sowie an einem oder zwei Nachmittagen statt. Der Samstag ist schulfrei.

An den Primarschulen findet noch kein eigentlicher Fachunterricht statt. Die Schülerinnen und Schüler werden kindgerecht in den Bereichen Sprache, Lesen, Mathematik, Sach- und Heimatunterricht, Singen/Musik, Zeichnen, Textilarbeit/Werken und Sport unterrichtet. Auch Musse und Spiel haben einen hohen Stellenwert. Die Primarschule will die Grundlagen für lebenslanges Weiterlernen schaffen.

Jährlich werden die Eltern mündlich, ab der 3. Klasse auch schriftlich über das Lern-, Arbeits- und Sozialverhalten sowie den Leistungsstand ihrer Kinder informiert. Noten werden keine gesetzt.

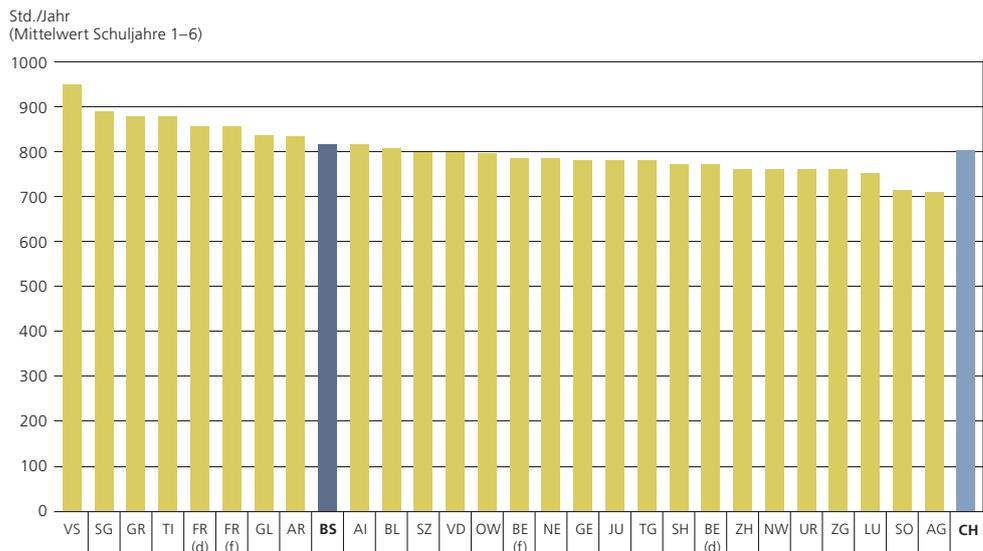
Die Grafik 9 vergleicht das Betreuungsverhältnis an der Primarschule respektive auf der Sekundarstufe in den Kantonen der Nordwestschweiz. In Basel-Stadt betreut eine Lehrperson der Primarschule mit einem 100-Prozent-Pensum etwa 14.4 (Schweizer Durchschnitt: 15.5) und eine Sekundarlehrperson 12.2 Schülerinnen und Schüler (Schweizer Durchschnitt: 12.2). Zu beachten ist, dass die Orientierungsschule der Sekundarstufe I zugerechnet wird, was die Vergleichbarkeit erschwert.

**Grafik 9**

Betreuungsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der obligatorischen Schule in verschiedenen Kantonen 2007/08
Quelle: BFS

Gemäss schweizerischem Bildungsbericht 2010 werden im Kanton Basel-Stadt in der Primarschule schweizweit am wenigsten Lektionen erteilt.⁷ Allerdings umfasst die Primarschule in Basel nur vier Jahre, während sie in den meisten Kantonen sechs Jahre dauert. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden in der untenstehenden Grafik für Basel-Stadt die ersten zwei Jahre Orientierungsschule (mit höherer Lektionenzahl als in der Primarschule) miteingerechnet. Zudem wurde den Berechnungen die aktuelle Lektionenzahl von durchschnittlich 26.75 Lektionen pro Woche zugrunde gelegt (die im Bildungsbericht Schweiz für Basel-Stadt verwendeten 21.5 Unterrichtsstunden sind veraltet). Mit durchschnittlich 816 Unterrichtsstunden pro Jahr liegt Basel-Stadt damit sogar über dem schweizerischen Durchschnitt von 802 Stunden.

Grafik 10
 Durchschnittliche jährliche Unterrichtszeit in der Primarschule 2008/09
 Quelle: BFS, Bildungsbericht Schweiz 2010 (modifiziert, BS inkl. Orientierungsschule)



2.3.3 Orientierungsschule

Die Orientierungsschule (OS) schliesst an die Primarschule an und dauert drei Jahre. Der Übertritt von der Primarschule in die OS erfolgt prüfungsfrei. 13 OS-Standorte verteilen sich auf alle Basler Quartiere, in der Gemeinde Riehen gibt es drei OS-Standorte. Die maximale Klassengrösse beträgt 25 Kinder, die durchschnittliche Anzahl Schülerinnen und Schüler im Jahr 2009 betrug 20.3.

Der Name der Orientierungsschule ist ihr Programm: Sie dient der Orientierung der Schülerinnen und Schüler und hilft mit bei der Entscheidung über den weiteren Bildungsweg. Ab der 3. Klasse der OS erfolgt der Unterricht in den Fächern Deutsch, Mathematik und Französisch auf zwei Niveaustufen: A-Niveau (allgemeiner Unterricht) für durchschnittliche und schwächere Schülerinnen und Schüler, E-Niveau für die Leistungstärkeren. In der OS werden Arbeiten der Schülerinnen und Schüler bewertet, es gibt aber keine Noten und keine Remotionen. Jährlich wird ein Lernbericht erstellt und ein Beurteilungsgespräch geführt. Der Lernbericht in der 3. Klasse entscheidet aufgrund einer Punktezahl über die Zuweisung in die Weiterbildungsschule oder ins Gymnasium.

Die OS bietet in der 2. und 3. Klasse ein breites Wahlfachangebot an. Für besonders an Musik interessierte Kinder gibt es Klassen mit erweitertem Musikunterricht (Emos-Klassen, in Riehen heissen sie Kemu-Klassen). An der OS wird auch eine spezielle Sportklasse mit angepasstem Stundenplan geführt, damit Kinder mit hohen sportlichen Ambitionen Trainingsaufwand und Schule gut koordinieren können.

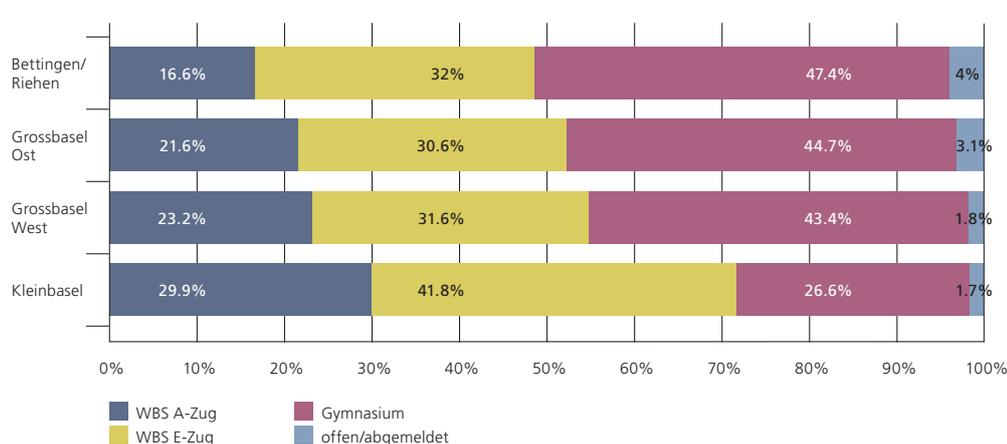
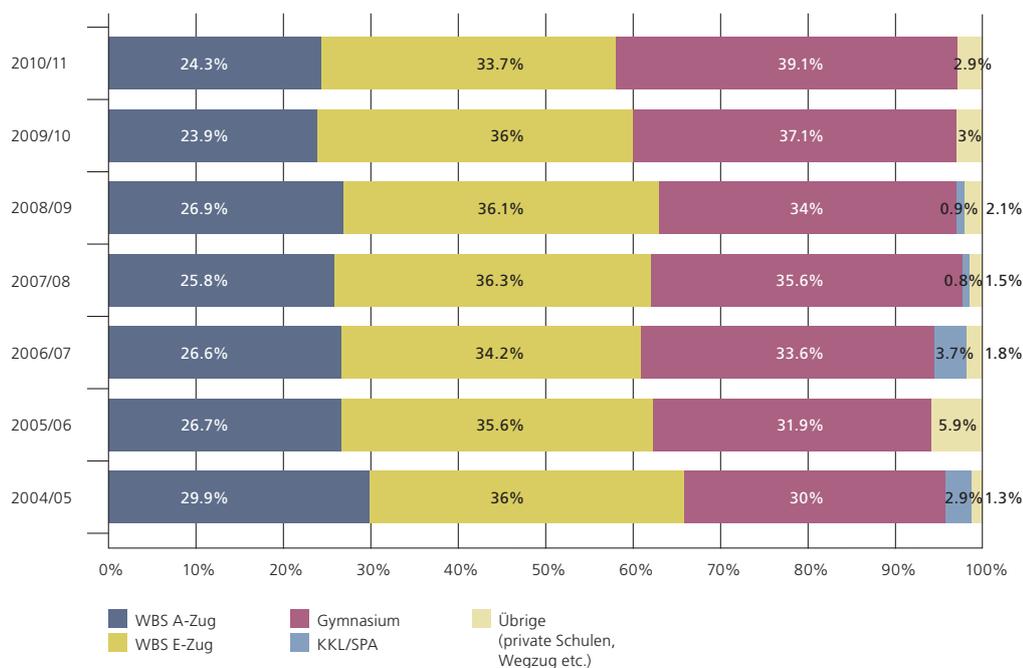
Seit 2004 werden in den 2. OS-Klassen von Basel-Stadt jährlich Orientierungsarbeiten in jeweils zwei wechselnden Fächern durchgeführt. Die flächendeckenden Leistungstests zeigen den Lehrpersonen, wie gut sie mit ihrer Klasse die Lernziele erfüllen und dienen im Weiteren der gesamten Schulentwicklung. Die Arbeiten werden vom Kompetenzzentrum für Bildungsevaluation und Leistungsmessung der Universität Zürich

⁷ Bildungsbericht Schweiz 2010, hg. von Annen, Luzia et al., Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, Aarau 2010.

ausgewertet. Die bisher durchgeführten Vergleichstests zeigten einen erfreulichen Leistungsstand der OS-Schülerinnen und -Schüler. Sie offenbarten aber auch grosse Unterschiede zwischen deutsch- und fremdsprachigen Kindern, und zwar in allen Fächern. Die Resultate belegen, dass gute Sprachkenntnisse zentral sind für das schulische Lernen und führten zur Absicht, der Sprachförderung künftig einen noch höheren Stellenwert einzuräumen.

2010 traten 24.3 Prozent der OS-Abgängerinnen und -Abgänger in den A-Zug der WBS ein, 33.7 Prozent in den E-Zug der WBS und 39.1 Prozent in ein Gymnasium (vgl. Grafik 11a). Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die den A-Zug der WBS besuchen, ist damit in den letzten Jahren stetig gesunken. Mit Ausnahme der Schuljahre 2006/07 und 2010/11 blieb der Anteil des E-Zugs weitgehend stabil bei rund 36 Prozent. Einen deutlichen Anstieg zu verzeichnen hat hingegen der Anteil der Schülerinnen und Schüler, welche nach der OS das Gymnasium besuchen: Von 30 Prozent im Schuljahr 2004/05 ist er auf 39.1 Prozent im Schuljahr 2010/11 gestiegen. Die neusten Zahlen zeigen aber wieder eine leichte Abnahme bei der Gymnasialquote.

Wie die Grafik 11b zeigt, unterscheiden sich die Übertrittsquoten in den verschiedenen Wahlkreisen: Im Schuljahr 2009/10 lag die Gymnasialquote in Bettingen und Riehen bei 47.4 Prozent, in Grossbasel-Ost bei 44.7 Prozent, in Grossbasel-West bei 43.4 Prozent und in Kleinbasel bei 26.6 Prozent.



2.3.4 Weiterbildungsschule

Schülerinnen und Schüler, die nach der OS nicht in ein Gymnasium eintreten, besuchen die zweijährige Weiterbildungsschule (WBS). Die WBS wird in zwei Zügen geführt: Der A-Zug (allgemeiner Zug) nimmt mittlere und leistungsschwächere Jugendliche auf und bereitet auf eine berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) oder eidgenössischem Berufsattest (EBA) vor. Im E-Zug (erweiterter Zug) werden die Leistungsstärkeren auf eine berufliche Grundbildung mit EFZ oder weiterführende Schulen vorbereitet. Über die Zuweisung in den entsprechenden Leistungszug entscheidet das Lehrpersonenteam aufgrund der schulischen Leistungen in der OS respektive der erreichten Punktezahl.

Die WBS verteilt sich auf sechs Standorte in Basel. Die maximale Klassengrösse beträgt 16 Schülerinnen und Schüler im A-Zug respektive 22 im E-Zug. Im Jahr 2009 betrug die mittlere Klassengrösse in den Regelklassen des A-Zugs 14 Schülerinnen und Schüler, im E-Zug 21. In den Musikklassen lag der Schnitt bei 22, in den Sportklassen bei 17 Jugendlichen. Für neu zugezogene fremdsprachige Jugendliche gibt es Fremdsprachenklassen. Im Schuljahr 2009/10 wurden für während des Schuljahres zugezogene Jugendliche vier ganzjährige Fremdsprachenklassen und zwei Auffanggruppen geführt.

Je nach schulischer Leistung ist ein Wechseln des Zuges möglich respektive nötig. Dabei treten wesentlich mehr Jugendliche vom E-Zug in den A-Zug über als umgekehrt. Im Schuljahr 2007/08 mussten insgesamt 110 Schülerinnen und Schüler vom E-Zug in den A-Zug wechseln, weil sie den Anforderungen nicht genügten. Zwei Jahre später betraf dies noch 66 Jugendliche. Der Wechsel vom A-Zug in den höheren E-Zug erfolgt dagegen seltener. So wechselten zum Beispiel im Schuljahr 2007/08 nach dem ersten Quartal 5 Jugendliche und nach dem ersten Jahr 11 von 18 Berechtigten in den E-Zug.

Jährliche Orientierungsarbeiten sind an der Weiterbildungsschule seit Langem institutionalisiert. Seit 2007 werden die Schlussprüfungen am Ende der WBS vom Institut für Bildungsevaluation (IBE) der Universität Zürich durchgeführt und ausgewertet. Von besonderem Interesse ist dabei die Entwicklung der Leistungen der WBS-Schülerinnen und -Schüler über die Jahre in den Fächern Mathematik und Deutsch. 2010 wurden die Schlussprüfungen zum vierten Mal vom IBE durchgeführt; vergleichbare Messungen gibt es aber bereits seit 2005. Tendenziell sind die Leistungen in Mathematik und Deutsch zwischen 2005 und 2010 leicht gestiegen. Dieser Trend scheint trotz Schwankungen nachhaltig zu sein. Noch keinen eindeutig positiven Effekt zeigt das «Mathe-Paket», das auf das Schuljahr 2008/09 umgesetzt wurde. Die durchschnittlichen Leistungen in der Mathematik liegen weiterhin tiefer als im Fach Deutsch, wo keine zusätzlichen Massnahmen getroffen wurden. Bis 2008 stiegen in Deutsch die Leistungen stetig, seither sinken sie jedoch wieder, wobei der Leistungsrückgang in erster Linie den E-Zug betrifft. Im A-Zug sind sie weiterhin stagnierend.

Der Schlussbericht warnt indes vor einer Überbewertung der Durchschnittsleistungen. Dies, weil die Schwankungen zwischen den Prüfungsjahren insgesamt gering sind. Besorgniserregend ist laut Schlussbericht hingegen die grosse Leistungsstreuung. Sowohl in Mathematik als auch in Deutsch liegt der Anteil jener WBS-Schülerinnen und -Schüler, die am Ende der obligatorischen Schulzeit nicht über die notwendigen Grundkompetenzen verfügen, bei rund zehn Prozent.

Seit 2006 werden Standortbestimmungen zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft konzipiert und durchgeführt, sodass ein interkantonaler Vergleich möglich ist. Dabei zeigte sich in den vergangenen Jahren, dass die Leistungen der Basler Schülerinnen und Schüler im Fach Deutsch des WBS-E-Zugs ähnlich gut sind wie jene der Baselbieter Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler im Niveau E. Deutliche Unterschiede zeigten sich hingegen auf Niveaustufe A: Dort schnitten die Baselbieter Jugendlichen um 8 bis 12 Prozent besser ab als jene im Kanton Basel-Stadt. Die Ergebnisse machen insbesondere Leistungsunterschiede zwischen deutsch- und fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern sichtbar. Die sprachliche und kulturelle Heterogenität der Schulklassen – ganz besonders im Niveau A – ist im Stadtkanton wesentlich höher als in Baselland.

Deutliche Leistungsunterschiede auf beiden Niveaustufen waren jeweils im Fach Mathematik auszumachen: Basler Schülerinnen und Schüler erzielten deutliche schwächere Resultate in Mathematik als jene im Kanton Basel-Landschaft. Dies hängt unter anderem mit der höheren Zahl von Mathematik-Lektionen während der Volksschulzeit im Kanton Basel-Landschaft zusammen. Diese Ergebnisse werden derzeit analysiert. Die WBS wird mit einer obligatorischen Schlussprüfung abgeschlossen. Abgehende

Schülerinnen und Schüler haben folgende Anschlussmöglichkeiten:

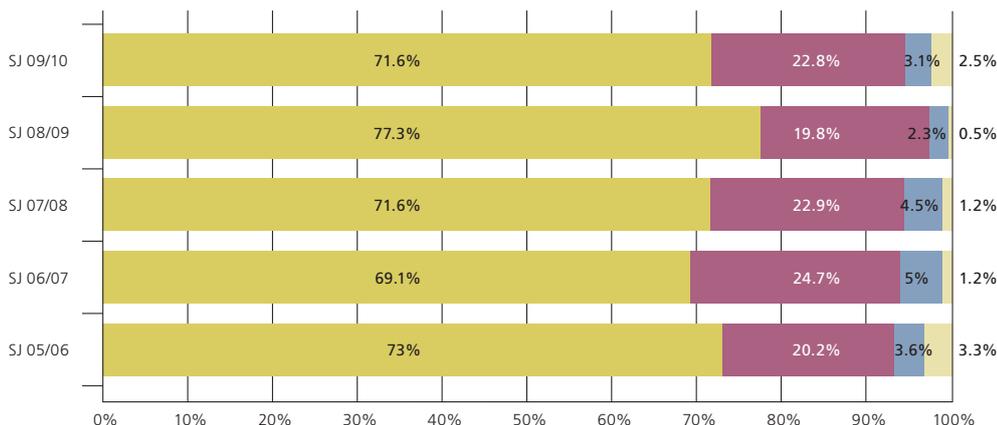
- Beginn einer beruflichen Grundbildung (Berufslehre; zweijährig mit eidgenössischem Berufsattest EBA oder drei- bis vierjährig mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis EFZ)
- Eintritt in eine berufsorientierte oder eine allgemeinbildende weiterführende Schule
- Besuch der Übergangsklasse WBS–Gymnasium
- Besuch eines Brückenangebots.

Wie zu erwarten ist, sind bezüglich des weiteren Bildungswegs grössere Unterschiede zwischen den beiden Leistungszügen der WBS zu verzeichnen: Die Abgängerinnen und Abgänger des A-Zugs wählen grossmehrheitlich ein Brückenangebot (Grafik 12a). Im Schuljahr 2009/10 taten dies 71.6 Prozent. Eine Lehre oder ein Praktikum begannen 22.8 Prozent, eine andere Lösung fand sich für 3.1 Prozent. Keine Anschlusslösung fanden nur 2.5 Prozent.

Fast die Hälfte der Abgängerinnen und Abgänger des E-Zugs (2009/10: 44.8 Prozent) tritt hingegen in eine weiterführende Schule ein (Grafik 12b), von einem Brückenangebot machten 30.6 Prozent Gebrauch, 20 Prozent entschieden sich für eine Lehre. 4.3 Prozent fanden eine andere Lösung, 0.2 Prozent waren ohne Anschlusslösung.

Generell geht der Anteil Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Anschlusslösung seit Jahren kontinuierlich zurück, was eine positive Entwicklung ist. Allerdings wählen viele WBS-Abgängerinnen und -Abgänger ein Brückenangebot. Sie werden sich also später erneut mit der Wahl ihres Bildungswegs auseinandersetzen müssen.

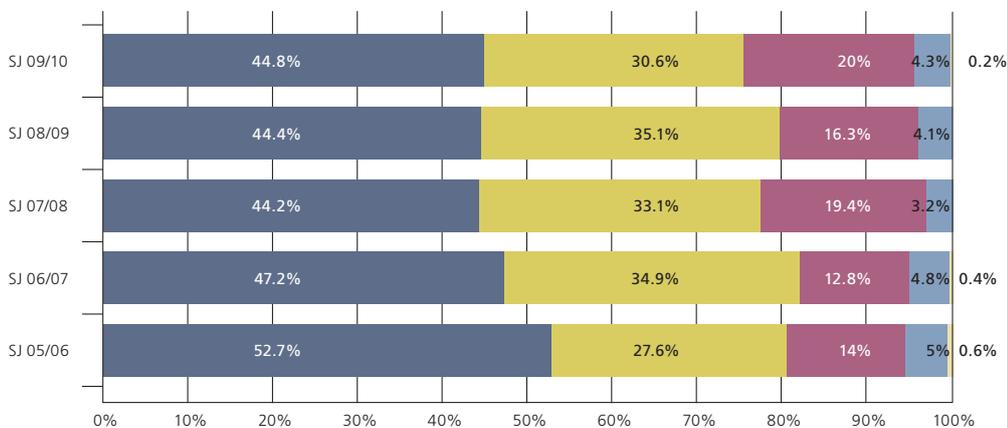
WBS A-Zug



Grafik 12a und 12b

Übertritte nach der WBS
2005/06–2009/10
Quelle: ED

WBS E-Zug



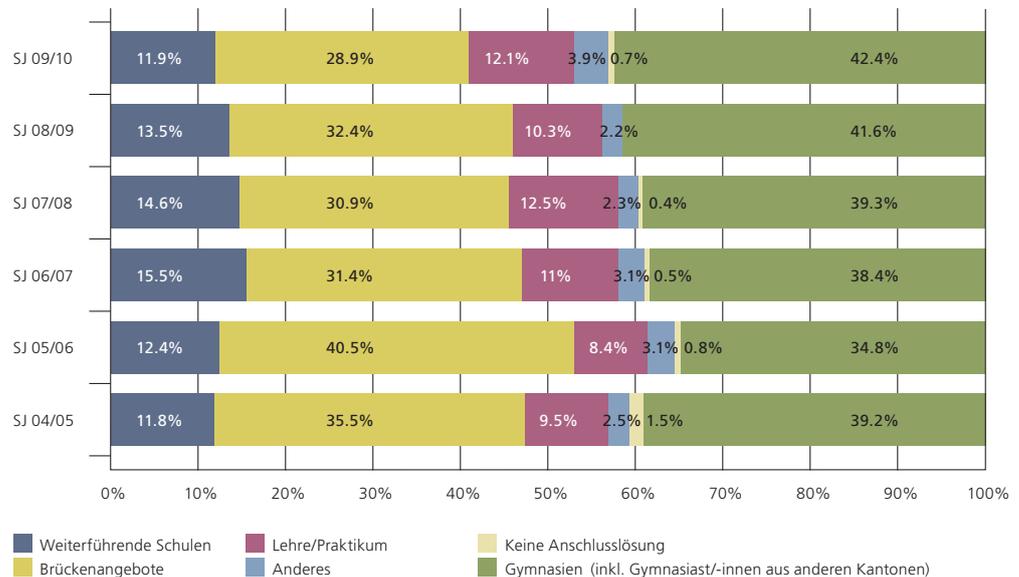
■ Weiterführende Schulen* ■ Anderes
■ Brückenangebote ■ Keine Anschlusslösung
■ Lehre/Praktikum

* Übergangsklasse WBS >
Gymnasium, Wirtschaftsmittelschule, Fachmaturitätsschule, Verkehrsschule

Die Grafik 13 zeigt, welche weiteren Bildungswege die Jugendlichen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit wählen.

Grafik 13

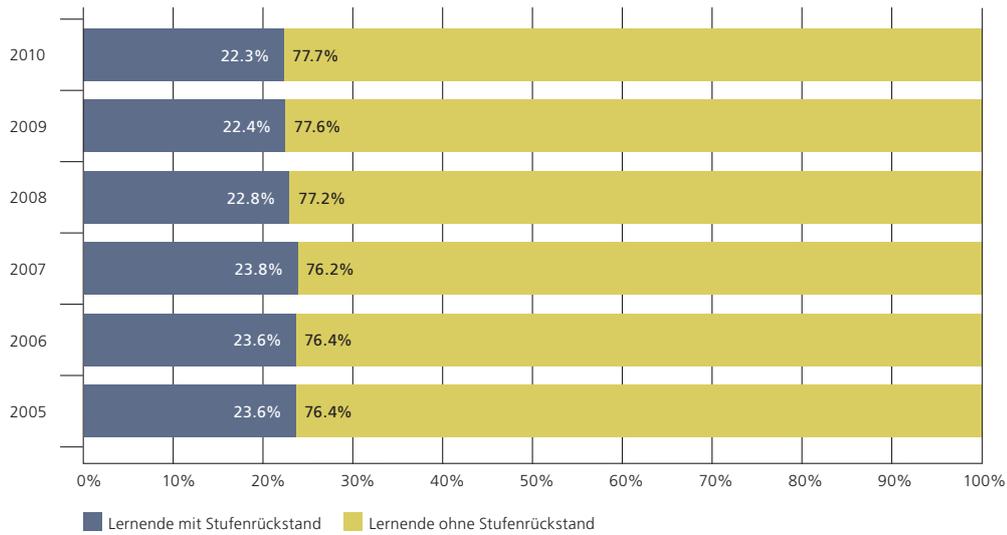
Anschlusslösungen nach der obligatorischen Schulzeit 2004/05–2009/10
Quelle: ED



Von allen Schülerinnen und Schülern treten am Ende der obligatorischen Schulzeit jeweils nur wenige direkt in eine Berufslehre oder ein Praktikum ein. 2009/10 waren es 12.1 Prozent. Das ist im schweizerischen Vergleich eine sehr tiefe Quote. Hingegen wählt mehr als ein Viertel der Jugendlichen ein Brückenangebot: 28.9 Prozent waren es 2009/10, im Jahr 2005/06 waren es sogar über 40 Prozent. Eine weiterführende Schule besuchten 2009/10 insgesamt 11.9 Prozent. Mit 42.4 Prozent relativ hoch ist im Kanton Basel-Stadt der Anteil an Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, wobei in dieser Zahl auch Schülerinnen und Schüler aus anderen Kantonen enthalten sind. Diese Quote (die noch höher ist als die jeweiligen Übertrittsquoten nach der OS) ist ausserdem auf die Anzahl an Schülerinnen und Schüler zurückzuführen, die ein Brückenangebot besucht und ihren definitiven Weiterbildungsplatz erst nach diesem Zwischenjahr findet. Dieses Zwischenjahr wird aber nicht mehr zur obligatorischen Schulzeit gezählt, weshalb diese Schülerinnen und Schüler bei der Berechnung der Übertrittsquoten nicht berücksichtigt werden.

Es ist erklärtes Ziel der Volksschule, dass künftig mehr Jugendliche nach der obligatorischen Schule direkt eine Lehre beginnen. Als Beitrag dazu werden neben verschiedenen anderen Massnahmen seit 2010 bereits in den 3. Klassen der Orientierungsschule Informationsabende zur Berufsfindung durchgeführt, an denen auch auf die Möglichkeit der Berufsmaturität hingewiesen wird. Erwartet wird zudem, dass nach Umsetzung der Schulharmonisierung die Quote beim Eintritt in die Gymnasien tiefer liegen wird, weil der Entscheid über die weitere Ausbildungslaufbahn künftig von allen Jugendlichen gleichzeitig und erst am Ende der obligatorischen Schulzeit – also zwei Jahre später als heute – gefällt wird.

Die nachfolgende Grafik zeigt, wie viele Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit einen Stufenrückstand haben, also entweder später eingeschult wurden oder in ihrer Schullaufbahn mindestens einmal repetiert haben. Diese Zahl hat sich Mitte der 90er-Jahre vorübergehend erhöht, geht aber seither sukzessive zurück. 1988 wurde im Zuge der Schulreform die Orientierungsschule eingeführt, wo Remotionen nur in Ausnahmefällen stattfinden. Erst neun Jahre später verliessen die ersten Jugendlichen, die das neue Schulsystem durchlaufen hatten, die Schule. Seither gehen die Stufenrückstände zurück. 2010 weisen noch 22.3 Prozent der Jugendlichen an öffentlichen Schulen am Ende der obligatorischen Schulzeit einen Stufenrückstand auf.



Grafik 14
Schülerinnen und Schüler in öffentlichen Schulen mit Stufenrückstand 2005–2010
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

Der anstehende Strukturwechsel zielt darauf hin, dass noch weniger Kinder ein Schuljahr repetieren müssen. Dafür sollen gegenüber heute mehr Schülerinnen und Schüler ein Jahr überspringen können.

TEIL III

BILDUNG IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN ALLGEMEINBILDUNG UND SPEZIALISIERUNG: SEKUNDARSTUFE II

1

ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUR SEKUNDARSTUFE II

1.1 Angebote und Schulen

Die Sekundarstufe II schliesst an die elf Jahre dauernde obligatorische Schulzeit (inklusive zwei Jahre Kindergarten) an und umfasst sowohl berufsbildende als auch allgemeinbildende Angebote, wobei Ersterer quantitativ überwiegen.

An berufsbildenden Angeboten gibt es einerseits die berufliche Grundbildung (Berufslehre) im dualen System mit zurzeit rund 5400 Lehrstellen in 1400 Lehrbetrieben und mit drei kantonalen Berufsfachschulen (Allgemeine Gewerbeschule Basel AGS, Schule für Gestaltung Basel SfG, Berufsfachschule Basel BFS) und drei vom Kanton beauftragten privaten Berufsfachschulen (Handelsschule des Kaufmännischen Vereins Basel HKV, Huber Widemann Schule HWS, NSH Bildungszentrum Basel). Darüber hinaus wird die berufliche Grundbildung in Vollzeitangeboten an der Wirtschafts- und Informatikmittelschule (WMS und IMS), an der SfG (Fachklasse für Grafik) und in zwei Lehrwerkstätten vermittelt: der Lehrwerkstätte für Mechaniker (LW) an der AGS und dem Atelier für Bekleidungsgestalterinnen an der BFS.

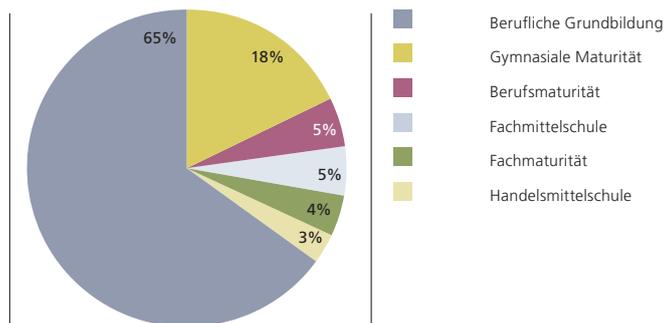
Zu den allgemeinbildenden weiterführenden Schulen in Basel-Stadt zählen das Gymnasium Bäumlihof (GB), das Gymnasium Kirschgarten (GKG), das Gymnasium Leonhard (GL), das Gymnasium am Münsterplatz (GM), das Wirtschaftsgymnasium (WG), die Fachmaturitätsschule (FMS), die Maturitätsschule für Berufstätige (MfB) und der Passarellenlehrgang von der Berufsmaturität (BM) zur gymnasialen Maturität. Die MfB und der Passarellenlehrgang sind Angebote des GKG.

1.2 Abschlussquoten

Vordringliches Bildungsziel von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt ist eine möglichst hohe Abschlussquote am Ende der Sekundarstufe II. Derzeit liegen die gesamtschweizerischen Abschlussquoten bei knapp 89 Prozent, bis 2015 soll eine Steigerung auf 95 Prozent erreicht werden.¹ Das Bundesamt für Statistik wird erst ab 2012 kantonale Zahlen erheben.

In Basel-Stadt ist die berufliche Grundbildung 2010 mit knapp 65 Prozent aller Bildungsabschlüsse (Schweiz: 63%) der am häufigsten absolvierte Ausbildungsgang auf der Sekundarstufe II, gefolgt von der gymnasialen Maturität mit 18 Prozent (Grafik 1).

Grafik 1²
 Bildungsabschlüsse im Kanton Basel-Stadt 2010
 Quelle: BFS



Im nationalen Vergleich ist die Zahl der Fachmaturitätsabschlüsse in Basel-Stadt hoch (108 im Jahr 2010). Nur Basel-Landschaft (180), Genf (152), das Tessin (149), sowie der Kanton Aargau (124) verzeichnen mehr Abschlüsse.

1.3 Verteilung nach Ausrichtung von Bildungsgang, Nationalität und Geschlecht

Wie in der ganzen Schweiz ist auch im Kanton Basel-Stadt der Anteil der Gymnasiastinnen höher als jener der Gymnasiasten: 2010 waren 53 Prozent der Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien Frauen und 47 Prozent Männer; dies, obschon in Basel-Stadt in der Alterskategorie der 13- bis 19-Jährigen (Alterskategorie der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten) die jungen Männer mit 50.6 Prozent etwas besser vertreten sind als die Frauen. Bei den Ausweisen der Passerelle (insgesamt 32) liegt dagegen die Zahl der Frauen mit 5 bei nur 15.6 Prozent.

Der Anteil ausländischer Jugendlicher an der Gesamtzahl von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten variiert in den Jahren 2005 bis 2010 zwischen 13.1 und 14.1 Prozent, wobei die meisten ausländischen Schülerinnen und Schüler aus Deutschland stammen (vgl. Grafik 4 auf Seite 51).

Das Verhältnis von rund 7:3 zwischen Schülerinnen und Schülern an der Fachmaturitätsschule ist von 2005 bis 2010 annähernd konstant geblieben. Der Anteil ausländischer Jugendlicher, welche die FMS Basel-Stadt besuchen, beträgt in den Jahren 2005 bis 2010 zwischen 15.5 und 17.3 Prozent (gemessen an der Gesamtzahl von Schülerinnen und Schülern der FMS). Dabei stammt 2010 der grösste Teil der ausländischen Jugendlichen aus Italien (20 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer).

¹ Bildungsbericht Schweiz 2010, S. 113.

² Anteile der einzelnen Abschlussarten im Verhältnis zur Gesamtzahl der im Basel-Stadt erworbenen Abschlüsse. Die Statistik schliesst demnach ausserkantonale Lernende mit Ausbildungsort im Kanton Basel-Stadt aber mit ausserkantonalem Wohnort mit ein. Bei den Berufsmaturitäten handelt es sich zudem um eine Doppelqualifikation (gleichzeitig wird ein Berufsabschluss erworben).

ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN

Die Gymnasien gehen von einem breit gefassten Bildungs- und Leistungsbegriff aus und führen die Schülerinnen und Schüler in einem fünfjährigen Bildungsgang nach den Vorgaben des Eidgenössischen Maturitätsanerkennungsreglements MAR zur Maturität und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst die obligatorischen Grundlagenfächer und einen breiten Wahlbereich, der von Standort zu Standort variiert. Zum Pflichtwahlbereich gehören die profilbildenden Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer, zum freien Wahlbereich die Sportklassen und die Immersionsangebote (Fachunterricht in englischer Sprache) sowie ein freies Kursangebot im Bereich von Sprachen, Natur- und Geisteswissenschaften, Kunst und Kultur sowie Sport. Übergangsklassen bieten leistungsfähigen Absolventinnen und Absolventen der Weiterbildungsschule die Möglichkeit, sich für das Gymnasium zu qualifizieren. Durch spezielle Angebote für Benachteiligte und für besonders Begabte erfüllen die Gymnasien den Auftrag zur Individualisierung des Bildungsgangs. Mit Bildungselementen, welche den Regelunterricht ergänzen (Praktika in der Arbeitswelt, Studienwochen, Kultur- und Wirtschaftsprojekte), wird eine ganzheitliche Bildung angestrebt.

Die Fachmaturitätsschule schliesst an die obligatorische Schulzeit an und bereitet junge Menschen in einem drei- bis vierjährigen Bildungsgang auf ein Studium an einer Fachhochschule oder an einer Höheren Fachschule vor. Die FMS führt sechs Fachrichtungen (Gestaltung/Kunst, Gesundheit/Naturwissenschaften, Kommunikation/Medien, Musik/Theater/Tanz, Pädagogik, Soziale Arbeit). Sie vermittelt eine breit gefächerte Allgemeinbildung und bereitet spezifisch auf jene Berufsfelder vor, welche die Schülerinnen und Schüler nach dem ersten Jahr wählen. Ausserdem führt die FMS ein differenziertes Förderangebot. Nach drei Jahren wird der Fachmittelabschluss erworben. Er berechtigt zu einem Studium an einer Höheren Fachschule. Die Fachmaturität kann erwerben, wer Zusatzleistungen wie Praktikum, Fremdsprachenaufenthalt und zusätzliche richtungsspezifische Allgemeinbildung erbringt sowie eine Fachmaturitätsarbeit verfasst. Die Fachmaturität berechtigt zu einem Studium an einer Fachhochschule.

Die Maturitätskurse für Berufstätige (MfB) ermöglichen Erwachsenen, in einem dreieinhalbjährigen Kurs die Berechtigung für das Studium an der Universität Basel (ausser Medizin und Pharmazie) und der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit FHNW zu erlangen. Den Passerellenlehrgang können Inhaberinnen und Inhaber eines Berufsmaturitätszeugnisses besuchen. In einem einjährigen Kurs und anschliessender Prüfung, die den Richtlinien der Schweizerischen Maturitätskommission entspricht, erwerben sie die Zulassung zu den universitären Hochschulen. Geprüft werden die fünf Fächer Deutsch, Englisch, Mathematik, Naturwissenschaften (Physik, Chemie, Biologie) sowie Geistes- und Sozialwissenschaften (Geschichte und Geografie).

2.1 Gymnasien

2.1.1 Maturitätsquoten

Die gymnasiale Maturitätsquote³ ist in Basel-Stadt seit 1980 von 18.2 Prozent kontinuierlich auf 28.6 Prozent im Jahr 2007 gestiegen, bevor sie 2008 und 2009 wieder etwas gesunken ist (2008: 26.2%; 2009: 23.1%). Der Rückgang war allerdings nur vorübergehend: 2010 betrug die gymnasiale Maturitätsquote 28.8 Prozent und war damit so hoch wie nie zuvor.

Die basel-städtische Berufsmaturitätsquote ist im gesamtschweizerischen Vergleich und verglichen mit den kantonalen gymnasialen Maturitätsquoten niedrig. 1998 lag die Berufsmaturitätsquote gemessen an der gleichaltrigen ständigen Bevölkerung bei 2 Prozent, die gymnasiale Maturitätsquote bei 21.1 Prozent (Durchschnitt Schweiz: 6.9% und 17.9%) Bis 2010 konnte die Berufsmaturitätsquote auf 7.6 Prozent gesteigert werden, die gymnasiale Maturitätsquote liegt bei 28.8 Prozent (Durchschnitt Schweiz: 12.8% bzw. 19.8%).

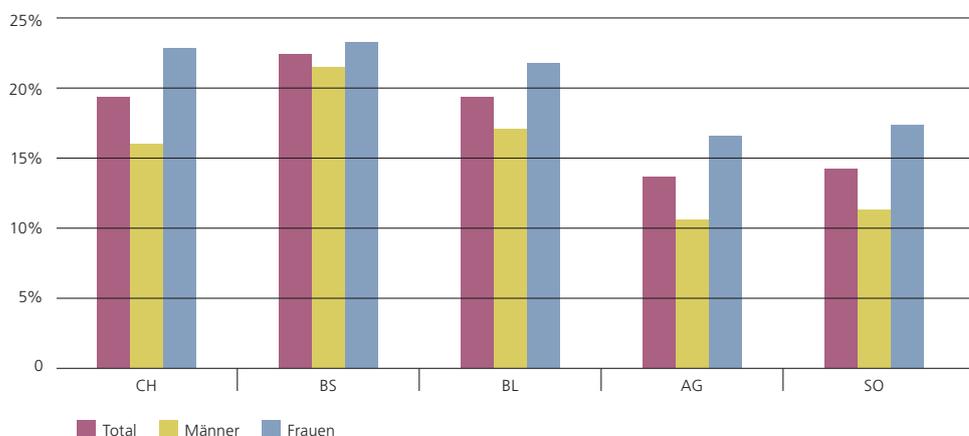
³ Diese Kennzahl gibt an, welcher Anteil der 19-jährigen ständigen Wohnbevölkerung über einen Maturitätsabschluss verfügt.

2.1.2 Anteil Frauen und Männer

Seit 1980 ist die Maturitätsquote bei den Frauen von 15.5 Prozent (Männer: 20.8%) stetig gestiegen. In Basel-Stadt haben erstmals 1997 mehr Frauen als Männer die Maturität abgelegt (20.4% versus 19.4%). Seither liegt die Maturitätsquote der Frauen mit Ausnahme des Jahres 1999 immer über derjenigen der Männer, am deutlichsten 2006 mit 29 Prozent zu 21.3 Prozent und 2010 mit 32.8 Prozent gegenüber 24.9 Prozent bei den Männern. Im Vergleich mit dem schweizerischen Durchschnitt fällt auf, dass die Zunahme der Maturitätsquote im Kanton Basel-Stadt weit weniger stark ist als in anderen Kantonen. Schon 1980 war die Maturitätsquote bei Frauen wie Männern in Basel-Stadt mit 18.2 Prozent nach Genf mit 21.3 Prozent die höchste im nationalen Vergleich (Total: 10.6%; Männer:12.1%; Frauen: 9.2%). Im Jahr 2010 liegt Basel-Stadt mit einer Maturitätsquote von 28.8 Prozent nach dem Tessin (29.8%) an zweiter Stelle. Wie in der ganzen Schweiz ist die Maturitätsquote der Frauen im Kanton Basel-Stadt mit 32.8 Prozent höher als diejenige der Männer (24.9%), im Vergleich mit anderen Kantonen aber nur geringfügig (nationaler Durchschnitt: 23.4% bei den Frauen, 16.4% bei den Männern; Grafik 2).

Grafik 2

Maturitätsquoten 2010 im Vergleich (= Anteil der 19-jährigen ständigen Wohnbevölkerung mit Maturitätsabschluss)
Quelle: BFS

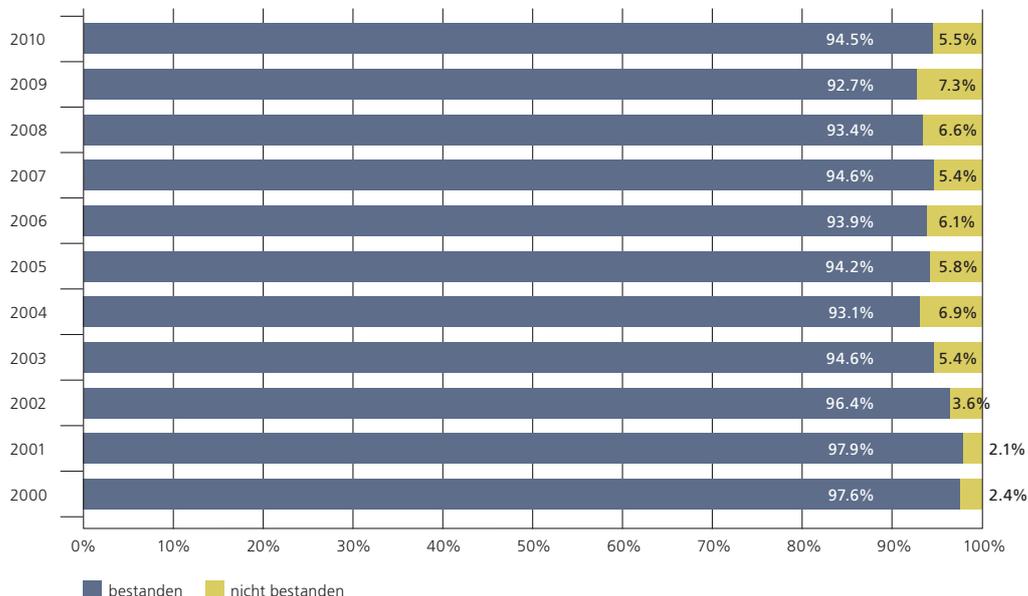


2010 wurden insgesamt 621 Maturitätszeugnisse verteilt (594 eidgenössisch anerkannte kantonale Maturitäten und 27 eidgenössisch nicht anerkannte Maturitätszeugnisse der Maturitätskurse für Berufstätige), davon 349 (56.2%) an Frauen. Von den 32 Ausweisen der Passerelle wurden 5 an Frauen vergeben.

Mit dem neuen Maturitäts-Anerkennungsreglement, das seit 2002 gilt, wurden die Bestehensnormen der Maturitätsprüfungen verschärft. Deshalb ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit bestandener Maturitätsprüfung seither gesunken. 2010 haben noch 94.5 Prozent der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten die Maturitätsprüfung bestanden (Grafik 3).

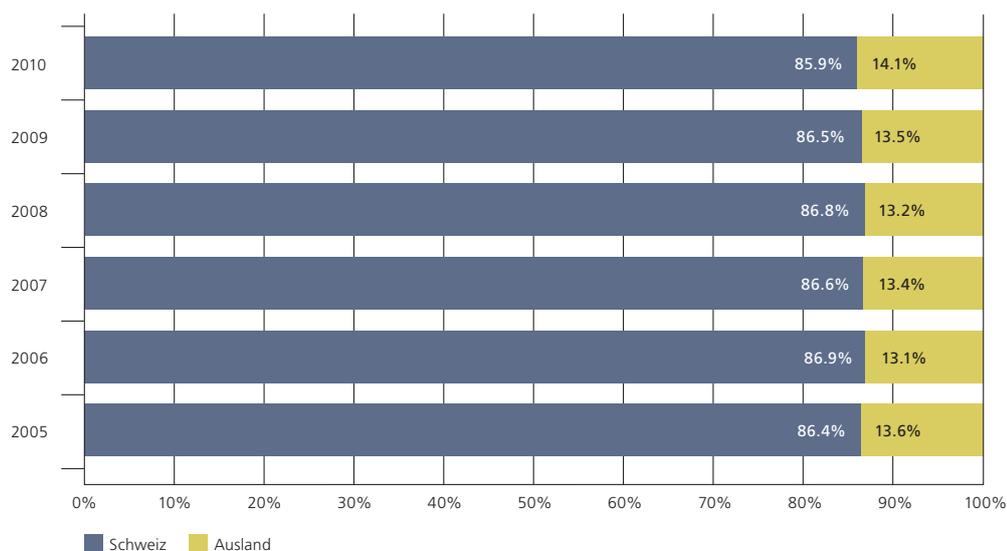
Grafik 3

Bestandene Maturitätsprüfungen im Kanton Basel-Stadt 2000–2010
Quelle: ED



2.1.3 Anteil Jugendlicher schweizerischer und ausländischer Nationalität

Während die Schülerinnen und Schüler mit ausländischem Pass an den Volksschulen 36.1 Prozent ausmachen, ist deren Anteil an den öffentlichen Gymnasien deutlich tiefer: er variiert 2005 bis 2010 zwischen 13.1 und 14.1 Prozent. Gymnasiastinnen und Gymnasiasten aus Deutschland bilden die grösste Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer an den Basler Gymnasien (2005: 3.2%; 2010: 3.8%), gefolgt von Jugendlichen aus der Türkei (2005: 0.9%; 2010: 1.3%) sowie aus Ex-Jugoslawien (2005: 0.7%; 2010: 1.1%). Während der Anteil Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zwischen 2005 und 2010 aus diesen Ländern stieg, sank derjenige der Jugendlichen aus Italien (2005: 1.6%; 2010: 1.5%) und Spanien (2005: 0.9%; 2010: 0.6%) leicht (Grafik 4).



Grafik 4

Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Basler Gymnasien nach Heimat 2005–2010
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

2.1.4 Schwerpunktfachwahl im 1. Gymnasialjahr

Die Schwerpunktfachwahl in den 1. Klassen der Gymnasien variiert von Jahr zu Jahr:

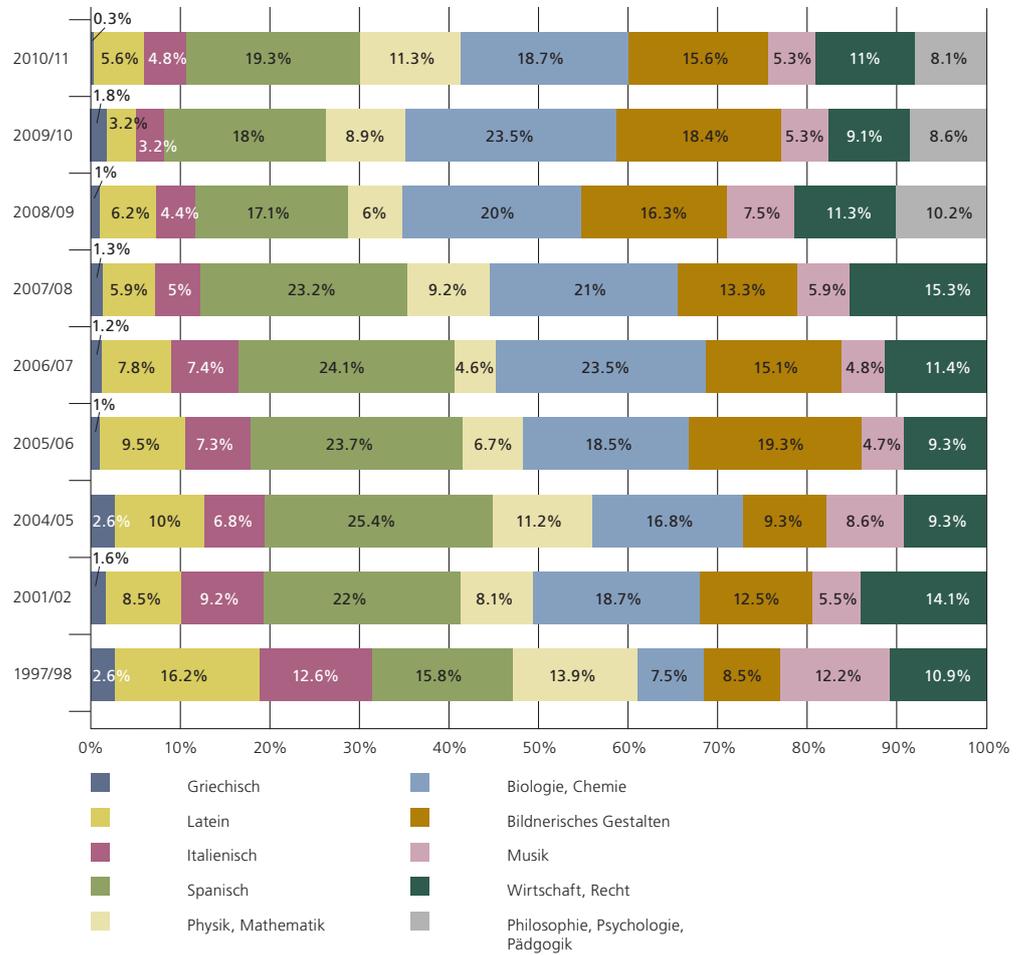
- 1997/98 war das am häufigsten gewählte Fach Latein (Anteil total: 16.2%: Einstieg: 6.6%; Fortgeschrittene: 9.6%), gefolgt von Spanisch (15.8%), Physik und Angewandte Mathematik (13.9%) sowie Italienisch (Total: 12.6%; Einstieg: 10%; Fortgeschrittene: 2.6%).
- 2001/02 war das am häufigsten gewählte Fach Spanisch (22%), gefolgt von Biologie und Chemie (18.7%), Wirtschaft und Recht (14.1%) sowie Bildnerischem Gestalten (12.5%).
- 2004/05 war das am häufigsten gewählte Fach Spanisch (25.4%), gefolgt von Biologie und Chemie (16.8%), Physik und Anwendungen der Mathematik (11.2%), Wirtschaft und Recht sowie Bildnerischem Gestalten (9.3%).
- 2009/10 war das am häufigsten gewählte Fach Biologie und Chemie (23.5%) gefolgt von Bildnerischem Gestalten (18.4%), Spanisch (18%) sowie Wirtschaft und Recht (9.1%).

Als grosse Entwicklungslinien für die Jahre 1997/98 bis 2009/10 lässt sich festhalten, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die Latein und Italienisch (Einstieg sowie Fortgeschrittene) wählen, gesunken ist (von total 16.2 im Latein auf 3.2% und von total 12.6 auf 3.2% im Italienisch). Dasselbe gilt in geringerem Ausmass für das Fach Musik (von 12.2 auf 5.3%) sowie für Physik und Anwendungen der Mathematik (von 13.9 auf 8.9%).

Gestiegen ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die Spanisch wählen: von 15.8 Prozent im Jahr 1997/98 auf 25.4 Prozent im Jahr 2004/05. Seither sind die Zahlen wieder gesunken (2008/09: 17.1%; 2009/10: 18%), Spanisch gehört aber immer noch zu den am häufigsten gewählten Fächern. Ebenfalls zugenommen haben die Zahlen in den Fächern Biologie und Chemie: von 7.5 Prozent im Jahr 1997/98 auf 23.5 Prozent im Jahr 2009/10 sowie im Bildnerischen Gestalten von 8.5 auf 18.4 Prozent. Am stabilsten sind die Fächer Griechisch (1997/98: 2.6%; 2009/10: 1.8%) sowie Wirtschaft und Recht (1997/98: 10.9%; 2009/10: 9.1%).

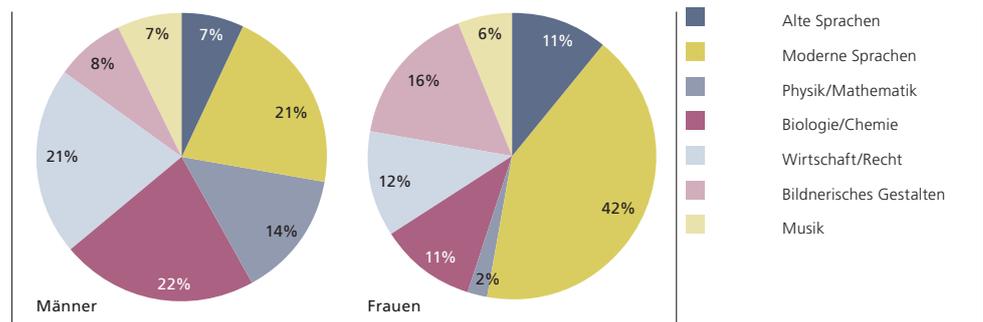
Das in Basel erst ab Schuljahr 2008/09 angebotene Schwerpunktfach Pädagogik/ Psychologie/Philosophie (PPP) wurde 2009/10 von 8.6 Prozent der Schülerinnen und Schülern gewählt (Grafik 5).

Grafik 5
Schwerpunktfächer im
1. Gymnasialjahr (Prozentuale
Anteile) 1997/98–2010/11
Quelle: ED



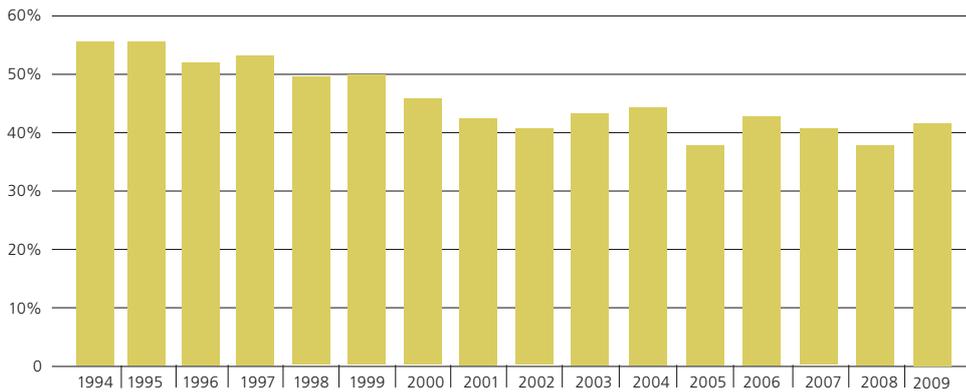
Die Schwerpunktfächer sind bei den Geschlechtern unterschiedlich beliebt: Während 2009 im Kanton Basel-Stadt 42 Prozent der Frauen eine eidgenössisch anerkannte kantonale Maturität mit einem Schwerpunktfach in den modernen Sprachen erwarben, waren es bei den Männern nur 21 Prozent. Bildnerisches Gestalten wurde von den Frauen (16%) ebenfalls deutlich häufiger gewählt als von den Männern (8%). 11 Prozent der Frauen wählten das Schwerpunktfach Alte Sprachen, aber nur 7 Prozent der Männer. Hingegen stiessen Wirtschaft und Recht (21 gegenüber 12%) sowie Biologie und Chemie (22 gegenüber 11%) bei den Männern auf grösseres Interesse als bei den Frauen. Nur wenige Frauen konnten sich für das Schwerpunktfach Physik und Anwendungen der Mathematik begeistern (2%), während es bei den Männern 14 Prozent waren (Grafik 6).

Grafik 6
Schwerpunktfächer bei
Maturitätsabschluss nach
Geschlecht 2009
Quelle: BFS



2.1.5 Übertritt zur universitären Hochschule

Die Zahl der Sofortübertritte von Schülerinnen und Schülern direkt nach der Maturität ins Studium ist in Basel-Stadt seit 1994 von 55.7 Prozent auf 42.2 Prozent im Jahr 2009 gesunken (Grafik 7). Dies entspricht der nationalen Tendenz: Während in der Schweiz 1995 noch 58.2 Prozent der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten direkt nach der Maturität in eine universitäre Hochschule eingetreten sind, waren es 2009 noch 41.2 Prozent. Die Zahl der Maturandinnen und Maturanden, die sich an einer Hochschule immatrikulierten, ist seit 1994 von 83.2 auf 75.5 Prozent im Jahr 2007 prozentual leicht gesunken, absolut jedoch gestiegen (von 400 auf 450).



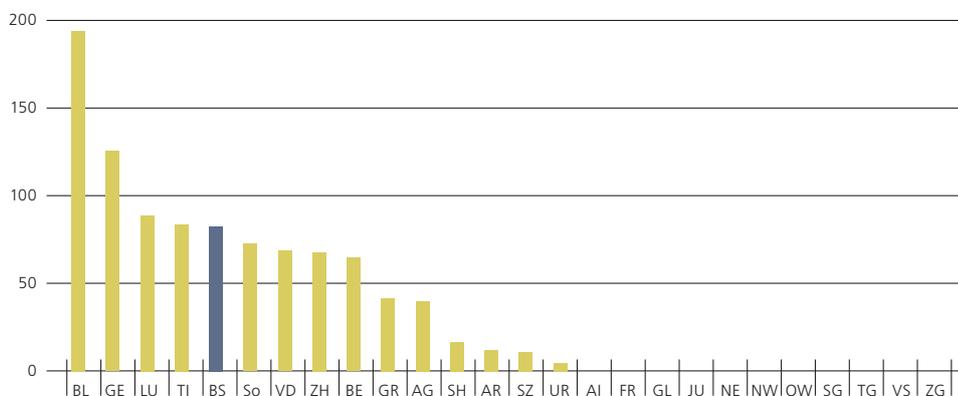
Grafik 7
Sofortübertritte an universitäre Hochschulen in Prozent der Maturitäten 1994–2009
Quelle: BFS

2.2 Fachmaturitätsschule

2.2.1 Abschlussquoten

Bei den Bildungsabschlüssen der allgemeinbildenden weiterführenden Schulen liegt die Fachmittelschule mit 5 Prozent hinter der gymnasialen Maturität (18%) an zweiter Stelle. Die Weiterbildung mit Abschluss «Fachmaturität» erreichte 2010 einen Anteil von 4 Prozent.

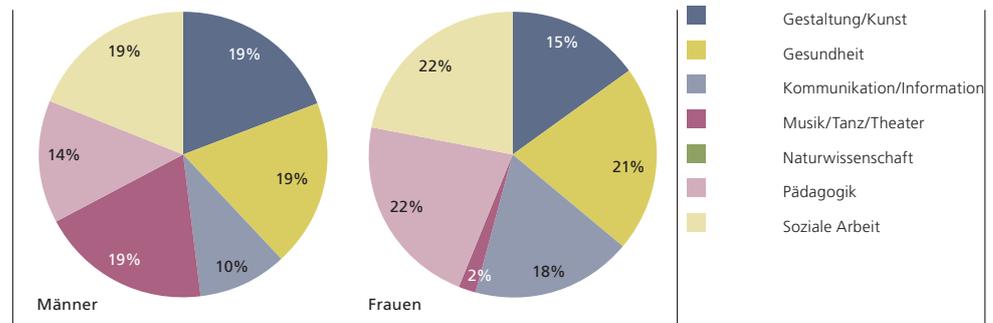
Im nationalen Vergleich ist die Zahl der Fachmaturitätsabschlüsse in Basel-Stadt hoch (83 im Jahr 2009). Nur Basel-Landschaft (195), Genf (126) und Luzern (89) und das Tessin (84) haben mehr Abschlüsse (Grafik 8). 74.7 Prozent der Abschlüsse werden in Basel-Stadt von Frauen erworben.



Grafik 8
Anzahl Fachmaturitäten im kantonalen Vergleich 2009
Quelle: BFS

Die meisten Fachmaturitätsausweise wurden im Kanton Basel-Stadt in den Fächern Gesundheit (17), Pädagogik (17) und Soziale Arbeit (18) erworben, gefolgt von Gestaltung/Kunst und Kommunikation/Medien (je 13). 5 Abschlüsse gab es im Bereich Musik/Theater/Tanz. Dabei zeigen sich bei der Wahl der Fachrichtung Unterschiede zwischen Männern und Frauen: Pädagogik und Kommunikation/Medien geniessen bei Frauen einen deutlich höheren Stellenwert als bei Männern. Dafür sind bei den Männern die Anteile der Bereiche Musik/Theater/Tanz und Gestaltung/Kunst grösser als bei den Frauen (Grafik 9).

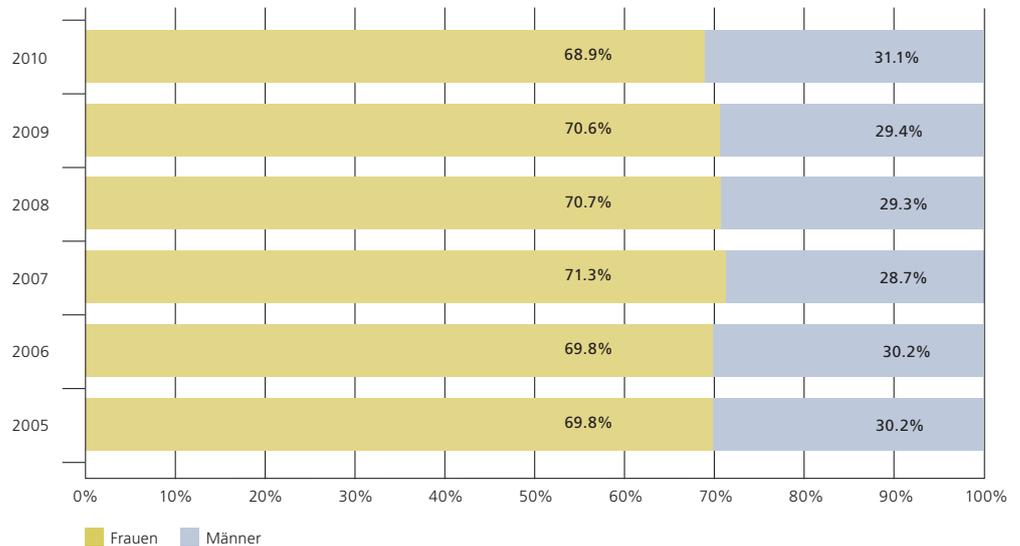
Grafik 9
Richtungen der Fachmaturitäten nach Geschlecht 2009
Quelle: BFS



2.2.2 Anteil Frauen und Männer

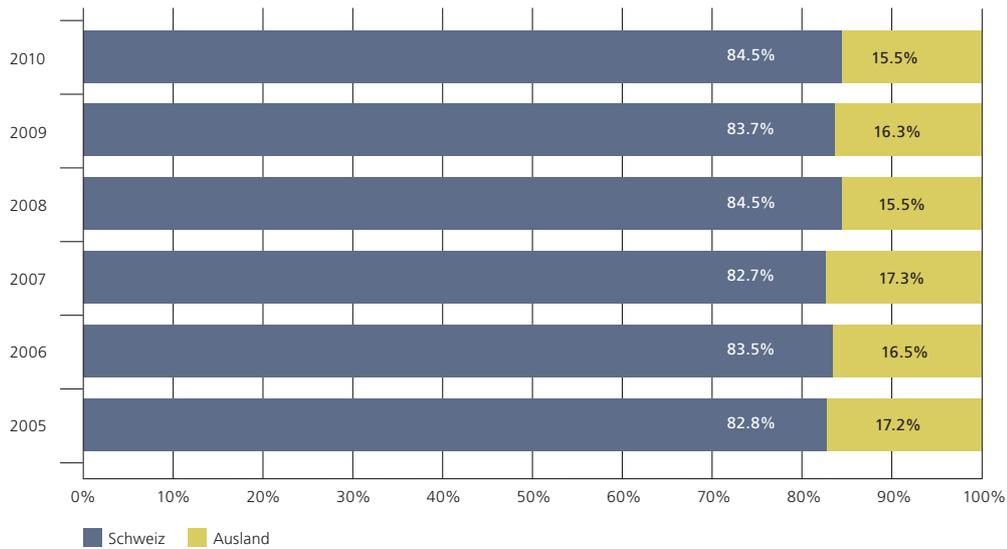
Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler der Fachmaturitätsschule ist von 622 im Jahr 2005 auf 705 im Jahr 2010 gestiegen. Das Verhältnis von 7:3 zwischen Schülerinnen und Schülern ist in etwa konstant geblieben (Grafik 10).

Grafik 10
Frauen- und Männeranteil in der Fachmaturitätsschule 2005–2010
Quelle: ED

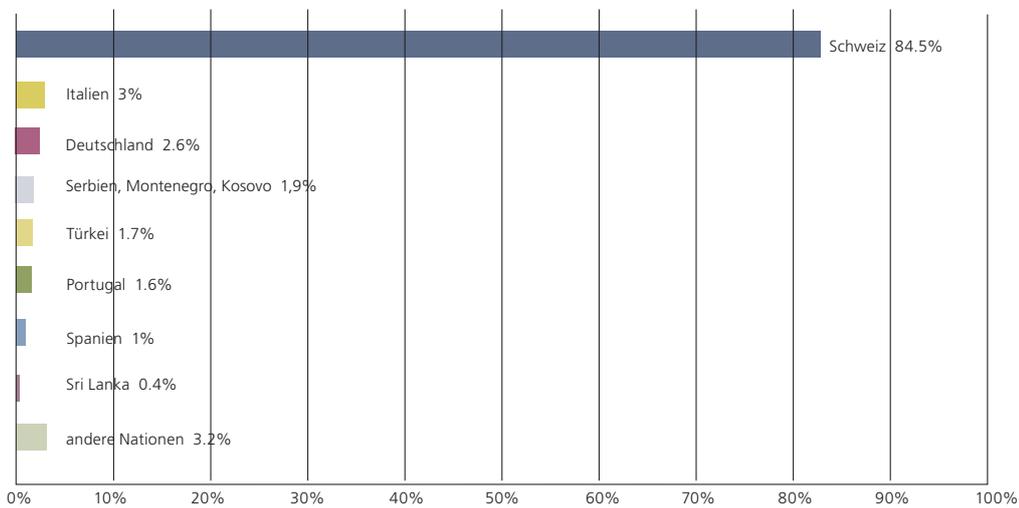


2.2.3 Anteil Jugendlicher schweizerischer und ausländischer Nationalität

Der Anteil ausländischer Jugendlicher an der Fachmaturitätsschule Basel variiert in den Jahren 2005 bis 2010 zwischen 15.5 Prozent und 17.3 Prozent. Von den insgesamt 15.5 Prozent ausländischen Lernenden des Jahres 2010 stammen 3 Prozent aus Italien, 2.6 aus Deutschland, 1.9 aus Ex-Jugoslawien, 1.7 aus der Türkei, 1.6 aus Portugal, 1 Prozent aus Spanien und 0.4 aus Sri Lanka. Alle übrigen Nationen haben zusammen einen Anteil von 3.2 Prozent. Der grösste absolute Zuwachs erfolgte bei Schülerinnen und Schülern aus Deutschland (+10), während die grösste Abnahme bei den Schülerinnen und Schülern spanischer Nationalität stattfand (-12; Grafiken 11 und 12).



Grafik 11
 Anteil Schülerinnen und Schüler ausländischer Nationalität an der Fachmaturitätsschule 2005–2010
 Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt



Grafik 12
 Nationalitäten an der Fachmaturitätsschule 2010
 Quelle: ED

3

BERUFSBILDUNG

Die Berufsbildung umfasst die Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung, die berufliche Grundbildung, die höhere Berufsbildung sowie die berufsorientierte Weiterbildung. Sie ist im Bundesgesetz über die Berufsbildung geregelt (BBG, in Kraft seit 2004). Lokale Einzelheiten der Umsetzung regelt das kantonale Berufsbildungsgesetz von 2007 (mit Änderungen 2009). Mit der beruflichen Grundbildung kann die Berufsmaturität erworben werden. Sie bietet eine erweiterte Allgemeinbildung und ermöglicht den prüfungsfreien Zugang zu den Fachhochschulen im jeweiligen Berufsfeld. Die Berufsbildung steht auch Erwachsenen offen. Letztere müssen unter bestimmten Voraussetzungen gar keine Lehre absolvieren, um einen eidgenössisch anerkannten Berufsabschluss zu erlangen.

3.1 Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung

Als Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung gelten einjährige praxis- und arbeitsweltbezogene Angebote für Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die das Programm der obligatorischen Schule im Hinblick auf die Anforderungen der beruflichen Grundbildung ergänzen wollen.

In Basel-Stadt handelt es sich um schulisch organisierte, berufsfeldorientierte Vollzeitkurse an den kantonalen Berufsfachschulen mit Praxisteilen in der Schulwerkstatt oder im Schullabor. Ein Vertrag zwischen den Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft aus dem Jahr 1999 regelt den Zugang. Es gibt eine Anmeldestelle für alle Angebote beider Kantone. Die Jugendlichen müssen in einer schulischen Aufnahmeprüfung einen bestimmten Notendurchschnitt erreichen und ein Eignungsgespräch bestehen. Sie wissen in der Regel bereits vor dem Kurs, auf welchen Beruf sie sich vorbereiten wollen. Von den Teilnehmenden finden 70 bis 90 Prozent im Anschluss an den Vorbereitungskurs eine Lehrstelle.

Es fällt auf, dass von den Teilnehmenden lediglich ein Drittel in Basel-Stadt wohnt (Tabelle 1). Mit Sicherheit ist der Bedarf grösser. Es ist vermutlich der besonderen bikantonalen Aufnahmeregelung zuzuschreiben, dass an den basel-städtischen Berufsfachschulen nur relativ wenig Jugendliche aus Basel-Stadt an den Vorbereitungskursen teilnehmen können.

Tab. 1

Teilnehmende an beruflichen Vorbereitungskursen der kantonalen Berufsfachschulen nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2008
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

Vorkurs	Total	Frauen	Männer	Basel-Stadt	Übrige
Total	217	121	96	76	141
Chemie	15	4	11	4	11
Detailhandel	16	5	11	2	14
Elektro	5	-	5	-	5
Ernährung	10	2	8	3	7
Hauswirtschaft/Textil	10	9	1	10	-
Holz	10	2	8	1	9
Medizin	15	14	1	5	10
Metall	15	1	14	6	9
Gestaltung	121	84	37	45	76

3.2 Berufliche Grundbildung

Die berufliche Grundbildung stellt das wichtigste Bildungsangebot auf der nachobligatorischen Sekundarstufe II dar. Von den über 2200 Lernenden auf Bildungsstufe 10 (nach alter Zählung, d.h. ohne Kindergarten) befinden sich rund 40 Prozent in einer Berufslehre oder einer berufsbildenden Vollzeitschule (Tabelle 2).

	Anzahl	Prozent	Bemerkungen
Total	2292	100%	
Anteil Brückenangebote	709	31%	
SBA 10. SJ Basis	150		
SBA 10. SJ Basis plus	155		
SBA Vorlehre	268		Berufswahlorientierte Vorlehre
Berufsfachschulen Vorkurse	76		
Verkehrsschule	28		
Kaufm. Vorbereitungsschule	32		
Anteil berufliche Grundbildung*	896	39%	
Berufsfachschulen	750		
Wirtschaftsmittelschule	130		
Informatikmittelschule	13		
Fachklasse für Gestaltung	3		
Anteil FMS	155	7%	
Anteil Gymnasien	532	23%	

Tab. 2

Teilnehmende an Angeboten auf Stufe 10 (nach alter Zählung) mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt 2009

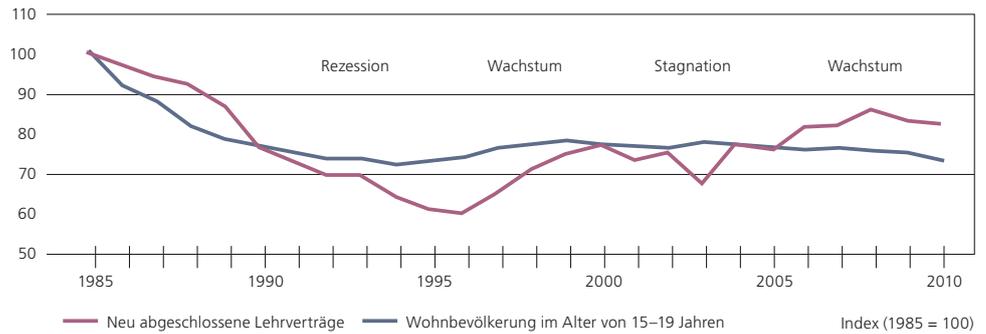
Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2010

* Berechneter Wert

Die *Berufslehre* mit praktischer Ausbildung in einem Privatunternehmen, einem öffentlichen Betrieb oder in der Verwaltung sowie ergänzendem Unterricht an einer Berufsfachschule (duale Ausbildung) ist die überwiegende Form der beruflichen Grundbildung (siehe Tabelle 2). Es gibt mehr als 200 Berufslehren, davon werden rund 160 im Kanton Basel-Stadt angeboten. Die Ausbildungen sind in Berufsbildungsverordnungen mit Bildungsplänen geregelt, welche vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) erlassen werden. Das Lehrstellenangebot unterliegt dem wirtschaftlichen Strukturwandel und den Konjunkturzyklen. Was die Nachfrage betrifft, sind die demografische Entwicklung und die Bildungspräferenzen der Jugendlichen von grösster Bedeutung. Grafik 13 zeigt, dass im Kanton Basel-Stadt die Entwicklung der jährlich neu abgeschlossenen Lehrverträge generell recht gut mit der demografisch bedingten Lehrstellennachfrage korrespondiert, ausser in wirtschaftlichen Rezessionsjahren. Fällt der konjunkturell bedingte Arbeits- und Lehrstellenabbau mit einer Periode steigender Bevölkerungszahlen in der relevanten Altersgruppe zusammen, kommt es zu «Lehrstellenkrisen», wie beispielsweise Mitte der Neunzigerjahre. Umgekehrt, wenn Phasen wirtschaftlichen Wachstums mit einem demografischen Rückgang einhergehen, dreht der Lehrstellenmarkt, und die Jugendlichen sind als potentielle Lernende sehr gefragt. Eine solche Situation herrschte in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre und scheint sich jetzt wieder einzustellen. Unter den Basler Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, sind jedoch viele Fremdsprachige aus eher bildungsfernen Familien und aus Ländern, welche das System der Berufslehren nicht kennen. Gleichzeitig bewirkt der Strukturwandel in der Wirtschaft, dass die Anforderungen am Arbeits- und Ausbildungsplatz steigen. Es ist deshalb eine permanente Herausforderung, allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern eine nachobligatorische Bildung zu gewährleisten.

Grafik 13

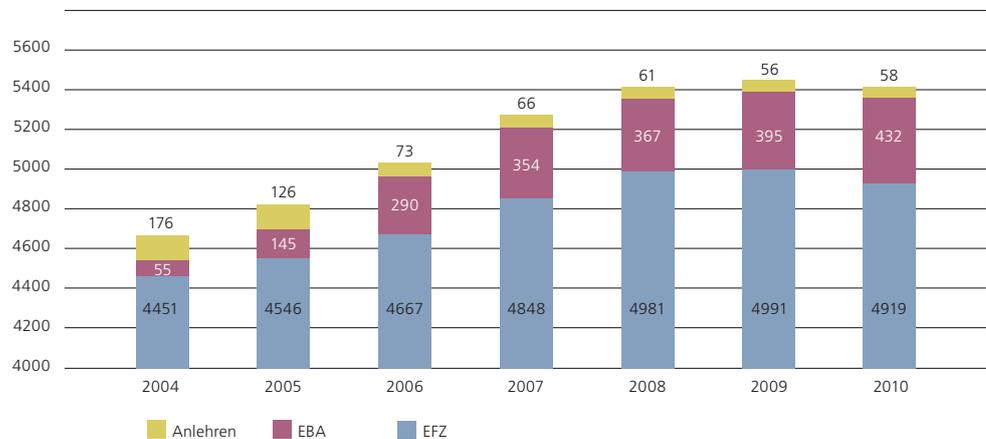
15- bis 19-jährige Wohnbevölkerung und Lehrvertragsabschlüsse (alle Wohnsitzkantone) seit 1985
Quelle: ED



Es gibt zwei Ausbildungstypen: die zweijährigen beruflichen Grundbildungen, welche mit einem eidg. Berufsattest (EBA) abgeschlossen werden, sowie die drei- und vierjährigen Grundbildungen, die zu einem eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ) führen. Der Ausbildungstyp EBA ist relativ neu, er wurde mit dem neuen BBG geschaffen. Im Gegenzug wurden die früheren zweijährigen Berufslehren mit EFZ (Bürolehre, Verkaufslehre, Servicefachlehre) sowie der frühere Ausbildungstyp der Anlehre abgeschafft.⁴ Die EBA-Ausbildungen sind auf einem tieferen Qualifikationsniveau angesiedelt und sind auf Jugendliche zugeschnitten, deren Begabungen und Neigungen eher im Praktischen als im Schulischen liegen. Der Regierungsrat und das Erziehungsdepartement haben im Rahmen der Strategie zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit die Schaffung von Attestlehrstellen in der Wirtschaft und Verwaltung energisch gefördert, ab 2005 in enger Kooperation mit dem Gewerbeverband Basel-Stadt. Aus Grafik 14 wird das gesamthaft starke Lehrstellenwachstum im beobachteten Zeitabschnitt ersichtlich. Der im Jahr 2009 erreichte Höchststand wurde in diesem Umfang letztmals vor zwanzig Jahren registriert. Zwei Drittel des Lehrstellenwachstums seit 2004 sind auf das Wachstum der zweijährigen Lehrstellen mit EBA zurückzuführen.

Grafik 14

Gesamtbestand an Lehrverträgen nach Ausbildungstyp 2004–2010
Quelle: ED



Auffallend ist die nach Berufsgruppen recht unterschiedliche Entwicklung (Tabelle 3). Der frühere Rückgang im kaufmännischen Bereich (Gruppe Organisation, Verwaltung, Büro), bedingt durch Strukturwandel, Rezession und gleichzeitiger Reform der Ausbildung im Jahr 2003, konnte wesentlich durch das enorme Wachstum der neuen zweijährigen Büroassistentenlehre (siehe Tabelle 4) gestoppt und umgekehrt werden, so dass jetzt der Gesamtbestand aller kaufmännischer Lehrverhältnisse wieder das Niveau des Jahres 2002 erreicht hat.

Die Gruppe der Metall-, Elektro- und Maschinenbauberufe ist sehr heterogen und reicht vom Automobilfachmann über die Elektroinstallateurin bis hin zum Schuhmacher. Die Berufsgruppe umfasst u.a. alle gewerblichen Produktionsberufe. Hinter der zahlenmässig relativen Konstanz verbirgt sich das Verschwinden althergebrachter Berufe wie beispielsweise Sattlerin/Sattler, und die Entstehung neuer Technologieberufe wie etwa Informatikerin/Informatiker.

⁴ In einer Übergangsphase können noch bis 2012 in denjenigen Berufsfeldern Anlehrverträge abgeschlossen werden, wo es noch keine EBA-Ausbildung gibt.

Erfreulich ist die Lehrstellenentwicklung im drittichtigsten Berufsfeld Verkauf (Detailhandel), ist doch diese vielfältige Branche einem permanenten Strukturwandel unterworfen, und die Bereitschaft, sich an der Ausbildung zu beteiligen, gehört nicht überall zur Firmentradition. Auch hier bildet die im Jahr 2005 eingeführte neue zweijährige Detailhandelsassistentenlehre eine Stütze des Ausbildungsangebots (Tabelle 4).

In der Berufsgruppe Heilbehandlung hat sich die Zahl der Lehrverhältnisse dank der seit dem Jahr 2004 neu eingeführten Berufslehre «Fachfrau/Fachmann Gesundheit EFZ» fast verdreifacht (Tabelle 3).

Die früheren Betreuungsberufe sind seit 2006 im neuen Beruf «Fachfrau/Fachmann Betreuung EFZ» mit den Fachrichtungen Behinderte, Betagte und Kinder zusammengefasst. Seither wächst die Zahl der Lernenden auch in diesem Bereich sehr stark.

Ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichnet auch die Gruppe der gastgewerblichen und hauswirtschaftlichen Berufslehren, auch hier als Folge der neuen Ausbildungen mit Berufsattest.

Der stete Rückgang des Lehrberufs «Chemie- und Pharmatechnolog/in», ein Produktionsberuf, widerspiegelt den Strukturwandel in der chemisch-pharmazeutischen Industrie.

	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002
Total	5351	5386	5348	5202	4957	4691	4696	4706	4818
davon:									
Organisation, Verwaltung, Büro	1187	1184	1152	1101	1025	959	991	1088	1177
Metall- und Maschinenindustrie	1115	1158	1185	1168	1147	1094	1104	1140	1146
Verkauf	685	678	681	689	658	628	654	586	615
Heilbehandlung *	414	387	341	306	284	252	204	165	155
Technische Berufe (Labor, Planung)	371	363	372	385	367	377	374	367	343
Gastgewerbe, Hauswirtschaft	339	342	328	341	315	292	288	231	227
Betreuung (Behinderte, Betagte, Kinder)	266	253	232	163	154	117	122	121	126
Körperpflege	148	149	163	163	167	152	156	166	185
Baugewerbe	82	80	101	91	83	85	75	79	84
Chemische Industrie °	64	69	71	72	72	79	95	123	138

* Ab 2004 inklusive neuer Beruf «Fachangestellte/r Gesundheit FAGE»

° Berufsgruppe umfasst nur einen Beruf: «Chemie- und Pharmatechnolog/-in» (früher: «Chemikant/-in»)

Tab. 3

Gesamtbestand an Lehrverträgen (EFZ und EBA) nach ausgewählten Berufsgruppen 2002–2010
Quelle: ED

	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003
Total	432	395	367	354	290	145	55	20
davon:								
Organisation, Verwaltung, Büro	172	155	160	149	102	67	55	20
Metall- und Maschinenindustrie	46	35	15	12	6	4	0	0
Verkauf	122	115	104	111	115	47	0	0
Gastgewerbe, Hauswirtschaft	72	75	65	59	50	27	0	0
Technische Berufe (Labor, Planung)	0	2	0	0	0	0	0	0
Heilbehandlung	0	0	0	0	0	0	0	0
Körperpflege	0	0	0	0	0	0	0	0
Baugewerbe	0	1	0	0	0	0	0	0

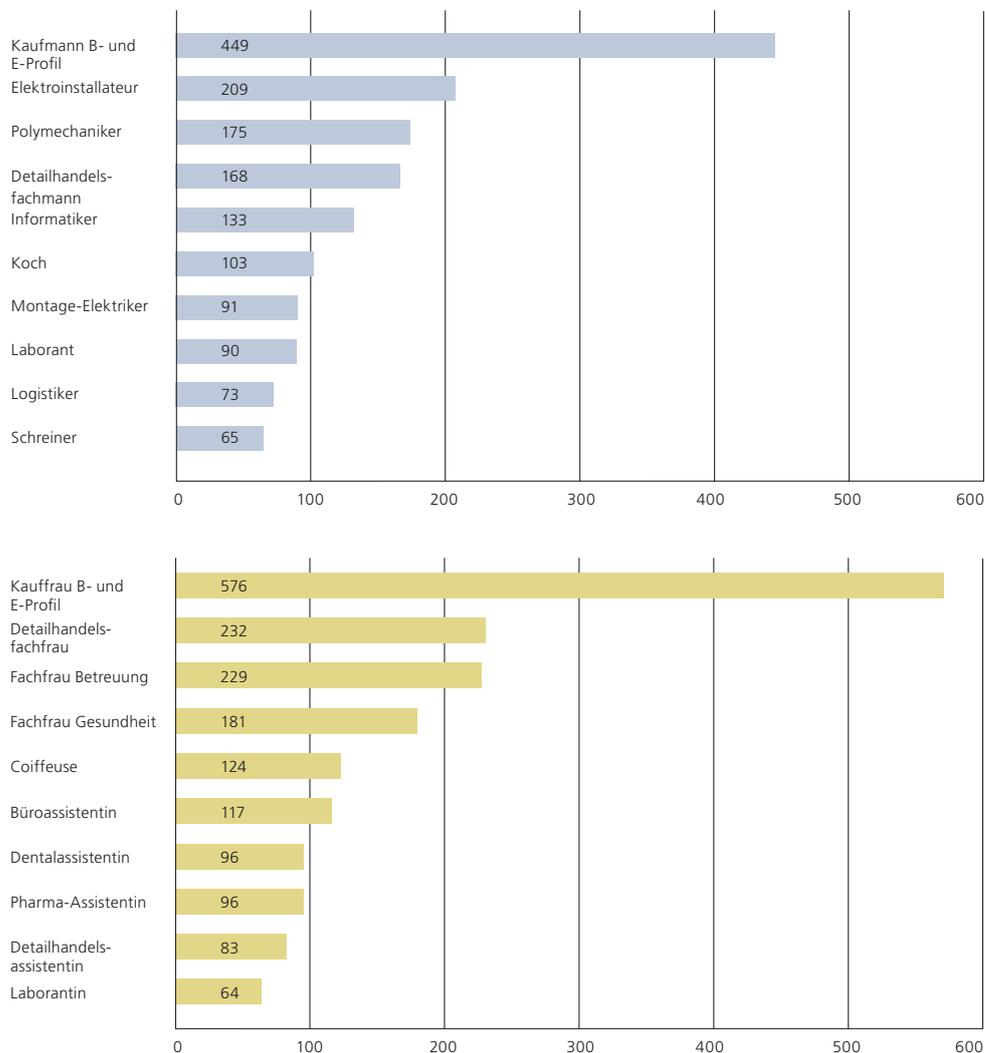
Tab. 4

Bestand Lehrverträge EBA nach ausgewählten Berufsgruppen 2003–2010
Quelle: ED

Die Berufswahl der jungen Menschen erfolgt nach wie vor geschlechterspezifisch (Grafik 15). Aber auch das ist nicht in Stein gemeisselt: Frühere typische Männerberufe, wie zum Beispiel Bauzeichner, werden heute ebenso häufig von Frauen gewählt. Das Absolvie-

ren einer Berufslehre war in früheren Zeiten fast nur jungen Männern vorbehalten. Für Frauen wurden eher Vollzeitberufsschulen eingerichtet (Frauenfachschulen). Erst mit dem Aufkommen von Berufslehren in typischen Frauenberufen begann sich das zu ändern.

Grafik 15
Am häufigsten gewählte Lehrberufe im Kanton Basel-Stadt nach Geschlecht 2010
Quelle: BFS



In jüngster Zeit wurden neue Lehrberufe im Gesundheits- und Sozialbereich und eingeführt und dadurch immer mehr Lehrstellen in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen, bei der Spitex und in Kindertagesstätten geschaffen. Die Besetzung dieser Stellen führte zu einer sukzessiven Erhöhung des Frauenanteils in der beruflichen Grundbildung (Tabelle 5). Im Jahr 2010 war deshalb das Geschlechterverhältnis mit rund 53 zu 47 Prozent deutlich ausgeglichener als noch vor fünf Jahren.

Tab. 5
Gesamtbestand an Lernenden mit Lehrvertrag nach Geschlecht 2005–2010
Quelle: ED

	2010	%	2009	%	2008	%	2007	%	2006	%	2005	%
Total	5351		5386		5348		5202		4957		4698	
Männer	2850	53.3	2886	53.6	2940	55	2879	55.3	2813	56.7	2697	57.4
Frauen	2501	46.7	2500	46.4	2408	45	2323	44.7	2144	43.3	2001	42.6

Rund die Hälfte der Schülerinnen und Schüler an der Basler Volksschule ist fremdsprachig und stammt mehrheitlich aus Kulturen, die das duale Berufsbildungssystem nicht kennen. Gegen 40 Prozent haben einen ausländischen Pass. Vielen gelingt es nicht, auf dem hart umkämpften städtischen Lehrstellenmarkt einen Lehrvertrag abzuschliessen. Legt man das Kriterium der Nationalität zugrunde, widerspiegeln sich diese Schwierigkeiten: Diese jungen Ausländerinnen und Ausländer sind an der Berufsbildung unterproportional beteiligt. Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, lag die Beteiligungsquote im Jahr

2008 bei 24.2 Prozent, der Anteil Ausländerinnen und Ausländer in der Altersgruppe der 15- bis 19-jährigen Wohnbevölkerung betrug jedoch 28 Prozent.⁵

Die Berufsbildung ist zwar einer der wichtigsten Mechanismen für die Integration junger Zugewanderter in das hiesige Berufs- und Erwerbsleben. Der Übergang von der Volksschule in eine Berufslehre stellt jedoch für viele eine hohe Hürde dar.

	2010	%	2009	%	2008	%	2007	%	2006	%	2005	%
Total	5351		5386		5348		5202		4957		4698	
Schweizer Männer	2187	40.9	2196	40.8	2207	41.3	2153	41.4	2147	43.3	2057	43.8
Schweizer Frauen	1937	36.2	1943	36.1	1846	34.5	1765	33.9	1628	32.9	1549	33
Ausländer Männer	663	12.4	690	12.8	733	13.7	726	14.0	666	13.4	640	13.6
Ausländer Frauen	564	10.5	557	10.3	562	10.5	558	10.7	516	10.4	452	9.6

Tab. 6

Gesamtbestand an Lernenden mit Lehrvertrag nach Geschlecht und Nationalität 2005–2010

Quelle: ED

Bezogen auf die Gesamtzahl der Lehrverträge werden im Kanton Basel-Stadt jährlich zwischen 9 bis 11 Prozent der Verträge aufgelöst, diese Quote ist konstant. Damit liegt Basel-Stadt im Mittelfeld der Kantone. Die meisten Auflösungen (55 bis 65%) finden im ersten Lehrjahr statt, meistens schon während der Probezeit. Wie aus Tabelle 7 ersichtlich, ist die Auflösungsquote bei den ausländischen Männern am höchsten und bei den ausländischen Frauen am tiefsten.

Die am häufigsten genannten Auflösungsgründe sind eine berufliche Neuorientierung, Pflichtverletzungen durch die lernende Person sowie Konflikte zwischen den Vertragsparteien. Bei Lehrvertragsauflösungen berät die Fachstelle Lehraufsicht über Anschlusslösungen. Nur in wenigen Fällen droht ein Hinausfallen aus dem Bildungssystem. In Fällen, welche die Ressourcen und Kompetenzen der Fachstelle überschreiten, werden die betreffenden Personen zu Gap, Case Management Berufsbildung vermittelt.

	Lehrverträge Total	Auflösungen Total	%	Lehrverträge Männer	Auflösungen Männer	%	Lehrverträge Frauen	Auflösungen Frauen	%
Total	5351	595	11.1	2850	339	11.9	2501	256	10.2
Schweizer	4124	444	10.8	2187	232	10.6	1937	212	10.9
Ausländer	1227	151	12.3	663	107	16.1	564	44	7.8

Tab. 7

Lehrvertragsauflösungen (EFZ und EBA) nach Geschlecht und Nationalität 2010

Quelle: ED

Wie bei allen Qualifikationsverfahren schwankt die Erfolgsquote der Kandidierenden von Jahr zu Jahr. Die Bestehensquote bei Abschlussprüfungen, die zum eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ) führen, liegt im Landesdurchschnitt um 90 Prozent; bei den Männern ist sie niedriger, bei den Frauen höher. Ausserdem ist sie im Kanton Basel-Landschaft höher als in Basel-Stadt, was vermutlich auf die unterschiedlichen Charakteristika der beiden Populationen zurückzuführen ist (Tabelle 8).

	Kandidierende			Erteilte EFZ			Quote		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Schweiz									
2008	60'241	35'055	25'186	54'659	31'176	23'483	91	89	93
2009	63'542	36'253	27'289	56'947	31'867	25'080	90	88	92
Basel-Stadt									
2008	1654	903	751	1448	768	680	88	85	91
2009	1719	933	786	1527	804	723	89	86	92
Baselland									
2008	1601	986	615	1477	907	570	92	92	93
2009	1657	1001	656	1501	889	612	91	89	93

Tab. 8

Abschlussprüfungen EFZ Schweiz sowie Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft nach Geschlecht 2008 und 2009

Quelle: BFS

⁵ Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2009.

Die Bestehensquoten bei den Abschlussprüfungen zum EBA liegen generell höher als beim EFZ und die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind nicht so ausgeprägt (Tabelle 9).

Tab. 9

Abschlussprüfungen EBA Schweiz sowie Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft nach Geschlecht 2009
Quelle: BFS

	Kandidierende			Erteilte EBA			Quote		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Schweiz									
2009	3060	1427	1633	2894	1347	1547	95	94	95
Basel-Stadt									
2009	196	77	119	178	74	104	91	96	87
Baselland									
2009	154	81	73	148	78	70	96	96	96

Die eidgenössische Berufsmaturität (BM) schafft zusammen mit dem Berufsabschluss EFZ die Voraussetzungen für ein Studium an einer Fachhochschule. Der BM-Unterricht besteht aus einer erweiterten Allgemeinbildung und wird von den Berufsfachschulen geleistet. Die BM wird je nach beruflicher Grundbildung in verschiedenen Richtungen absolviert. Sie kann entweder zeitgleich mit der beruflichen Grundbildung erworben werden (BM 1) oder nach Lehrabschluss in einem Vollzeit- oder Teilzeitkurs (BM 2). Alle Basler Berufsfachschulen bieten, gemäss ihrer fachlichen Ausrichtung, den entsprechenden Berufsmaturitätsunterricht an. Allerdings sind nur knapp ein Fünftel aller BM-Lernenden (BM 1) aus Basel-Stadt (Tabelle 10). Die Berufsmaturitätsquote erreicht im Kanton Basel-Stadt weniger als 7.6 Prozent (2010).⁶ Das ist – abgesehen von Genf – die tiefste Quote aller Kantone. In den Kantonen Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn liegt die BM-Quote zwischen 10.9 und 13.4 Prozent. Hingegen ist in Basel-Stadt für deutschschweizerische Verhältnisse die gymnasiale Maturitätsquote mit 28.8 Prozent (2010) ausserordentlich hoch.⁷ Dieser Sachverhalt ist das Ergebnis verschiedener Faktoren: Unter anderem wirken die Zweiteilung der Basler Sekundarstufe, das Beurteilungssystem, die Aufnahmebedingungen zu weiterführenden Schulen und Brückenangeboten so, dass im Zusammenspiel mit den zum Ausdruck gebrachten Bildungspräferenzen der Eltern die Selektion einen ausgeprägten Hang zum Gymnasium und zu den anderen allgemeinbildenden weiterführenden Schulen und zu den anderen Mittelschulen aufweist.

Tab. 10

Lernende der BM (BM1) an Berufsfachschulen nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2009 (ohne WMS)
Quelle: ED

Schule/BM-Richtung	Total	Männer	Frauen	Basel-Stadt	Übrige
Total	853	462	391	164	689
AGS	282	247	35	45	237
– Gestalterisch (dual)	21	11	10	4	17
– Gewerblich	10	3	7	2	8
– Technisch	251	233	18	39	212
SfG	129	48	81	34	95
– Gestalterisch (vollz.)	129	48	81	34	95
BFS	95	28	67	24	71
– Gesundheitlich-sozial	55	6	49	11	44
– Gewerblich	40	22	18	13	27
HKV	347	139	208	61	286
– Kaufmännisch	347	139	208	61	286

Der Kanton Basel-Stadt führt berufsbildende *Vollzeitschulen*: Die Wirtschaftsmittelschule (WMS; früher: HMS) befindet sich unter der gleichen Leitung und dem gleichen Dach wie das Wirtschaftsgymnasium. Der Wirtschaftsmittelschule angegliedert ist die Informatikmittelschule (IMS). Insgesamt absolvieren derzeit 415 Schülerinnen und

⁶ Definition Berufsmaturitätsquote gemäss BFS: 21-jährige Wohnbevölkerung mit Berufsmaturität.

⁷ Definition Gymnasiale Maturitätsquote gemäss BFS: 19-jährige Wohnbevölkerung mit gymnasialer Maturität.

Schüler diese schulgestützten beruflichen Grundbildungen (Tabelle 11). Ab Schuljahr 2011/12 ist die WMS nach Vorgaben des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) neu positioniert. Sie dauert neu vier Jahre und schliesst mit dem EFZ «Kauffrau/Kaufmann» mit Berufsmaturität ab. Das vierte Jahr besteht aus einem Langzeitpraktikum in einem Betrieb, die vorausgehenden drei schulischen Jahre werden mit Praxiselementen ergänzt. Die IMS ist bereits eine Berufsschule auf BM-Niveau. Sie dauert vier Jahre und schliesst mit dem EFZ «Informatikerin/Informatiker» mit Berufsmaturität ab. Das vierte Jahr besteht aus einem Langzeitpraktikum in einem Betrieb, wo auch die praktische Prüfungsarbeit erstellt wird.

Schule	Total	Männer	Frauen	Basel-Stadt	Übrige
Total	415	239	176	329	86
WMS	356	183	173	296	60
IMS	59	56	3	33	26

Tab. 11

Lernende an der Wirtschaftsmittelschule WMS und Informatikmittelschule IMS nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2010
Quelle: ED

Die kantonale Schule für Gestaltung (SfG) führt einen vierjährigen Vollzeit-Ausbildungsgang auf Berufsmaturitätsniveau unter der Bezeichnung «Fachklasse für Grafik». Diese berufliche Grundbildung umfasst innerhalb der visuellen Kommunikation drei Gestaltungsbereiche: die Printmedien, den Raum und die elektronischen Medien. Die Lernenden schliessen die Ausbildung mit dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis als Grafikerin EFZ/Grafiker EFZ und der eidgenössischen Berufsmaturität ab. Die Teilnehmendenzahlen sind aus Tabelle 10 (S. 62) ersichtlich.

Die *berufliche Nachholbildung* ermöglicht Erwachsenen mit Berufserfahrung aber ohne anerkanntes Zertifikat, einen der beiden offiziellen Berufsabschlüsse zu erwerben: ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis oder ein Berufsattest. Dadurch werden die Arbeitsmarktchancen erhöht und der Zugang zu weiterführenden Bildungsangeboten geöffnet.

Auf der Grundlage des Bundesgesetzes über die Berufsbildung war es für Erwachsene mit einschlägiger Berufserfahrung schon immer möglich, im entsprechenden Beruf einen anerkannten Abschluss auch ausserhalb einer Berufslehre zu erlangen. Der Nachweis einer fünfjährigen Berufspraxis und der Erwerb der theoretischen Kenntnisse berechtigten zur Zulassung zur Abschlussprüfung im betreffenden Beruf. Mit dem neuen BBG, seit 2004 in Kraft, wurde ein weiterer, noch innovativerer Weg für Erwachsene geöffnet: Seither kann das EFZ oder EBA durch die offizielle Validierung eines Dossiers, in welchem die informell erbrachten einschlägigen Bildungsleistungen dokumentiert sind, erworben werden.

Beide Wege werden in den vier Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz nach den gleichen Grundsätzen und Leitlinien gefördert. Die berufliche Nachholbildung von Erwachsenen wird gleich behandelt wie die berufliche Grundbildung von Jugendlichen, das heisst sie ist für die Teilnehmenden grundsätzlich kostenlos. Über 920 Personen holen in den vier Nordwestschweizer Kantonen auf verschiedenen Wegen einen Berufsabschluss nach (Tabelle 12). In den Bereichen der kaufmännischen und Detailhandelsberufen bestehen seit Langem Angebote der Nachholbildung, und es sind vor allem Frauen, welche diese in Anspruch nehmen. Neu an der Spitze der Nachholbildung steht der Bereich Gesundheit, wo mehrheitlich Frauen und darunter viele Migrantinnen arbeiten. Die Zahlen zur Berufsgruppe Gesundheit beziehen sich auf die Teilnehmenden, welche den Abschluss im neuen Beruf «Fachangestellte/r Gesundheit FAGE» anstreben.

Berufsgruppe	Total	Baselland	Basel-Stadt	Aargau	Solothurn
Total	924	276	212	321	115
Gesundheit	363	144	96	94	29
Kaufmännisch	128	37	16	66	9
Detailhandel	90	11	29	39	11
Logistik	83	31	13	23	16
Betreuung	62	13	12	21	16
Diverse	198	40	46	78	34

Tab. 12

Teilnehmende an beruflicher Nachholbildung in der Nordwestschweiz nach Berufsgruppen 2010
Quelle: ED

Das schweizerische Bildungssystem unterscheidet auf der Tertiärstufe zwei Ausbildungsrichtungen:

- Zum Tertiärbereich A zählen alle Ausbildungen an den universitären Hochschulen, den Fachhochschulen und den pädagogischen Hochschulen. In Basel umfasst dieser Bereich die Universität, die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und das Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH).
- Im Tertiärbereich B werden alle höheren Berufsausbildungen zusammengefasst. Hier gibt es zwei Unterformen: eidgenössische Prüfungen (Berufsprüfung BP und Höhere Fachprüfung HFP) und eidgenössisch anerkannte Bildungsgänge an Höheren Fachschulen (HF)

Der Einstieg in die Tertiärstufe ist nach Abschluss der Sekundarstufe II (berufliche Grundbildung oder allgemeinbildende Schulen) möglich.

1

TERTIÄRBEREICH A: HOCHSCHULEN

1.1 Universität Basel

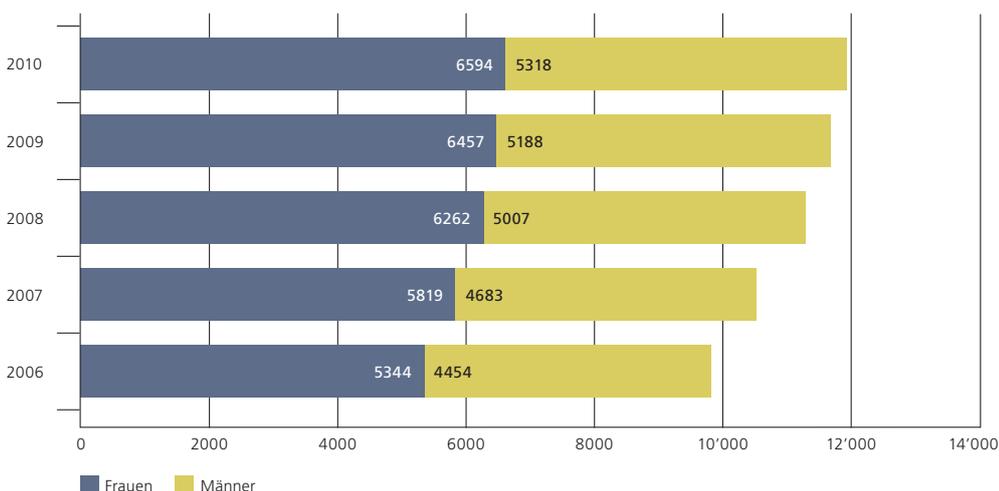
Die Universität Basel wurde 1460 gegründet und umfasst heute sieben Fakultäten:

- Theologische Fakultät
- Juristische Fakultät
- Medizinische Fakultät
- Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
- Philosophisch-Historische Fakultät
- Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät
- Fakultät für Psychologie.

Im Jahr 1996 wurde die Universität Basel in die Autonomie entlassen. Seit 2007 wird sie auf der Basis des Staatsvertrags der beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die Trägerschaft der Universität Basel gemeinschaftlich geführt und paritätisch finanziert.

1.1.1 Studentinnen und Studenten

Die Zahl der Studentinnen und Studenten hat an der Universität Basel in den letzten Jahren stetig zugenommen. Während 2006 rund 9800 Studierende immatrikuliert waren, stieg deren Zahl bis im Jahr 2010 auf 11'912 (Jahresmittel 2010). Es sind deutlich mehr Frauen als Männer an der Universität Basel immatrikuliert: Im Jahr 2010 waren 55 Prozent der Studierenden Frauen und 45 Prozent Männer.

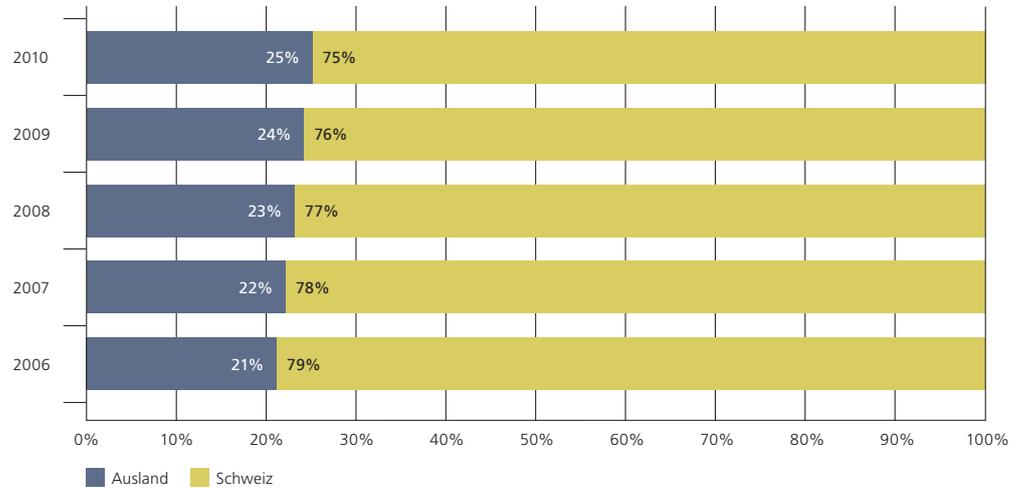


Grafik 1

Studierende der Universität Basel 2006–2010
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

Der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern unter den Studierenden hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Während 2006 insgesamt 21 Prozent der Studierenden ausländischer Nationalität waren, betrug ihre Zahl im Jahr 2010 25 Prozent.

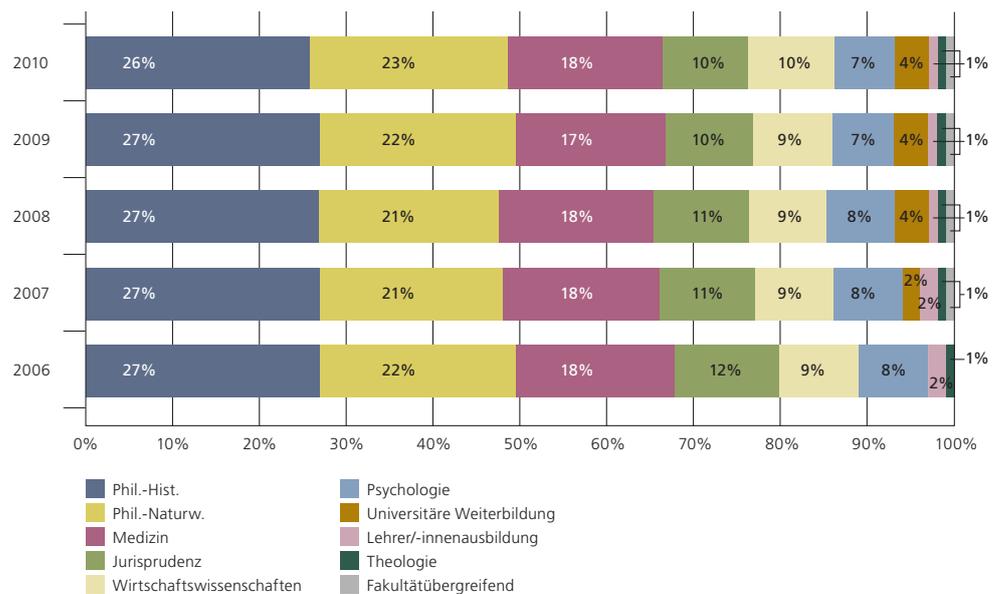
Grafik 2
 Ausländische Studierende der Universität Basel 2006–2010
 Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt



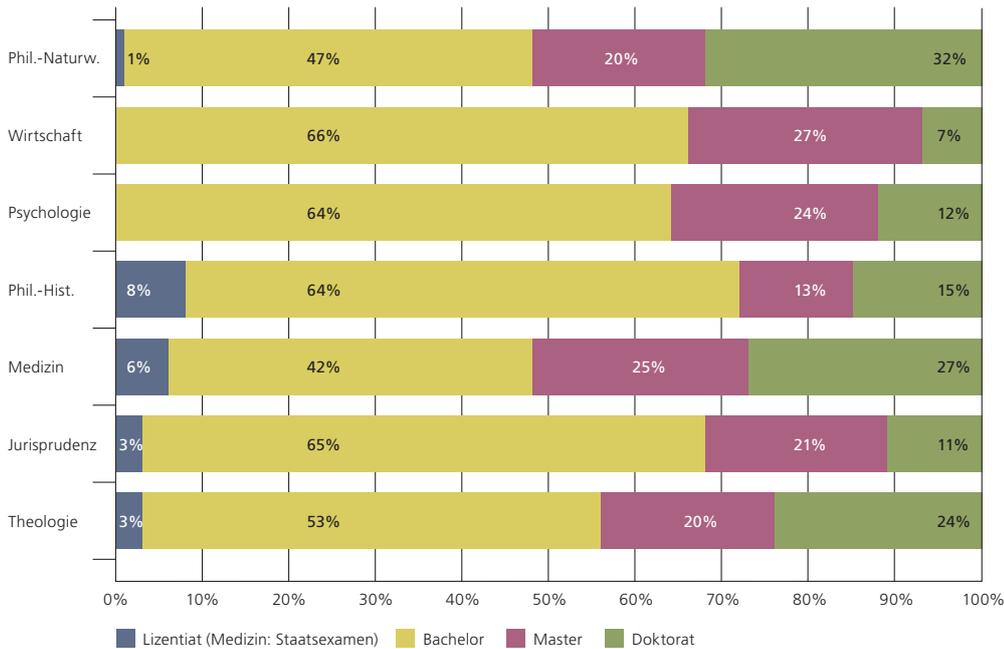
Das Interesse der Studentinnen und Studenten für die verschiedenen Fachrichtungen ist sehr unterschiedlich. Am meisten Studierende (26 Prozent) sind an der Philosophisch-Historischen Fakultät (Phil. I) immatrikuliert, gefolgt von der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (Phil. II, 23 Prozent). Den dritten Platz belegt die Medizin mit 18 Prozent, danach folgen die Wirtschaftswissenschaften und die Jurisprudenz mit je 10 Prozent. Für das Studium der Psychologie entschieden sich 7 Prozent. Knapp 1 Prozent der Studierenden beabsichtigt, später zu unterrichten und absolviert deshalb zusätzlich zum Fachstudium eine Ausbildung zum Lehrberuf. Ebenfalls 1 Prozent beträgt der Anteil Studierender der Theologischen Fakultät.

Die Verteilung der Studierenden auf die Fakultäten ist in den letzten Jahren relativ konstant geblieben. Deutlich zugenommen hat hingegen die Zahl der Personen, die an der Universität Basel eine universitäre Weiterbildung besuchen; ihr Anteil liegt mittlerweile bei 4 Prozent.

Grafik 3
 Verteilung der Studierenden auf die Fakultäten der Universität Basel 2006–2010
 Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

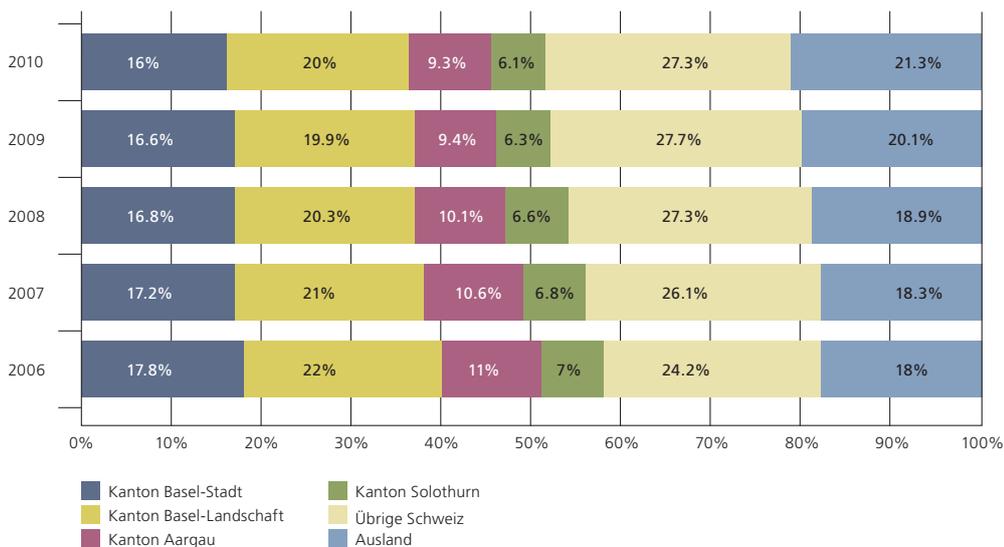


Die Mehrheit der Studierenden an der Universität Basel absolvierte im Jahr 2010 ein Studium auf Bachelor-Stufe (je nach Fakultät zwischen 42 und 66 Prozent der Studierenden), zwischen 13 und 27 verfolgten einen Master-Studiengang. 27 Prozent der Studierenden an der Medizinischen und 32 Prozent der Studierenden an der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät arbeiteten an ihrem Doktorat.



Grafik 4
Studierende der Universität Basel nach Fakultät und Ausbildungsstufe 2010
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

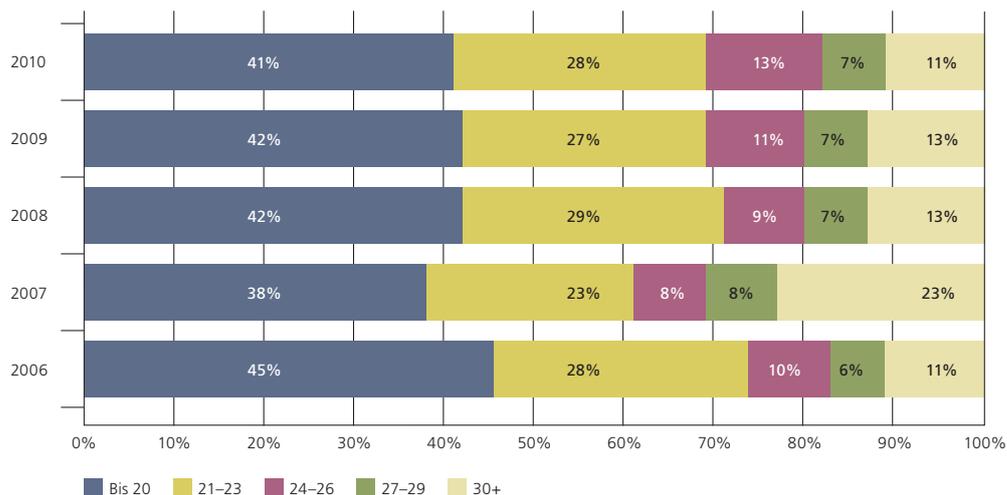
Im Jahr 2006 stammten fast 60 Prozent der Studentinnen und Studenten der Universität Basel aus der Nordwestschweiz: 22 Prozent aus dem Kanton Basel-Landschaft, 18 Prozent aus Basel-Stadt, 11 Prozent aus dem Kanton Aargau und 7 Prozent aus dem Kanton Solothurn. Im Jahr 2010 stellte die Nordwestschweiz noch 51 Prozent der Studierenden an der Universität Basel: Der Anteil Studierender aus dem Kanton Basel-Landschaft betrug 20 Prozent, aus Basel-Stadt kamen 16 Prozent, aus dem Kanton Aargau 9 Prozent und aus dem Kanton Solothurn 6 Prozent. Zugelegt haben hingegen die übrigen Kantone der Schweiz, deren Anteil im Jahr bei 27 Prozent lag (2006: 24 Prozent). Ebenfalls zugenommen hat der Anteil der Studentinnen und Studenten mit Wohnsitz im Ausland: Mehr als ein Fünftel aller Studierender (21 Prozent) wohnt inzwischen jenseits der Landesgrenze, 2006 waren es erst 18 Prozent.



Grafik 5
Studierende der Universität Basel nach Wohnkanton 2006–2010
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

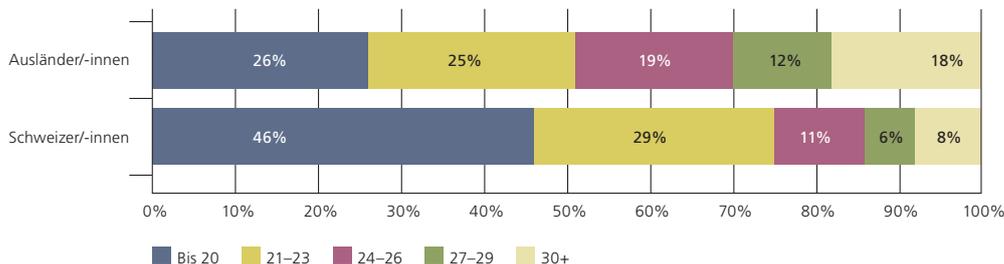
Das Eintrittsalter der Studentinnen und Studenten der Universität Basel ist in den letzten Jahren leicht gestiegen: Während 2005 bei Studienbeginn etwas mehr als ein Viertel (27 Prozent) über 23 Jahre alt war, betrug der Anteil der über 23-Jährigen im Jahr 2010 31 Prozent.

Grafik 6
 Eintrittsalter der Studierenden an der Universität Basel 2006–2010
 Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt



Auffallend sind die Unterschiede beim Eintrittsalter von Studierenden mit schweizerischer Nationalität und Personen anderer Nationalität: Während 46 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer bei Studienbeginn 20 Jahre oder jünger sind, fallen nur 26 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer in diese Alterskategorie. Umgekehrt beginnen 18 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer ihr Studium an der Universität Basel im Alter von 30 oder mehr Jahren, während nur 8 Prozent der Schweizer Studienanfängerinnen und -anfänger zu dieser Altersgruppe gehören. Im Durchschnitt sind die ausländischen Studierenden an der Universität Basel zwei Jahre älter als deren Schweizer Kolleginnen und Kollegen.

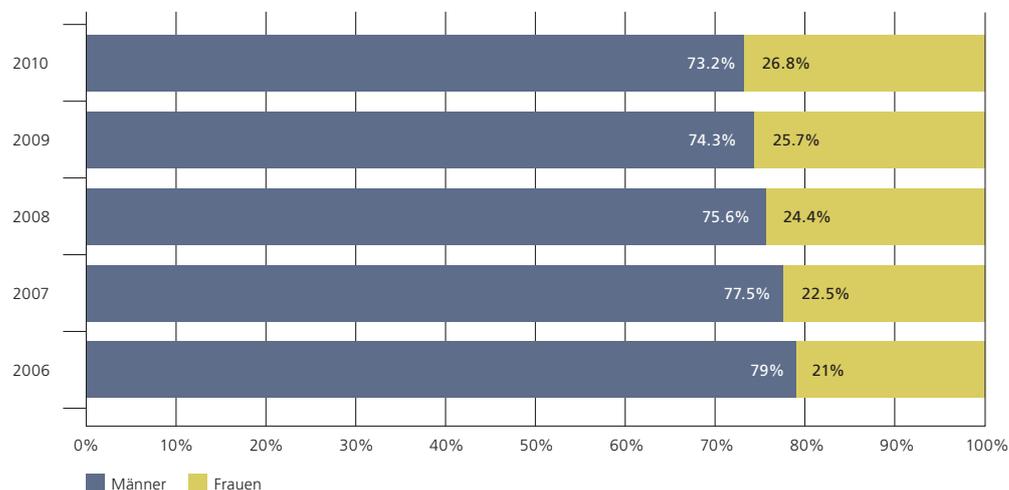
Grafik 7
 Eintrittsalter von Studierenden Schweiz/Ausland an der Universität Basel 2010
 Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt



1.1.2 Dozentinnen und Dozenten

Im Jahr 2010 waren 73.2 Prozent der Dozierenden an der Universität Basel Männer, 26.8 Prozent waren Frauen. Zwischen 2006 und 2010 ist der Frauenanteil um 5.8 Prozentpunkte gestiegen.

Grafik 8
 Dozierende der Universität Basel 2006–2010
 Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt



Die im Jahr 2010 an der Universität Basel immatrikulierten 11'912 Studierenden wurden von 1525 Dozierenden unterrichtet. Dies ergibt ein Betreuungsverhältnis von 7.8 Studierenden pro Dozentin bzw. Dozent.

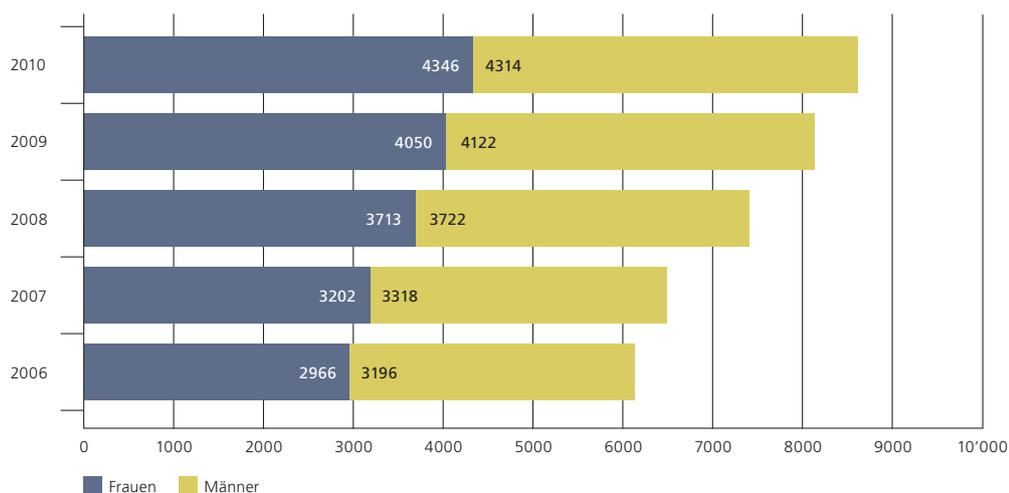
1.2 Fachhochschule Nordwestschweiz

Die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) besteht seit 2006 auf der Basis eines Staatsvertrags der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn. Sie umfasst heute neun Hochschulen:

- Hochschule für Angewandte Psychologie
- Hochschule für Architektur, Bau und Geomatik
- Hochschule für Gestaltung und Kunst
- Hochschule für Life Sciences
- Musikhochschulen
- Pädagogische Hochschule
- Hochschule für Soziale Arbeit
- Hochschule für Technik
- Hochschule für Wirtschaft

1.2.1. Studentinnen und Studenten

Die Anzahl Studierender an der FHNW stieg von 6162 im Jahr 2006 auf 8660 im Jahr 2010.¹ Der Frauenanteil im Jahr 2010 betrug 50.1 Prozent.



Grafik 9

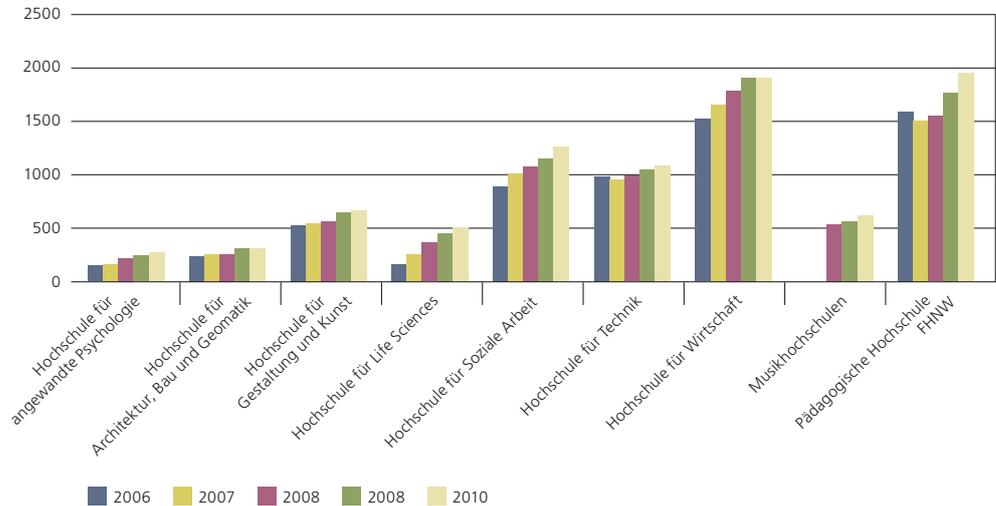
Studierende der Fachhochschule Nordwestschweiz 2006–2010
Quelle: FHNW

¹ Die Integration der Musikhochschulen in die FHNW per 1. Januar 2008 schlägt mit 565 im Jahr 2008, 582 im Jahr 2009 bzw. mit 628 im Jahr 2010 zu Buche und vermag die Zunahme der Studierendenzahlen folglich nicht allein zu erklären.

Am meisten Studierende der FHNW waren zwischen 2006 und 2010 an der Hochschule für Wirtschaft eingeschrieben (2010: 1911). Die Pädagogische Hochschule PH FHNW verzeichnet nach leichten Einbrüchen in den Jahren 2007 und 2008 wieder einen Zuwachs auf 1774 im Jahr 2009 bzw. auf 1964 im Jahr 2010. Den grössten Zuwachs verbucht in der gleichen Zeitspanne die Hochschule für Life Sciences, wo die Studierendenzahlen von 174 auf 523 anstiegen.

Grafik 10

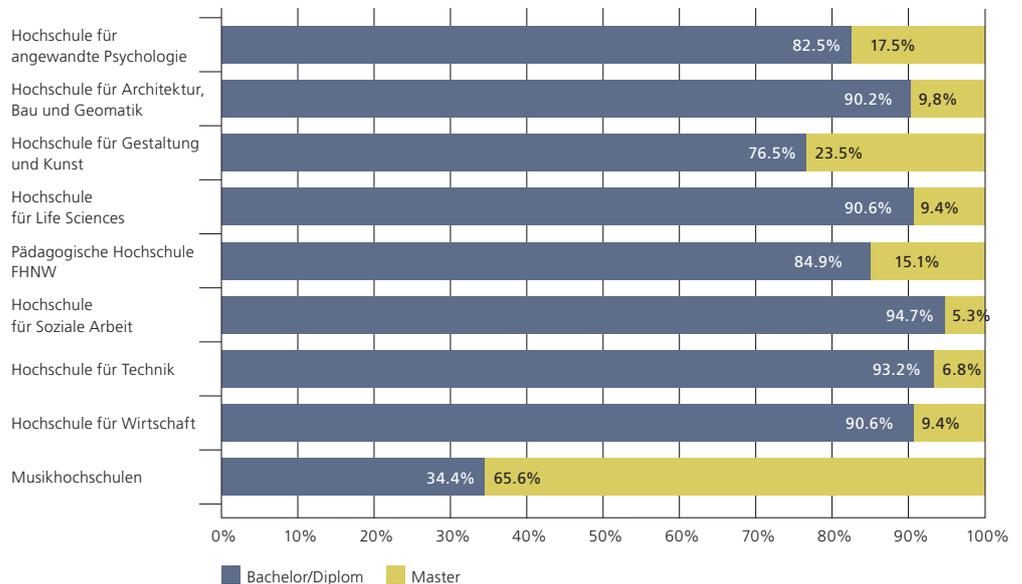
Studierende in Ausbildungen der Fachhochschule Nordwestschweiz nach Hochschule 2006–2010
Quelle: FHNW



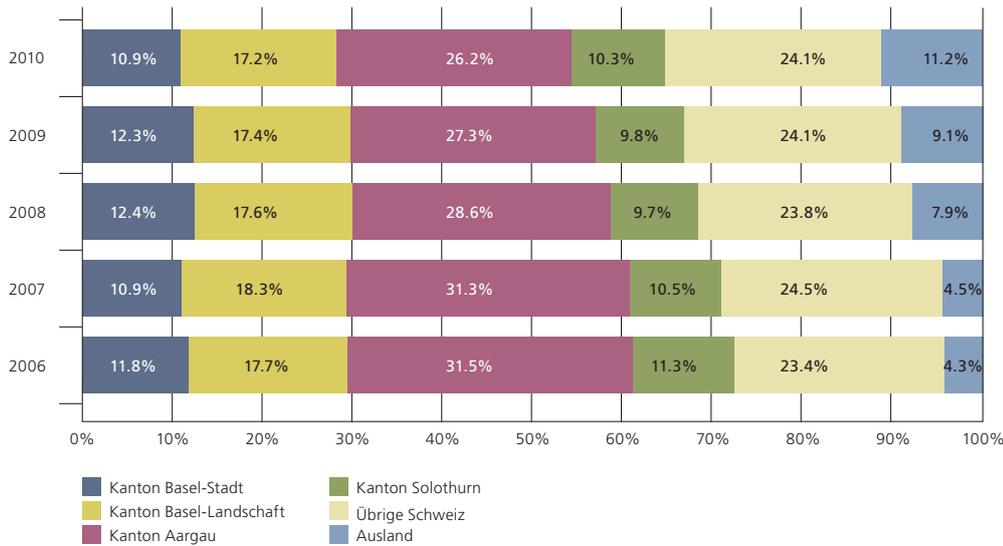
Die überwiegende Mehrheit der Studierenden an der FHNW absolviert ein Bachelor-Studium. Deren Anteil variiert je nach Hochschule zwischen 34.4 Prozent (Musikhochschulen) und 94.7 Prozent (Hochschule für Soziale Arbeit).

Grafik 11

Studierende der Fachhochschule Nordwestschweiz nach Hochschule und Ausbildungsstufe 2010
Quelle: FHNW



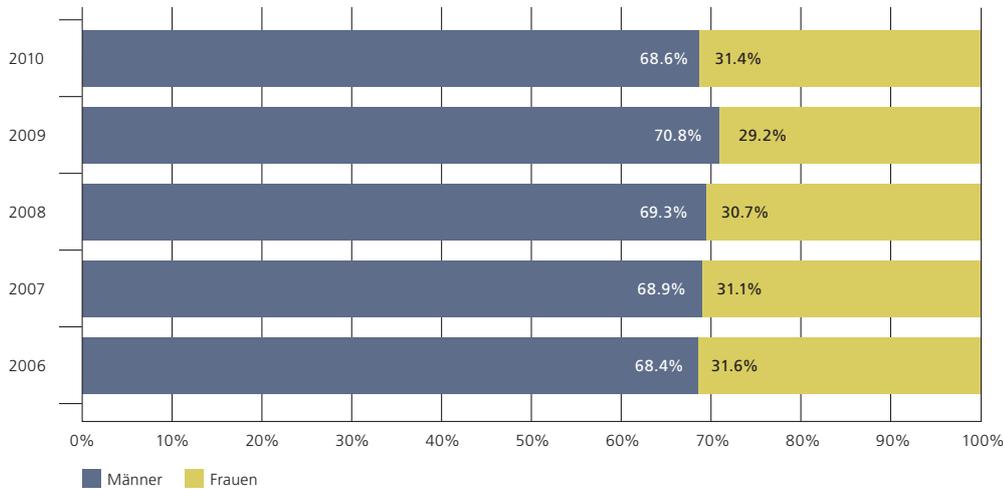
Die meisten Studierenden an der FHNW haben ihren Wohnsitz im Kanton Aargau, wobei deren Anteil zwischen 2006 und 2010 von 31.4 im Jahr 2006 auf 26.2 Prozent gesunken ist. Der Anteil Studierender aus den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Solothurn blieben in jener Zeit einigermaßen stabil. Rund ein Viertel (2010: 24.1 Prozent) der Studierenden stammt aus Kantonen ausserhalb der Nordwestschweiz. Auch deren Anteil veränderte sich in letzter Zeit kaum. Auffällig ist die Zunahme der Studierenden mit Wohnsitz im Ausland: Während diese Gruppe im Jahr 2006 erst 4.3 Prozent aller Studierenden stellte, betrug deren Anteil im Jahr 2010 11.2 Prozent.



Grafik 12
Studierende der Fachhochschule Nordwestschweiz nach Wohnkanton 2006–2010
Quelle: FHNW

1.2.2 Dozentinnen und Dozenten

Im Jahr 2010 waren 68.6 Prozent der Dozierenden an der FHNW Basel Männer, 31.4 Prozent waren Frauen. Der Frauenanteil an der FHNW ist damit höher als derjenige der Universität Basel. Im Vergleich zur Universität Basel ist der Frauenanteil an der FHNW zwischen 2006 und 2010 allerdings nicht gestiegen, sondern blieb relativ stabil.



Grafik 13
Dozierende der Fachhochschule Nordwestschweiz 2006–2010
Quelle: FHNW

Die im Jahr 2010 an der FHNW immatrikulierten 8660 Studierenden wurden von 1229 Dozierenden unterrichtet. Dies ergibt ein Betreuungsverhältnis von 7 Studierenden pro Dozentin bzw. Dozent.

TERTIÄRBEREICH B: HÖHERE BERUFSBILDUNG

Die höhere Berufsbildung ermöglicht Berufsleuten mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) oder einem gleichwertigen Abschluss, sich zu spezialisieren und ihr Fachwissen zu vertiefen. Ausserdem können Qualifikationen im Bereich der Unternehmensführung erlangt werden. Die höhere Berufsbildung baut auf der beruflichen Erfahrung auf und kombiniert Unterricht und Berufspraxis. Die Ausbildungen sind kompetenz- und arbeitsmarktorientiert. Gefördert wird das auf praktische Anwendung bezogene Lernen sowie die rasche Umsetzung neuer Fachkenntnisse und ein hoher Innovationsrhythmus.

Jährlich erwerben in der Schweiz rund 22'000 junge Erwachsene ein Diplom oder einen Fachausweis. Mit zusammen rund 40 Prozent sind die Abschlüsse in den Altersgruppen der 35 bis 39-Jährigen und der 45- bis 49-Jährigen am häufigsten (2008).

2.1 Eidgenössische Prüfungen

Berufsprüfungen (BP) ermöglichen Berufsleuten eine erste fachliche Vertiefung und Spezialisierung nach der beruflichen Grundbildung. Sie setzen mehrjährige Berufserfahrung im entsprechenden Berufsfeld voraus. Erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen erhalten einen eidgenössischen Fachausweis (zum Beispiel «HR-Fachfrau mit eidgenössischem Fachausweis»). Der Fachausweis ist in der Regel Zulassungsbedingung für die höhere Fachprüfung. Die Berufsfachschulen bieten Vorbereitungskurse auf diese eidgenössischen Berufsprüfungen an. Diese Kurse dauern unterschiedlich lange und werden meist berufsbegleitend absolviert. Tabelle 1 zeigt die Anzahl Studierender an drei Basler Berufsfachschulen, wo solche Studiengänge angeboten werden. Insgesamt beteiligen sich mehr Männer als Frauen an Kursen der höheren Berufsbildung. Dies gilt auch für den kaufmännischen Bereich, obwohl die Frauen in der beruflichen Grundbildung dieses Bereiches mit 60 Prozent stärker vertreten sind.

Schule/Berufsprüfung	2007/08			2008/09			2009/10		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Allg. Gewerbeschule Basel AGS									
Total	64	98.4%	1.6%	57	96.5%	3.5%	59	98.3%	1.7%
BP AutomobiliagnostikerIn	0	–	–	18	100%	0%	18	100%	0%
BP Elektro-ProjektleiterIn	49	98%	2%	7	100%	0%	12	100%	0%
BP Elektro-SicherheitsberaterIn	0	–	–	23	95.7%	4.3%	29	96.6%	3.4%
BP Gastronomiekoch/-köchin	3	100%	0%	9	88.9%	11.1%	0	–	–
BP MetallbaumeisterIn	12	100%	0%	0	–	–	0	–	–
Berufsfachschule Basel BFS									
Total	20	0%	100%	35	5.7%	94.3%	30	6.7%	93.3%
BP Coiffeuse/Coiffeur	0	–	–	18	11.1%	88.9%	19	10.5%	89.5%
BP HaushaltleiterIn	20	0%	100%	17	0%	100%	11	0%	100%
Handelsschule KV Basel HKV									
Total	606	52.3%	47.7%	541	52.3%	47.7%	535	54.2%	45.8%
BP Allfinance	31	64.5%	35.5%	–	–	–	–	–	–
BP Finanz- & Rechnungswesen	132	50%	50%	129	49.6%	50.4%	153	47.1%	52.9%
BP Human Resources	70	14.3%	85.7%	64	12.5%	87.5%	36	13.9%	86.1%
BP Marketing	27	55.6%	44.4%	19	31.6%	68.4%	10	10%	90%
BP Sozialversicherung	118	39%	61%	66	39.4%	60.6%	77	40.3%	59.7%
BP Technische Kaufleute	86	89.5%	10.5%	92	90.2%	9.8%	84	95.2%	4.8%
BP Treuhand	61	52.5%	47.5%	50	48%	52%	49	59.2%	40.8%
BP Verkauf	13	46.2%	53.8%	12	58.3%	41.7%	9	66.7%	33.3%
BP Privatversicherung	47	63.8%	36.2%	66	54.5%	45.5%	67	55.2%	44.8%
BP ZolldeklarantIn	21	71.4%	28.6%	43	67.4%	32.6%	50	58%	42%
Total	690	55.1%	44.9%	633	53.7%	46.3%	624	56.1%	43.9%

Tab. 1

Teilnehmende an Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen nach Geschlecht, Berufsfachschule und Berufsprüfung 2007–2010
Quelle: AGS, Berufsfachschule Basel, HKV Basel

Im Jahr 2009 wurden in der Schweiz 12'188 eidgenössische Fachausweise verliehen. Personen mit Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft erlangen häufiger einen solchen Ausweis als Personen aus dem Kanton Basel-Stadt. Das hängt vermutlich damit zusammen, dass die so genannte KMU-Wirtschaft im Kanton Basel-Landschaft stärker vertreten ist als im Kanton Basel-Stadt.

Tab. 2

Eidg. Fachausweise (Berufsprüfungen) nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2007–2009

Quelle: Bundesamt für Statistik

Gebiet	2007			2008			2009		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Schweiz	11'723	62.7%	37.3%	12'468	61.5%	38.5%	12'188	62.4%	37.6%
Basel-Stadt	139	55.4%	44.6%	171	52.6%	47.4%	195	54.9%	45.1%
Baselland	373	65.7%	34.3%	451	58.5%	41.5%	396	60.9%	39.1%

Die höheren Fachprüfungen (HFP) verfolgen zwei Ziele: Zum einen qualifizieren sie Berufsleute als Expertinnen und Experten in ihrem Berufsfeld. Zum anderen bereiten sie Absolventinnen und Absolventen auf das Leiten eines Unternehmens vor. Diese Prüfungen werden auch von Personen genutzt, welche die Universität oder eine Fachhochschule absolvieren, um fachliche Qualifikationen nachzuweisen. Erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen einer höheren Fachprüfung erhalten ein eidgenössisches Diplom (zum Beispiel «Informatiker mit eidgenössischem Diplom»). Existiert in einem Berufsfeld sowohl eine Berufs- als auch eine höhere Fachprüfung, entspricht die höhere Fachprüfung einem höheren Qualifikationsniveau.

Zwei Berufsfachschulen in Basel-Stadt bieten Vorbereitungskurse auf diese Prüfungen an. Männer sind stärker vertreten als Frauen, und die Beteiligung von Personen mit Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft ist höher als diejenige von Personen aus Basel-Stadt.

Tab. 3

Teilnehmende an Vorbereitungskursen auf höhere Fachprüfungen nach Geschlecht, Berufsfachschule und Fachprüfung 2007/08–2009/10

Quelle: AGS, HKV Basel

Schule/Fachprüfung	2007/08			2008/09			2009/10		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Allg. Gewerbeschule AGS									
Total	0	0%	0%	17	100%	0%	0	0%	0%
HFP Elektro-InstallateurIn	0	0%	0%	17	100%	0%	0	0%	0%
Handelschule KV Basel HKV									
Total	46	78.3%	21.7%	55	78.2%	21.8%	42	69%	31%
HFP VerkaufsleiterIn	10	100%	0%	18	100%	0%	9	88.9%	11.1%
HFP Experten/-in Rechnungslegung & Controlling	36	72.2%	27.8%	37	67.6%	32.4%	33	63.6%	36.4%
Total	46	78.3%	21.7%	72	83.3%	16.7%	42	69%	31%

Tab. 4

Eidg. Diplome (höhere Fachprüfungen) nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2007–2009

Quelle: Bundesamt für Statistik

Gebiet	2007			2008			2009		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Schweiz	2563	82.2%	17.8%	2818	81.0%	19.0%	2664	81.6%	18.4%
Basel-Stadt	32	87.5%	12.5%	32	65.6%	34.4%	41	85.4%	14.6%
Baselland	79	83.5%	16.5%	108	80.6%	19.4%	88	85.2%	14.8%

2.2 Höhere Fachschulen

Die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen (HF) vermitteln den Studierenden Kompetenzen, die sie befähigen, in ihrem Bereich selbstständig Fach- und Führungsverantwortung zu übernehmen. Die Ausbildung ist arbeitsmarktorientiert und fördert insbesondere die Fähigkeit zu methodischem und vernetztem Denken. Dadurch ist sie generalistischer und breiter ausgerichtet als bei den eidgenössischen Prüfungen.

Im Gegensatz zu den Fachhochschulen sind die Bildungsgänge der HF inhaltlich auf ein engeres Fachgebiet fokussiert und weniger wissenschaftlich ausgestaltet. In der Regel sind die Absolventinnen und Absolventen von Bildungsgängen jünger als diejenigen, die eine eidgenössische Prüfung ablegen. Die Ausbildung wird häufig direkt oder innert drei bis vier Jahren nach Abschluss der Sekundarstufe II durchlaufen und dient als Grundstein der beruflichen Karriere.

Die Bildungsgänge an Höheren Fachschulen können entweder berufsbegleitend oder im Vollzeitstudium belegt werden. Vollzeitliche Bildungsgänge dauern mindestens zwei Jahre, berufsbegleitende mindestens drei Jahre. In den vollzeitlichen Ausbildungen sind Praktika obligatorisch, um berufliche Erfahrungen zu sammeln. Die Verordnung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements EVD über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der Höheren Fachschulen regelt Bildungsgänge in folgenden Bereichen:

- Technik
- Gastgewerbe, Tourismus und Hauswirtschaft
- Wirtschaft
- Land- und Forstwirtschaft
- Gesundheit
- Soziales und Erwachsenenbildung
- Künste und Gestaltung
- Verkehr und Transport

Drei Basler Schulen bieten HF-Studiengänge für insgesamt etwa 1000 Studierende an. Rund zwei Drittel der Studierenden sind am Bildungszentrum Gesundheit eingeschrieben, wo die Männer mit weniger als 20 Prozent vertreten sind. Das ist auch der Grund, weshalb in Basel-Stadt insgesamt mehr Frauen einen HF-Studiengang absolvieren als Männer.

HF-Typ	2007/08			2008/09			2009/10		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Allg. Gewerbeschule Basel AGS									
Total	125	94.4%	5.6%	144	95.1%	4.9%	119	96.6%	3.4%
HF Betriebliches Management	20	95%	5%	23	95.7%	4.3%	21	100%	0%
HF Elektronik/Automation	26	100%	0%	33	97%	3%	44	97.7%	2.3%
HF Hochbau	16	81.3%	18.7%	7	85.7%	14.3%	19	89.5%	10.5%
HF Maschinenbau	25	96%	4%	29	96.6%	3.4%	35	97.1%	2.9%
HF Metallbau (SMT)	25	100%	0%	37	100%	0%	35	97.1%	2.9%
NDS HF Betriebliches Management	13	84.6%	15.4%	15	80%	20%	14	92.9%	7.1%
Bildungszentrum Gesundheit BZG									
Total	680	15.7%	84.3%	558	17%	83%	492	16.1%	83.9%
HF Pflege	442	14.5%	85.5%	366	17.2%	82.8%	334	14.7%	85.3%
HF BMA (Analytik)	44	9.1%	90.9%	44	9.1%	90.9%	46	8.7%	91.3%
HF MTRA (Radiologie)	57	24.6%	75.4%	61	26.2%	73.8%	69	29%	71%
HF Physiotherapie	137	18.2%	81.8%	87	13.8%	86.2%	43	14%	86%
Handelsschule KV Basel HKV									
Total	218	68.8%	31.2%	191	69.1%	30.9%	200	71%	29%
HF Wirtschaft	185	69.2%	30.8%	161	69.6%	30.4%	172	73.8%	26.2%
HF Marketing	–	–	–	–	–	–	9	0%	0%
HF Nachdiplomstudien	33	66.7%	33.3%	30	66.7%	33.3%	19	57.9%	42.1%
Total	1023	36.7%	63.3%	893	40.8%	59.2%	811	41%	59%

Tab. 5

Studierende an Höheren Fachschulen nach Geschlecht, Schule und HF-Typ 2007–2010
Quelle: AGS, BZG, HKV Basel

Im Jahr 2009 wurden in der Schweiz 7234 HF-Diplome verliehen. Eine starke Zunahme erfolgte in den Jahren davor bei den Frauen. Dies steht vermutlich im Zusammenhang mit dem Aufbau von Studiengängen in den Bereichen Gesundheit und Soziales, die traditionelle Berufsfelder von Frauen abdecken.

Tab. 6

Diplome HF nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2007–2009
Quelle: Bundesamt für Statistik

Gebiet	2007			2008			2009		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Schweiz	4069	68.7%	31.3%	4127	68.9%	31.1%	7234	49.7%	50.3%
Basel-Stadt	107	85%	15%	133	81.2%	18.8%	109	67%	33%
Baselland	33	69.7%	30.3%	51	72.5%	27.5%	123	41.5%	58.5%

Neben den Bildungsgängen HF bieten die Höheren Fachschulen auch Nachdiplomstudien an. Diese erlauben den Studierenden eine weitere Spezialisierung und Vertiefung. Auch die Nachdiplomstudiengänge werden vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT anerkannt. Die Absolventinnen und Absolventen erhalten ein Diplom und dürfen den entsprechenden Titel führen (zum Beispiel «dipl. Hotelmanager NDS HF»). Die Höheren Fachschulen an der Allgemeinen Gewerbeschule AGS und der Handelsschule KV Basel HKV führen solche Nachdiplomstudiengänge.

Tab. 7

Nachdiplome HF nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2007–2009
Quelle: Bundesamt für Statistik

Gebiet	2007			2008			2009		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Schweiz	320	92.5%	7.5%	550	85.6%	14.4%	532	74.4%	25.6%
Basel-Stadt	15	93.3%	6.7%	26	73.1%	26.9%	19	84.2%	15.8%
Baselland	16	100%	0%	27	70.4%	29.6%	26	61.5%	38.5%

STIPENDIEN

Für nachobligatorische Ausbildungen und Weiterbildungen sowie in plausiblen Fällen auch für Zweitausbildungen werden sowohl auf der Ebene der Sekundarstufe II (weiterführende Schulen und Berufsbildung) wie auch auf der Tertiärstufe (Höhere Berufsbildung, Fachhochschulen, Universitäten und ETH) Gelder in Form von Stipendien und Darlehen vergeben. Neben dem Ziel, das Bildungspotenzial auszuschöpfen und einen qualifizierten Nachwuchs für Wirtschaft und Verwaltung zu sichern, steht das bildungspolitische Anliegen der Chancengleichheit und der Zugang zu höherer Bildung auch für bildungsferne Bevölkerungsschichten oder solche mit niedrigem Einkommen im Zentrum der Ausbildungsförderung.

Ausbildungskategorie	Alter								Total	
	15-19	20-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50+		
Schweizer/-innen										
Gymnasiale Maturitätsschulen	147	13	4	–	1					165
Andere Schulen für Allgemeinbildung	201	19	–	–	–					220
Vollzeit-Berufsfachschulen	65	11	2	–	2	1				81
Berufl. Grundbildungen und integrierte Berufsmaturität	176	187	32	9	4	2	1			411
Nach der berufl. Grundbildung erworbene Berufsmaturitäten	4	17	7	3	–	–	–			31
Höhere Berufsbildung	5	12	12	2	3	1	–			35
Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen	2	75	87	46	14	3	3			230
Universitäten und Eidg. Technische Hochschulen	16	135	103	35	10	3	–			302
Übrige weiterführende Ausbildungen	–	–	1	3	2	–	3	1		10
Total	616	469	248	98	36	10	7	1		1485
Ausländer/-innen										
Gymnasiale Maturitätsschulen	43	12								55
Andere Schulen für Allgemeinbildung	101	10								111
Vollzeit-Berufsfachschulen	27	6	–	–	1					34
Berufl. Grundbildungen und integrierte Berufsmaturität	125	136	24	5	5					295
Nach der berufl. Grundbildung erworbene Berufsmaturitäten	5	5	1	–	–					11
Höhere Berufsbildung	7	5	1	3	–	1				17
Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen	4	32	24	12	4	2	2			80
Universitäten und Eidg. Technische Hochschulen	3	52	23	11	10	2				101
Übrige weiterführende Ausbildungen	–	–	3	4	–	1				8
Total	315	258	76	35	20	6				712
Zusammen										
Gymnasiale Maturitätsschulen	190	25	4	–	1					220
Andere Schulen für Allgemeinbildung	302	29	–	–	–					331
Vollzeit-Berufsfachschulen	92	17	2	–	3	1				115
Berufl. Grundbildungen und integrierte Berufsmaturität	301	323	56	14	9	2	1			706
Nach der berufl. Grundbildung erworbene Berufsmaturitäten	9	22	8	3	–	–	–			42
Höhere Berufsbildung	12	17	13	5	3	2	–			52
Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen	6	107	111	58	18	5	5			310
Universitäten und Eidg. Technische Hochschulen	19	187	126	46	20	5	–			403
Übrige weiterführende Ausbildungen	–	–	4	7	2	1	3	1		18
Total	931	727	324	133	56	16	9	1		2197

Tab. 1

Stipendien nach Heimat, Alter und Ausbildungskategorie 2010²
Quelle: Amt für Ausbildungsbeiträge Basel-Stadt

² Stipendien aufgrund des Gesetzes für Ausbildungsbeiträge sowie des Entwicklungsländerkredits (inkl. Beiträge an Fonds)

Tab. 2

Stipendien nach Ausbildungsstufe, Geschlecht und Ausbildungskategorie 2010³
 Quelle: Amt für Ausbildungsbeiträge Basel-Stadt

³ Stipendien aufgrund des Gesetzes für Ausbildungsbeiträge sowie des Entwicklungsländerkredits (inkl. Beiträge an Fonds)

Ausbildungskategorie	Erstausbildung			Zweitausbildung			Weiterbildung			Alle
	Frauen	Männer	Total	Frauen	Männer	Total	Frauen	Männer	Total	
Gymnasiale Maturitätsschulen	113	102	215	1	2	3		2	2	220
Andere Schulen für Allgemeinbildung	196	135	331	–	–	–		–	–	331
Vollzeit-Berufsfachschulen	49	59	108	5	1	6		1	1	115
Berufl. Grundbildungen und integrierte Berufsmaturität	302	350	652	12	8	20	20	14	34	706
Nach der berufl. Grundbildung erworbene Berufsmaturitäten	11	16	27	1	3	4	5	6	11	42
Höhere Berufsbildung	21	11	32	2	5	7	8	5	13	52
Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen	89	71	160	46	50	96	21	33	54	310
Universitäten und Eidg. Technische Hochschulen	184	149	333	13	18	31	14	25	39	403
Übrige weiterführende Ausbildungen	2	1	3	1	1	2	11	2	13	18
Total	967	894	1861	81	88	169	79	88	167	2197

VIELFÄLTIGE NICHT FORMALE BILDUNG

1.1 Zur Begrifflichkeit

Was motiviert eine Person zu einer Weiterbildung? Zum Beispiel der Wunsch, sich auf beruflicher Ebene weiterzuentwickeln, seine künstlerischen Fähigkeiten zu entfalten oder neue Sprachkompetenzen zu erlangen. Diese unterschiedlichen Bedürfnisse werden in der Schweiz durch eine grosse Vielfalt an Weiterbildungsangeboten in einem freien Markt von privaten und öffentlichen Anbietern abgedeckt.

Das Bundesamt für Statistik verwendet die – auch international empfohlene – Klassifikation nach dem Institutionalisierungsgrad von Weiterbildung. Dabei wird zwischen nicht formaler Bildung und informellem Lernen unterschieden.

Die nicht formale Bildung umfasst alle Unterrichtsformen ausserhalb des institutionellen Bildungssystems mit seinen zertifizierten Bildungsabschlüssen. Es handelt sich dabei in erster Linie um Weiterbildungskurse, aber auch um andere Lernaktivitäten im Rahmen einer Lehr-Lern-Beziehung. Dazu gehören beispielsweise Kurse, Seminare, Konferenzen oder Privatunterricht. Von informellem Lernen spricht man bei Bildungsaktivitäten, die explizit einem Lernziel dienen, aber ausserhalb einer Lehr-Lern-Beziehung stattfinden. Dabei handelt es sich beispielsweise um das Lesen von Fachliteratur oder das bewusste Lernen von der Erfahrung anderer Personen am Arbeitsplatz.¹

Im Folgenden werden einige Fakten zur nicht formalen Bildung im Kanton Basel-Stadt präsentiert, wobei der Schwerpunkt auf Angebote des Erziehungsdepartements (ED) sowie ED-naher Institutionen gelegt wird.

1.2 Teilnahme an nicht formaler Bildung: ein Überblick

Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Jahres 2009 enthält auch Informationen zur Teilnahme an Weiterbildungen.² Diese zeigen, dass die Angebote der nicht formalen Bildung von der Hälfte der befragten Personen genutzt wurden, 34 Prozent besuchten einen Weiterbildungskurs. Die Teilnahme an der nicht formalen Bildung war im Wesentlichen beruflich motiviert: 72 Prozent der Teilnehmenden übten diese Art der Weiterbildung aus beruflichen Gründen aus, während 15 Prozent ausserberufliche Gründe dafür geltend machten. Ein Vergleich mit den Erhebungen der Vorjahre zeigt, dass die Entwicklung in Bezug auf den Besuch von Weiterbildungskursen relativ stabil ist: Seit 1996 haben zwischen 40 und 45 Prozent der Befragten Weiterbildungskurse besucht. Die Einbindung in den Arbeitsmarkt hat einen stark fördernden Einfluss auf die Teilnahme an Weiterbildungsaktivitäten. In der nicht formalen Bildung zeigt sich dieser Zusammenhang am deutlichsten: Die Weiterbildungsquote liegt bei der erwerbstätigen Bevölkerung bei 54 Prozent, bei erwerbslosen Personen bei 39 Prozent und bei Nichterwerbstätigen bei 23 Prozent.

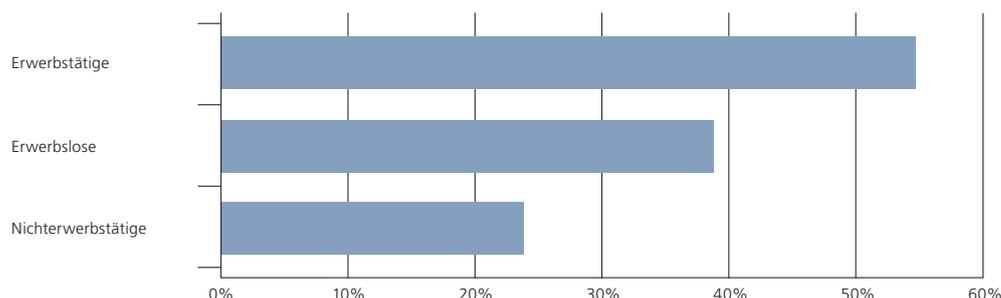
¹ Zu Weiterbildungsindikatoren vgl. BFS, www.bfs.admin.ch.

² Dabei handelt es sich um eine für die ganze Schweiz repräsentative Stichprobe aus der ständigen Wohnbevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren; BFS, *Teilnahme an Weiterbildung in der Schweiz, Neuchâtel 2010*.

Grafik 1

Beteiligungsquote an nicht formalen Weiterbildungsaktivitäten nach Arbeitsmarkt-Status 2008
 Quelle: BFS, SAKE

Arbeitsmarkt-Status der befragten Personen

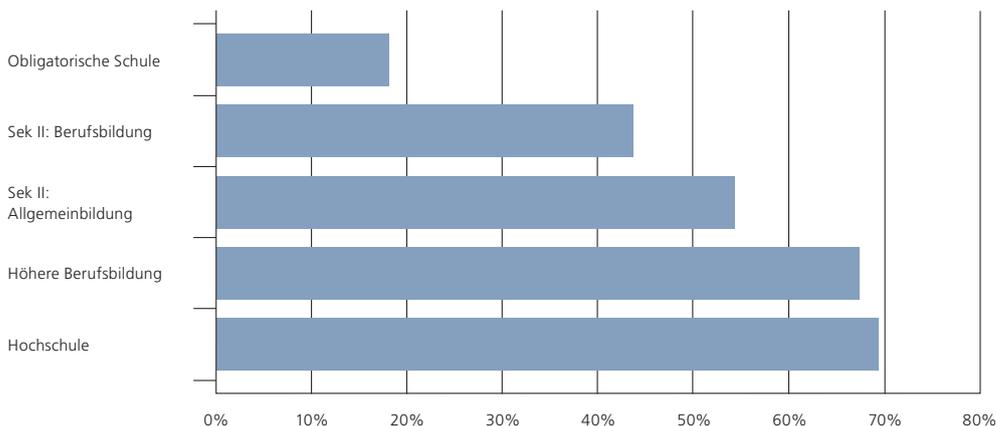


Je höher das Bildungsniveau einer Person ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich weiterbildet. Auch hier sind im Bereich der nicht formalen Bildung die grössten Unterschiede festzustellen: Fast 70 Prozent der Personen, die über eine Ausbildung der Tertiärstufe verfügen, haben im Erhebungszeitraum an mindestens einer nicht formalen Weiterbildungsaktivität teilgenommen, während es bei Personen ohne nachobligatorische Ausbildung weniger als 20 Prozent waren.

Grafik 2

Beteiligungsquote an nicht formalen Weiterbildungsaktivitäten nach Bildungsniveau 2008
 Quelle: BFS, SAKE

Bildungsniveau der befragten Personen



Generell bilden sich Männer etwas häufiger weiter als Frauen: Die Weiterbildungsquote beträgt für die nicht formale Bildung 51 Prozent bei den Männern gegenüber 47 Prozent bei den Frauen. Die Differenz basiert auf der unterschiedlichen Einbindung der beiden Geschlechter in den Arbeitsmarkt und ist nicht vorhanden, wenn ausschliesslich die erwerbstätige Bevölkerung betrachtet wird.

Ausgehend von den Ergebnissen der SAKE 2009 besuchten 2008 schätzungsweise 36'000 der 25- bis 64-jährigen Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt einen Weiterbildungskurs (34 Prozent) in Basel-Stadt oder in einem anderen Kanton. Wie in allen Städten, ist das Weiterbildungsangebot in Basel sehr vielfältig. Tabelle 1 widerspiegelt einen kleinen Ausschnitt davon: den Besuch von Weiterbildungskursen der Berufsfachschulen (Teilnehmende aus allen Kantonen). An der Berufsfachschule Basel mit einem Kursangebot in Berufsfeldern, die vor allem von Frauen gewählt werden, ist auch die Beteiligung von Frauen viel höher. Das gilt ebenfalls für die Weiterbildungskurse der Handelsschule KV Basel.

Schule	2007/08			2008/09			2009/10		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Allgemeine Gewerbeschule Basel (AGS)	575	k.A.	k.A.	610	k.A.	k.A.	560	k.A.	k.A.
Berufsfachschule Basel (BFS)	888	202	686	910	199	711	969	197	772
Bildungszentrum Gesundheit (BZG)	666	k.A.	k.A.	727	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Handelschule des Kaufmännischen Vereins Basel (HKV)	992	320	672	993	309	684	1028	333	695
Schule für Gestaltung Basel (SfG)	850	k.A.	k.A.	820	k.A.	k.A.	815	k.A.	k.A.
Total	3'971			4'060					

Tab. 1

Kanton Basel-Stadt, Teilnehmende an Weiterbildungskursen an Berufsfachschulen nach Geschlecht seit 2007
Quelle: AGS, BFS, BZG, HKV, SfG

1.3 Kurse an der Volkshochschule

Die «Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel» (VHSBB) ist eine öffentliche und gemeinnützige Stiftung. Diese finanziert sich zu rund zwei Dritteln durch Einnahmen aus den erwirtschafteten Kursgebühren. Rund ein Drittel der Kosten wird durch Globalbeiträge der Stifterkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, durch Beiträge von Gemeinden sowie durch projektbezogene Drittmittel und Donationen gedeckt. Verwurzelt in der Universität Basel und in der Tradition der öffentlichen, allgemeinen Weiterbildung, bietet die Volkshochschule beider Basel (VHBB) ein Programm für alle ab 16 Jahren an. Das Angebot gliedert sich in die drei Bereiche «Allgemeine Kurse» (Wissen, Kreativität, Praxis), «Sprachen» (Fremdsprachen, Deutsch als Fremdsprache, Lesen und Schreiben) und «UniFenster» (Seniorenuni, Samstagsuni).

Als Einrichtung beider Kantone werden etwa 35 Prozent der «Allgemeinen Kurse» an diversen Orten in Basel-Landschaft angeboten, hinzu kommen Sprachkurse in Laufen und die Samstagsuni in Laufen, Augst und Sissach. 86 Prozent der Teilnehmenden am Gesamtangebot wohnen in einem der beiden Trägerkantone (42 Prozent in Basel-Stadt, 44 Prozent in Basel-Landschaft), 6 Prozent leben im Kanton Solothurn, der Rest in anderen Kantonen, in Frankreich oder in Deutschland. Viel mehr Frauen als Männer besuchen die allgemeinen Kurse und die Sprachkurse, beim «UniFenster» sind es etwas mehr Männer.

Programm	2007/08			2008/09			2009/10		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Kurse Wissen/Kreativität/Praxis	5'190	36%	64%	5'672	36%	64%	5'198	35%	65%
Sprachen/ Lesen und Schreiben	3'202	32%	68%	3'144	32%	68%	3'277	32%	68%
Seniorenuni/«UniFenster»	1'302	52%	48%	1'613	53%	47%	1'606	52%	48%
Total	9'694	37%	63%	10'429	38%	62%	10'081	37%	63%

Tab. 2

Volkshochschule beider Basel, Kursteilnehmende nach Geschlecht seit 2007
Quelle: VHBB

1.4 Sprachkurse für die Migrationsbevölkerung

In Basel-Stadt wohnhafte fremdsprachige Personen benötigen zunächst Unterstützung für die Alltagsbewältigung und längerfristig auch zum Erreichen einer besseren beruflichen und gesellschaftlichen Stellung. Nicht Deutsch lernen nach klassischem Schulbuchschema steht deshalb im Vordergrund, sondern Spracherwerb mit Praxisbezug, ausgerichtet auf das spezifische Umfeld der Fremdsprachigen.

Mit Kantons- und Bundesgeldern werden pro Jahr etwa 30 bis 35 Deutsch- und Integrationskursprojekte verschiedener Institutionen mit einem oder mehreren Kursangeboten unterstützt. 2009 wurden insgesamt 249'013 entsprechende Lektionen mit

insgesamt 1692 Teilnehmenden durchgeführt, im Durchschnitt also 147 Lektionen pro Kursteilnehmerin oder Kursteilnehmer (Tabelle 3). Über 60 Prozent der Kurse werden auf dem Niveau A1 und A2 gemäss Europäischem Referenzrahmen angeboten, 12 Prozent sind Alphabetisierungskurse. Auch Deutschkurse auf den höheren Stufen B1 und B2 werden angeboten und von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

Die Kursangebote richten sich an ein vielschichtiges Publikum: an neu Zugezogene und schon lange in der Region Ansässige, an Personen mit schwerwiegenden Problemen wie Arbeitslosigkeit oder Isolation, an Kriegsgeschädigte, Traumatisierte oder chronisch Kranke, an Arbeitstätige, Mütter oder junge Erwachsene. Rund die Hälfte der Kursangebote bietet parallel zum Unterricht Kinderbetreuung mit Sprachförderung an. Deutschkurse werden zu drei Vierteln von Frauen besucht. Die Sprachförderung insbesondere der eingewanderten Frauen entspricht der Zielsetzung des «Programmkonzepts Integrationsförderung im Kanton Basel-Stadt 2008–2011». Die Kurse werden zu fast einem Viertel von Türkisch Sprechenden besucht. 7 Prozent fallen auf Menschen aus Sri Lanka, gefolgt von Kursteilnehmenden aus Thailand, Portugal, Kosovo und Brasilien. Die Zusammensetzung der Kurse in Bezug auf den schulischen und beruflichen Hintergrund der Migrantinnen und Migranten ist sehr heterogen. Die Nachfrage nach Deutsch- und Integrationskursen ist steigend.

Tab. 3

Kanton Basel-Stadt,
Teilnehmende an subventionierten Deutschkursen nach Geschlecht und Herkunftssprache 2009
Quelle: ED

	Total	Männer	Prozent	Frauen	Prozent
Total	1'692	406	24	1'286	76

1.5 Weiterbildungsangebote der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW

Die Universität Basel bietet unter der Bezeichnung «Advanced Studies» ein breites Angebot an postgradualen, berufsbegleitenden Weiterbildungen aus allen Fachbereichen in verschiedenen Studienformaten an. Dies sind:

- 16 Studiengänge mit dem Abschluss Master of Advanced Studies (MAS)
- 16 Studiengänge mit dem Abschluss Diploma of Advanced Studies (DAS)
- 15 Zertifikatskurse Certificate of Advanced Studies (CAS)
- über 100 Weiterbildungskurse (non-degree-postgraduate programmes)

Die Advanced Studies richten sich an Personen mit Hochschulabschluss (Universität oder Fachhochschule) und spezifischer Berufserfahrung. Bei einigen Studiengängen werden auch berufserfahrene Personen ohne Hochschulabschluss unter Nachweis gleichzuhaltender Bildungsvoraussetzungen zugelassen (widening participation).

Die universitäre Weiterbildung ist einerseits Teil des Hochschulsystems und andererseits abgeglichen mit den Anforderungen der Berufswelt. Die Angebote fördern neben Fachwissen interdisziplinäres Wissen und Verstehen, was in Leitungsfunktionen, die von vielen Nutzenden von Weiterbildungen angestrebt werden, von besonderer Bedeutung ist.

Gemischte Trägerschaften der Universität mit anderen Trägerschaften, zum Beispiel einer anderen Universität, einer Behörde oder einem Berufsverband, sind die Regel.

Viele Studiengänge basieren auf einer Verbindung der Studienformate MAS, DAS und CAS. Statistische Angaben gibt es bislang nur für die MAS-Studiengänge, die zu einem akademischen Titel führen und deren Studierende an der Universität immatrikuliert sind.

Studiengang	Zahl der Studierenden
MAS in Cognitive-Behavioral and Interpersonal Psychotherapy	80
MAS in Psychologischer Entwicklungsdiagnostik und -Beratung	42
MAS in European Integration	37
MAS in Food Safety Management	14
MAS in Human-Computer Interaction Design	62
MAS in International Health	105
MAS in Kulturmanagement	127
MAS in Marketing und Betriebswirtschaft	50
MAS in Peace and Conflict Transformation	43
MAS in Public Health	52
MAS in Psychotherapie mit kognitiv-behavioralem Schwerpunkt	87
MAS in Verwaltungsrecht	19
Total MAS-Studierende 2010	718

Tab. 4

Studierendenzahl in den postgradualen, berufsbegleitenden MAS-Studienprogrammen an der Universität Basel 2010
Quelle: Universität Basel

Die neun Standorte der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) bieten ebenfalls diverse Weiterbildungen mit einem MAS- bzw. EMBA- (Executive Master of Business Administration), DAS- oder CAS-Abschluss an. 2010 wurden insgesamt 614 MAS/EMBA-, 173 DAS- und 1819 CAS-Diplome ausgestellt. Im Vergleich mit 2008 und 2009 hat die Zahl der Abschlüsse in allen Bereichen zugenommen (2008: 412 MAS/EMBA; 136 DAS; 1572 CAS; 2009: 470 MAS/EMBA; 72 DAS; 1627 CAS).

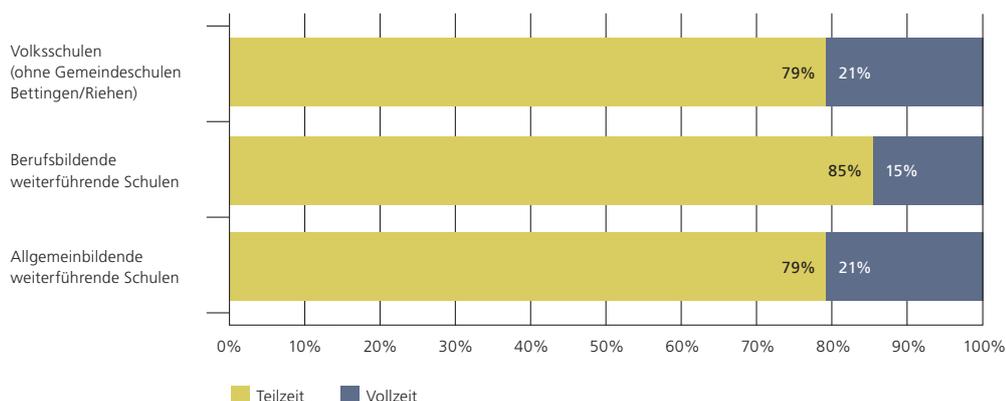
Hochschule	MAS/EMBA	DAS	CAS
Hochschule für Angewandte Psychologie	—	7	44
Hochschule für Architektur, Bau und Geomatik	15	7	165
Hochschule für Gestaltung und Kunst	10	—	—
Hochschule für Life Sciences	16	—	8
Musikhochschulen	—	3	21
Pädagogische Hochschule	23	12	190
Hochschule für Soziale Arbeit	157	21	746
Hochschule für Technik	92	15	105
Hochschule für Wirtschaft	301	108	540
FHNW Total	614	173	1'819

Tab. 5

Ausgestellte Diplome/
Zertifikate der FHNW 2010
Quelle: FHNW

ZUSAMMENSETZUNG

In Basel waren im Jahr 2010 insgesamt 3225 Lehrpersonen beschäftigt. Zwei Drittel davon (1923) arbeiten an der Volksschule, 639 an den berufsbildenden und 663 an den allgemeinbildenden weiterführenden Schulen. Rund 80 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer haben eine Teilzeitanstellung, 20 Prozent arbeiten Vollzeit. Dieser Durchschnittswert gilt mit kleinen Abweichungen für alle Schulstufen und Schultypen.



Grafik 1
Arbeitspensum der Lehrpersonen in Stellenprozenten nach Schultyp 2009/10
Quelle: ED

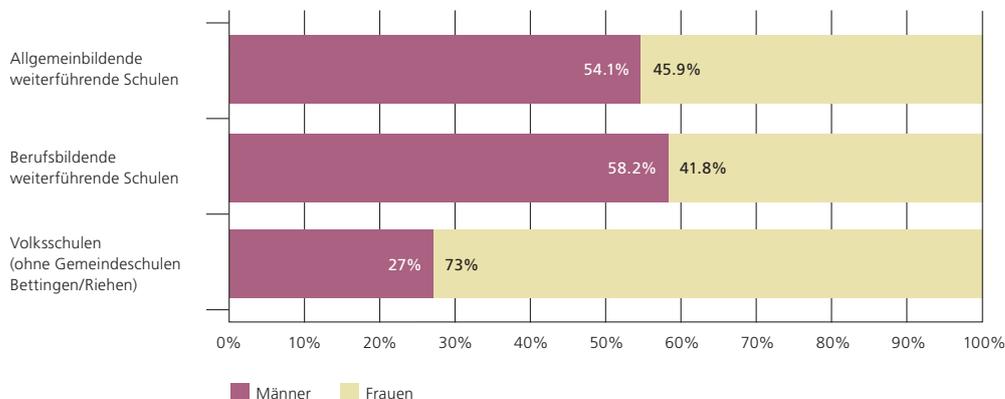
Unterschiede zwischen den Schulstufen und Schultypen zeigen sich in der Alterstruktur des Lehrpersonals: In der Volksschule sind 35 Prozent der Lehrpersonen zwischen 20 und 39 und 60.8 Prozent zwischen 40 und 59 Jahre alt. In den berufsbildenden Schulen hingegen sind 74.1 Prozent der Lehrpersonen zwischen 40 und 59 und nur 18.8 Prozent zwischen 20 und 39 Jahre alt. In den allgemeinbildenden weiterführenden Schulen zeigt sich eine ausgeglichene Verteilung mit 41.8 Prozent der Lehrpersonen zwischen 20 und 39 Jahren und 50.2 Prozent zwischen 40 und 59 Jahren.



Grafik 2
Alterstruktur der Lehrerinnen und Lehrer nach Schultyp 2009/10
Quelle: ED

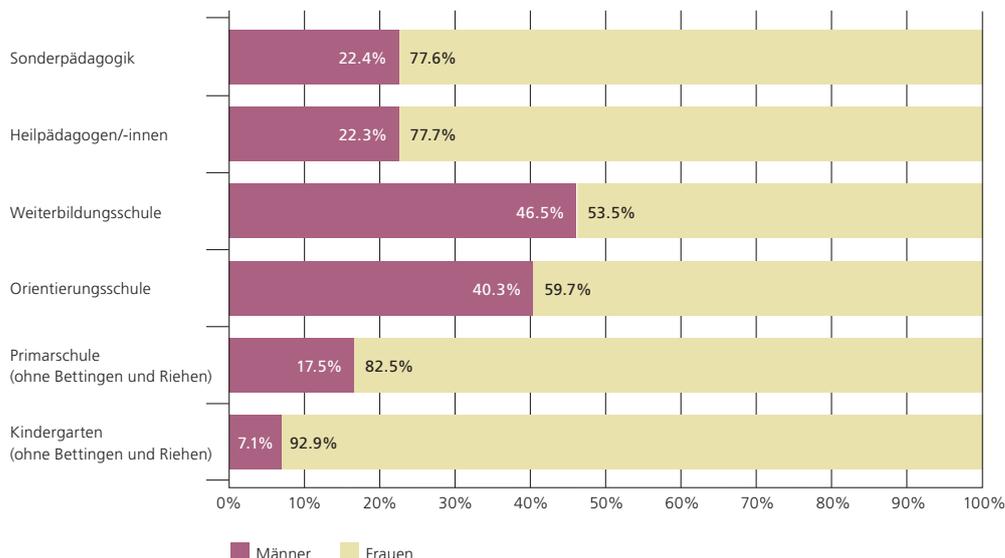
Die grössten Unterschiede zwischen den Schulstufen und Schultypen zeigen sich in der Verteilung nach Geschlecht. Insgesamt 61 Prozent der Lehrpersonen sind Frauen und 39 Prozent Männer. In den berufsbildenden und allgemeinbildenden weiterführenden Schulen bilden die Männer mit 58.2 Prozent bzw. mit 54.1 Prozent eine Mehrheit. In der Volksschule sind die Männer mit nur gerade 27 Prozent in der Minderheit.

Grafik 3
Geschlechterverhältnis der Lehrpersonen nach Schultyp in Prozent 2009/10
Quelle: ED



Während innerhalb der Volksschule die Schultypen bei den Aspekten Teilzeit/Vollzeit und Alterstruktur (siehe Grafik 1 resp. Grafik 2) vergleichbar sind, zeigen sich im Bereich der Geschlechterverteilung grössere Unterschiede. Im Kindergarten arbeiten 92.9 Prozent Frauen und 7.1 Prozent Männer. In der Primarschule steigt die Anzahl der männlichen Lehrpersonen um gut 10 Prozentpunkte im Vergleich zum Kindergarten auf 17.5 Prozent. In der Orientierungsschule steigt der Anteil männlicher Lehrpersonen sprunghaft: Auch wenn mit 59.7 Prozent die Mehrheit von Frauen gebildet wird, sind männliche Lehrpersonen zu 40.3 Prozent vertreten. Dies entspricht der durchschnittlichen Verteilung innerhalb aller Basler Schulen. In der WBS steigt der Anteil an männlichen Lehrpersonen nur noch leicht auf 46.5 Prozent.

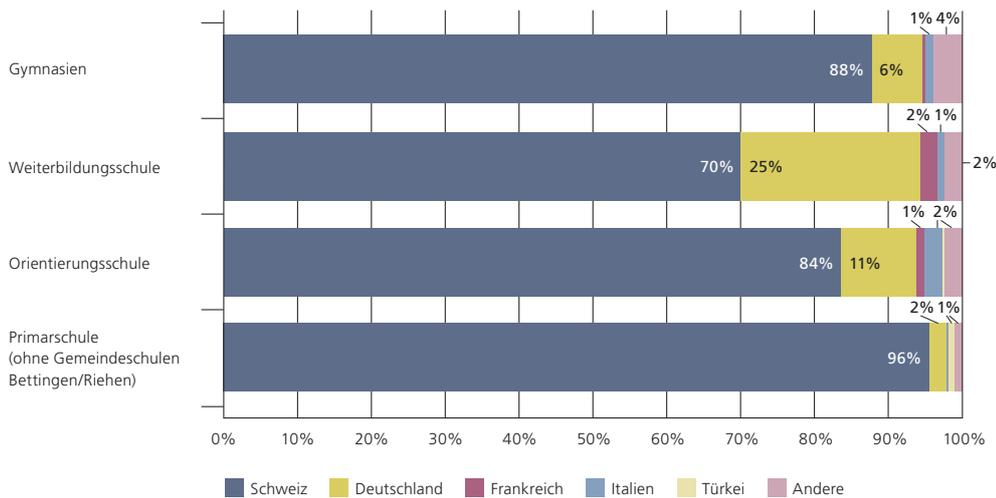
Grafik 4
Geschlechterverhältnis der Lehrpersonen nach Schulstufe an den Volksschulen 2009/10
Quelle: ED



Die meisten Lehrpersonen an der Primarschule, nämlich 96 Prozent, haben einen Schweizer Pass, 2 Prozent stammen aus Deutschland und je 1 Prozent kommen ursprünglich aus der Türkei und anderen Ländern. An der Orientierungsschule sind 84 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer schweizerischer Nationalität, 11 Prozent stammen aus Deutschland, 1 Prozent aus der Türkei und je 2 Prozent aus Italien oder anderen Ländern. An der Weiterbildungsschule liegt der Anteil der Schweizer Lehrpersonen mit 70 Prozent etwas tiefer. Jede vierte Lehrperson (25 Prozent) auf dieser Schulstufe kommt aus Deutschland, 1 Prozent aus Italien und je 2 Prozent aus Frankreich und

anderen Ländern. An den fünf Basler Gymnasien sind die Schweizer Lehrpersonen mit durchschnittlich 88 Prozent ebenfalls die grösste Gruppe, wobei es zwischen den Gymnasien grosse Unterschiede gibt. So ist der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern im Gymnasium am Münsterplatz am grössten (22 Prozent), während das Gymnasium Leonhard mit 3 Prozent am wenigsten ausländische Lehrpersonen beschäftigt. Im Durchschnitt unterrichten an den Basler Gymnasien 6 Prozent Deutsche, 1 Prozent Italienerinnen und Italiener sowie 4 Prozent Personen anderer Nationalität.

Verglichen mit der basel-städtischen Bevölkerungsstruktur (vgl. S. 13) sind Lehrpersonen ausländischer Nationalität deutlich untervertreten. Eine Ausnahme bildet die Weiterbildungsschule.



Grafik 5

Nationalitäten der Lehrpersonen auf den verschiedenen Schulstufen 2009/10

Quelle: ED

2

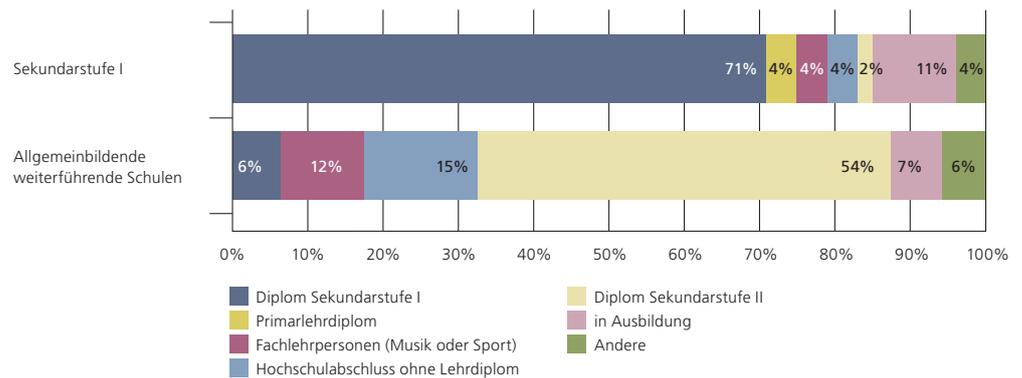
AUS- UND WEITERBILDUNG

2.1 Abschlüsse

98 Prozent der Lehrpersonen des Kindergartens haben ein Diplom als Kindergärtnerin oder Kindergärtner (Lehrerseminar oder Bachelor). An der Primarschule verfügen 97 Prozent der Lehrpersonen über ein stufengerechtes Diplom, auf der Sekundarstufe I (Orientierungs- und Weiterbildungsschule) sind es 71 Prozent. Die anderen 29 Prozent der Lehrpersonen auf Sekundarstufe I haben ganz unterschiedliche Abschlüsse: je 4 Prozent weisen ein Primarlehrdiplom auf, sind sogenannte Fachlehrpersonen (vorwiegend Monofach-Lehrpersonen Hauswirtschaft, Textil, Sport oder Musik) oder verfügen über einen Hochschulabschluss, jedoch nicht über ein Lehrdiplom. 2 Prozent sind im Besitz einer Unterrichtsberechtigung für die Sekundarstufe II. Darüber hinaus unterrichten auf der Sekundarstufe I Studierende während ihrer Ausbildung (11 Prozent). Dasselbe gilt für die allgemeinbildenden weiterführenden Schulen, in welchen sich 7 Prozent der Lehrpersonen in Ausbildung befinden. 54 Prozent der auf dieser Stufe unterrichtenden Lehrpersonen verfügen über ein Diplom für die Sekundarstufe II, 15 Prozent haben einen Hochschulabschluss jedoch kein Lehrdiplom, 12 Prozent sind Fachlehrpersonen (Musik oder Sport) und 6 Prozent sind Lehrpersonen mit einem Diplom für die Sekundarstufe I.

Grafik 6

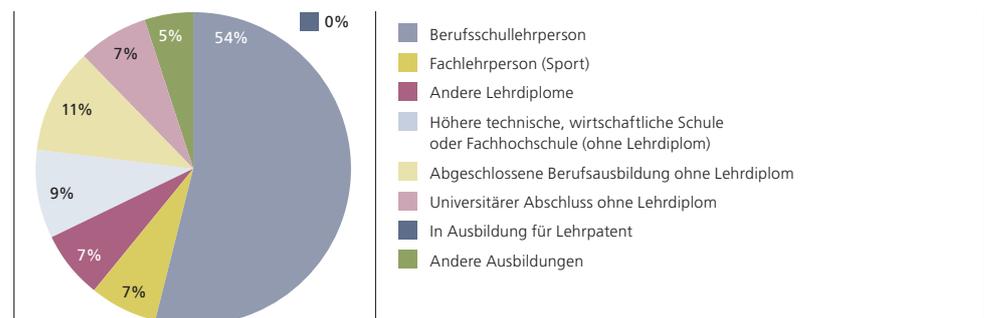
Ausbildung der Lehrpersonen der Sekundarstufe I und der allgemeinbildenden weiterführenden Schulen 2009/10
Quelle: ED



An den berufsbildenden Schulen unterrichten Lehrpersonen mit einem breiten Spektrum an Abschlüssen und verschiedenen Profilen. Der grösste Teil (54 Prozent) verfügt über ein Diplom als Berufsschullehrperson. Rund 9 Prozent haben eine höhere technische, wirtschaftliche oder Fachhochschule (ohne Lehrdiplom) absolviert und weitere rund 11 Prozent eine abgeschlossene Berufsausbildung, mehrheitlich mit eidgenössischem Ausweis (ohne Lehrdiplom). 7 Prozent sind Fachlehrpersonen (Sport). Rund 7 Prozent der Lehrpersonen haben einen universitären Abschluss, jedoch kein Lehrdiplom. 1.4 Prozent sind ursprünglich Primarlehrpersonen und 3 Prozent verfügen über ein Lehrdiplom für die Sekundarstufe II.

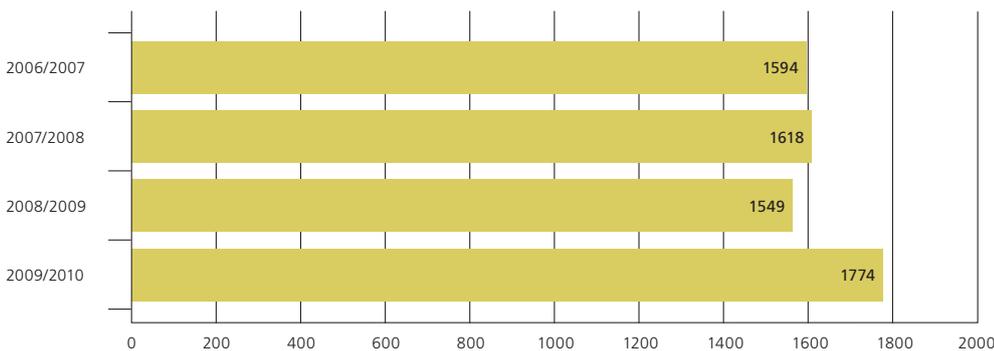
Grafik 7

Ausbildungen der Lehrpersonen in berufsbildenden Schulen 2009/10
Quelle: ED



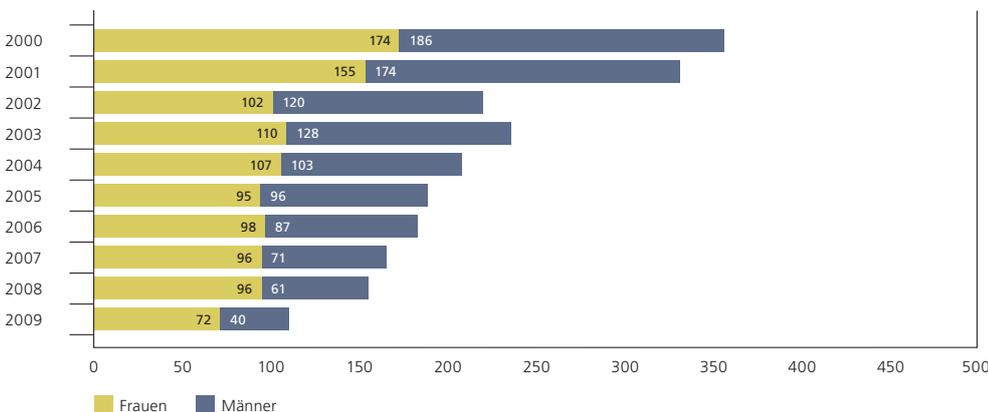
2.2 Ausbildung

Angehende Lehrpersonen absolvieren ihre Ausbildung seit 2006 an einer Pädagogischen Hochschule (PH), jene aus dem Kanton Basel-Stadt insbesondere an der PH der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). Die Kindergarten- und Primarlehrpersonen absolvieren ihr gesamtes Studium an der PH, Lehrpersonen der Sekundarstufen I und II besuchen parallel zu ihrem Fachstudium an der Universität oder im Anschluss daran ein Jahr an der PH. Die Pädagogische Hochschule der FHNW verzeichnete zwischen 2006 und 2009 eine Zunahme an Studierenden: Waren im Schuljahr 2006/07 insgesamt 1594 Studierende an der PH immatrikuliert, stieg die Zahl 2009/10 auf 1774. An der Universität Basel hingegen sank die Zahl der Lehramtskandidaturen im selben Zeitraum von 185 auf 112.



Grafik 8

Anzahl Studierende an der Pädagogischen Hochschule der FHNW 2006/07–2009/10
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt



Grafik 9

Studierende Lehrpersonen-ausbildung an der Universität Basel 2000–2009
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

2.3 Weiterbildung und Beratung

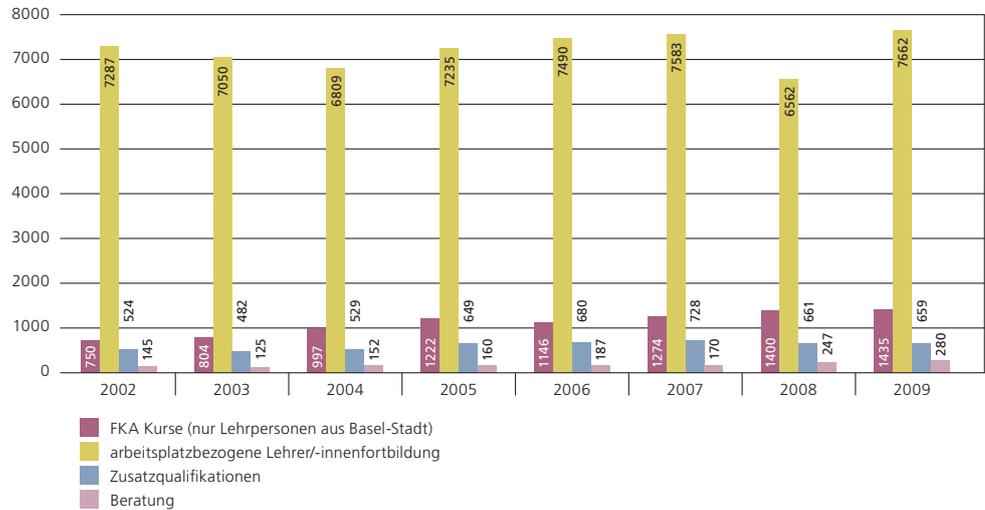
Für die Weiterbildung der Lehrpersonen führt das Erziehungsdepartement Basel-Stadt das Institut für Unterrichtsfragen und Lehrer/innenfortbildung (ULEF). Das ULEF umfasst drei Bereiche: individuelle Weiterbildung zu Unterricht und Berufssituation, schulinterne Weiterbildung (Arbeitsplatzbezogene Lehrer/innenfortbildung ALFB) sowie Beratung. Das am häufigsten genutzte Angebot ist die schulinterne Weiterbildung. ALFB umfasst Veranstaltungen und Vorhaben, deren Bedarf innerhalb einer Schule oder eines Kollegiums definiert wird. Die Initiative geht dabei in der Regel von der Schulleitung oder dem Kollegium aus. Sie kann aber auch von der Volksschulleitung, einer Rektorinnen- und Rektorenkonferenz oder einer Lehrpersonenkonferenz ausgehen. Durchschnittlich zählte das ULEF zwischen 2006 und 2009 jährlich 7324 Teilnehmende. Die 3225 Lehrpersonen des Kantons Basel-Stadt nehmen somit durchschnittlich zweimal pro Jahr an einem schulinternen Weiterbildungsangebot teil.

Mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 1295 nutzte zwischen 2005 und 2009 jährlich rund ein Drittel der Basler Lehrpersonen das freie Kursangebot (FKA) für die individuelle Weiterbildung. Hinzu kommen die Möglichkeiten der Zusatzqualifikationen. Diese Lehrgänge wurden 2005 bis 2009 von durchschnittlich 675 Lehrpersonen

besucht. Dies entspricht gut 20 Prozent der in Basel-Stadt angestellten Lehrpersonen. Beratungen für Einzelpersonen, Gruppen und Teams bilden ein weiteres Unterstützungsangebot für Lehrpersonen. Dieses wurde zwischen 2005 und 2009 jährlich im Durchschnitt 209 Mal genutzt, wobei eine steigende Tendenz sichtbar ist.

Grafik 10

Weiterbildungsangebote
ULEF 2002–2009
Quelle: ED



2.4 Qualitätsmanagement

Neben der Aus- und Weiterbildung trägt auch das Qualitätsmanagement (QM) zur Professionalisierung der Lehrperson und der Weiterentwicklung des Unterrichts bei. Das vorwiegend in der Verantwortung der Schulleitungen liegende schulische Qualitätsmanagement stützt sich auf das 2005 publizierte «Leitbild für die Schulen des Kantons Basel-Stadt» des Erziehungsdepartements und erfolgt nach definierten Vorgaben. Diese sind im ebenfalls 2005 veröffentlichten kantonalen Rahmenkonzept «Qualitätsmanagement an den Schulen des Kantons Basel-Stadt» festgehalten. Das Konzept beschreibt einen rollenden, dynamischen Entwicklungsprozess für den Zeitraum von 2006 bis 2012, skizziert ein Qualitätsverständnis für die Basler Schulen und nennt elf Elemente mit Minimal-Standards. Diese sind drei Entwicklungsebenen zugeordnet:

- Die erste Ebene ist diejenige der individuellen Q-Entwicklung der Lehrpersonen und Mitarbeitenden mit den beiden Elementen Individualfeedback und Qualitätsgruppe.
- Die zweite Ebene betrifft die Führungsebene Schule/Schulentwicklung und umfasst die Steuerungselemente QM-Konzept/Q-Handbuch, Schulleitbild, Mehrjahresplanung, Mitarbeitendengespräch und Schulevaluation.
- Die dritte Ebene umfasst die Q-Steuerung auf Departementebene. Diese erfolgt durch die Elemente Kantonales Rahmenkonzept, Bildungs-Controlling, Bildungs-Monitoring und Systemevaluation.

Grafik 11

QM-Elemente im Bildungsbereich Basel-Stadt
Quelle: Kant. Rahmenkonzept
Qualitätsmanagement an den
Schulen des Kantons Basel-
Stadt, ED Basel-Stadt, 2005



Als Grundlagen für die ständige Weiterentwicklung der Qualität in Schule und Unterricht dienen die Ziele und Standards auf diesen drei Entwicklungsebenen des Schulwesens, die Berufskompetenzen der Lehr- und Leitungspersonen, die Rückmeldungen der Anspruchsgruppen sowie regelmässige Erhebungen zur Bildungsarbeit und Ergebnisse der Bildungsforschung. Der QM-Entwicklungsprozess wird durch eine kantonale

Steuergruppe, eine Fachstelle und ein breit abgestütztes Q-Netzwerk begleitet und unterstützt.

2007 und 2009 führte die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz PHZ bei Lehrpersonen und Schulleitenden je eine Befragung mittels Fragebogen durch. Deren Ergebnisse (Zwischenbilanz) lassen in Bezug auf die individuelle Q-Entwicklung der Lehrpersonen folgende Aussagen zu:

- Das individuelle, persönliche Q-Bewusstsein der Lehrpersonen und der Schul(haus)leitungen ist hoch. Die Lehrpersonen interessieren sich für die qualitative Entwicklung ihrer Schule und betrachten QM-Fragen als Auftrag des Lehrberufs.
- Die Q-Elemente sind in unterschiedlicher Ausprägung entwickelt. Positive Auswirkungen werden besonders durch Hospitationen, themenbezogene Lerngruppen und das Individualfeedback wahrgenommen. Aus der Sicht der Schul(haus)leitungen wirken sich alle Q-Elemente positiv auf die Unterrichtsgestaltung, den Umgang mit Lernenden und die interne Teamarbeit aus.
- Aus Lehrpersonensicht ist mindestens die Hälfte (aus Sicht der Schulleitungspersonen sind zwei Drittel) der Umsetzungsarbeit geleistet, und 70 Prozent der Schulleitungsgremien sind davon überzeugt, dass die Umsetzungsfrist eingehalten werden kann.

	KG	PS	OS	WBS	SBA	GYM	BB
Individualfeedback Lernende–Eltern	5.7	57.0	49.5	43.4	87.7	77.4	94.0
Individualfeedback Kollegium–SL	68.3	60.5	66.5	67.9	67.3	63.0	77.8
Hospitationen	85.6	69.1	52.4	83.7	81.8	72.6	80.5
Themenbezogene Lerngruppen	88.9	59.8	64.2	57.7	76.9	69.2	80.4
Organisierter Erfahrungsaustausch	100.0	77.0	75.3	60.0	85.7	82.2	85.6
Qualitätshandbuch	48.0	48.1	54.5	33.8	90.6	67.4	93.4
Schulleitbild	96.5	63.1	58.6	69.4	95.8	97.4	98.5
Mitarbeitendengespräch	52.5	31.8	95.2	93.1	90.0	73.5	93.8
Selbstevaluation	65.9	67.0	54.4	50.0	84.6	72.5	90.9
Mehrjahresplanung	83.2	77.8	68.7	76.7	93.2	74.3	93.5

Tab. 1

Schulstufenvergleich Umsetzungsgrad der Q-Elemente (in Prozent «ja, gibt es bereits») Quelle: Qualitätsmanagement an den Schulen des Kantons Basel-Stadt, 2. Zwischenbericht zur Prozessevaluation 2009, Forschungsbericht Nr. 22, PHZ, Hochschule Luzern

- Die QM-Steuerung ist wirkungsvoller geworden. Zuständigkeiten und Verantwortungen werden klarer wahrgenommen als noch vor zwei Jahren und auch die Schul(haus)leitungen werden punkto QM besser beurteilt. Die Lehrpersonen fühlen sich gut über das QM informiert.
- Die Akzeptanz des institutionellen (gegenüber dem individuellen) QM ist noch nicht befriedigend. Bei den berufsbildenden Schulen und den Gymnasien ist diese Akzeptanz grösser.
- Die gezielte Unterstützung zur Umsetzung wird geschätzt und bleibt wichtig. Besonders geschätzt wird sie in Form von Zeitgefässen für die Zusammenarbeit innerhalb der Schule sowie durch schulinterne Weiterbildung.¹ Zwei Drittel der Schulen sind dem Q-Netzwerk angeschlossen, welches seine Angebote bedürfnisorientiert erweitert und angepasst hat.

¹ Vgl. Qualitätsmanagement an den Schulen des Kantons Basel-Stadt. Zweiter Zwischenbericht zur Prozessevaluation 2009, S. 26.

TEIL VII

ÖFFENTLICHE BILDUNGS-AUSGABEN

Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen unserer Gesellschaft. Wie alle Dienstleistungen hat aber auch das Bildungssystem seinen Preis: Die öffentlichen Bildungsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden betragen im Jahr 2007 18.5 Prozent der Gesamtausgaben der öffentlichen Hand, was einem absoluten Betrag von CHF 27 Milliarden entspricht (inkl. Tertiär- und Quartärstufe). Dieser Anteil variierte in den letzten zehn Jahren kaum.¹

Die aktuellen demografischen Entwicklungen – beispielsweise höhere Lebenserwartung und rückläufige Geburtenzahlen – senken den Anteil der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter, was die Kosten für die Bildung eigentlich herabsetzen sollte. Auf der anderen Seite steigen aber die Anforderungen an das Bildungssystem kontinuierlich. Auf die Schülerinnen und Schüler wird individueller eingegangen, um diese besser zu fördern und deren Potenzial optimal auszuschöpfen. Zudem setzen immer mehr Stellen im Dienstleistungssektor eine höhere Bildung voraus. Das Bildungsniveau ist im Kanton Basel-Stadt in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen: Während 1980 erst 11.3 Prozent der über 25-jährigen Bevölkerung einen Abschluss auf der Tertiärstufe (Hochschule oder höhere Berufsbildung) vorweisen konnten, waren es im Jahr 2000 mit 21.9 Prozent fast doppelt so viele. Damit wies der Kanton Basel-Stadt hinter Genf, Zug, Zürich und der Waadt den fünfthöchsten Anteil an Personen mit tertiärem Bildungsabschluss auf. Gemäss Schweizerischer Arbeitskräfteerhebung verfügen heute sogar 33 Prozent der ständig in Basel-Stadt wohnhaften Bevölkerung ab 15 Jahren über einen Tertiärabschluss (siehe dazu auch S. 14). Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass die Kosten im Bildungsbereich in den letzten Jahren gestiegen sind.

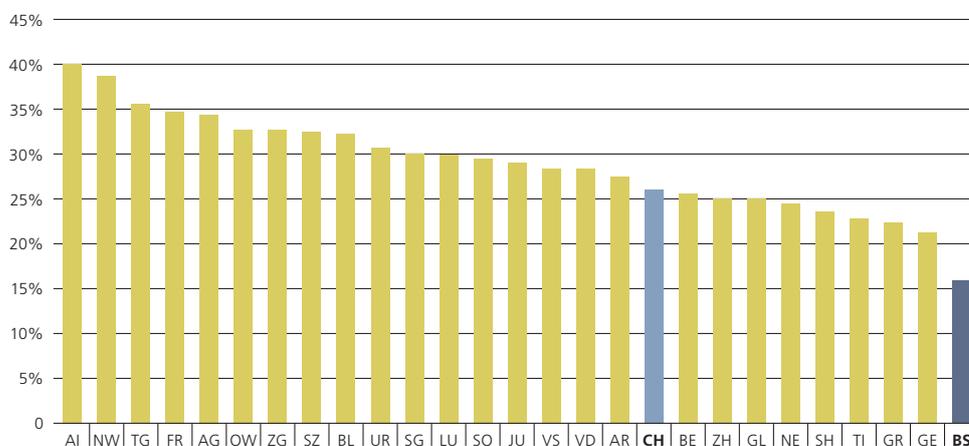
1

BILDUNGS-AUSGABEN IM VERGLEICH ZU ANDEREN KANTONEN

2007 betragen die Bildungsausgaben im Kanton Basel-Stadt rund CHF 720 Millionen. Dies entspricht 16 Prozent der ordentlichen Nettoausgaben des Kantons.² Damit gibt der Kanton Basel-Stadt im Verhältnis zu den Gesamtausgaben am wenigsten für die Bildung aus, wie die nachfolgende Grafik zeigt. Der gesamtschweizerische Durchschnitt liegt bei rund 26 Prozent.

Grafik 1

Prozentualer Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben 2007
Quelle: BFS



¹ Bildungsstatistik Schweiz, Öffentliche Bildungsausgaben 2007. Das Zahlenmaterial des vorliegenden Kapitels stammt mehrheitlich aus dem Jahr 2007 bzw. aus dem Zeitraum 2004 bis 2007. Per Ende 2011 stellt das Bundesamt für Statistik neueres Zahlenmaterial in Aussicht.

² Bundesamt für Statistik, Öffentliche Bildungsausgaben 2007.

1.1 Bildungsausgaben pro Schülerin/Schüler und Stufe

Die öffentlichen Bildungsausgaben pro Schülerin und Schüler nach Bildungsstufe sind ein Indikator für die Bedeutung der Aufwendungen eines Kantons zu Gunsten der Bildung und der Entwicklung von Humankapital. Die Verteilung der Ausgaben auf die verschiedenen Stufen wiederum zeigt die politische Bedeutung auf, die den einzelnen Schulstufen beigemessen wird.

Teilweise lassen sich die kantonalen Unterschiede durch die kantonalen Niveaus der Preise (vor allem für die Löhne der Lehrpersonen) erklären. Diese Preise hängen von der Finanzkraft eines Kantons ab: Ein finanzstarker Kanton kann es sich eher leisten, für öffentliche Funktionen höhere Löhne zu bezahlen. Dies schlägt sich im Bildungswesen in hohen Ausgaben pro Schülerin und Schüler nieder. Die positive Korrelation zwischen Finanzkraft und Bildungsausgaben ist nachgewiesen.³ Die starke Finanzkraft von Basel-Stadt und die dadurch vergleichsweise hohen Löhne dürften ein wesentlicher Grund für die hohen Ausgaben pro Schülerin und Schüler darstellen. Vermutlich ist ein Teil der Differenzen aber auch auf die unterschiedliche Erfassung der Ausgaben (zum Beispiel sonderpädagogische Förderung) zurückzuführen. Weiter spielen die realen Inputunterschiede wie Klassengrößen, Anzahl Lektionen pro Schülerin und Schüler, die Heterogenität der Klassen, der damit in Zusammenhang stehende Bedarf an Förderangeboten und verstärkten Massnahmen sowie die Anzahl Lektionen pro Lehrperson eine Rolle. Auch ein Rückgang der Anzahl Schülerinnen und Schüler kann sich auf die Kosten niederschlagen.

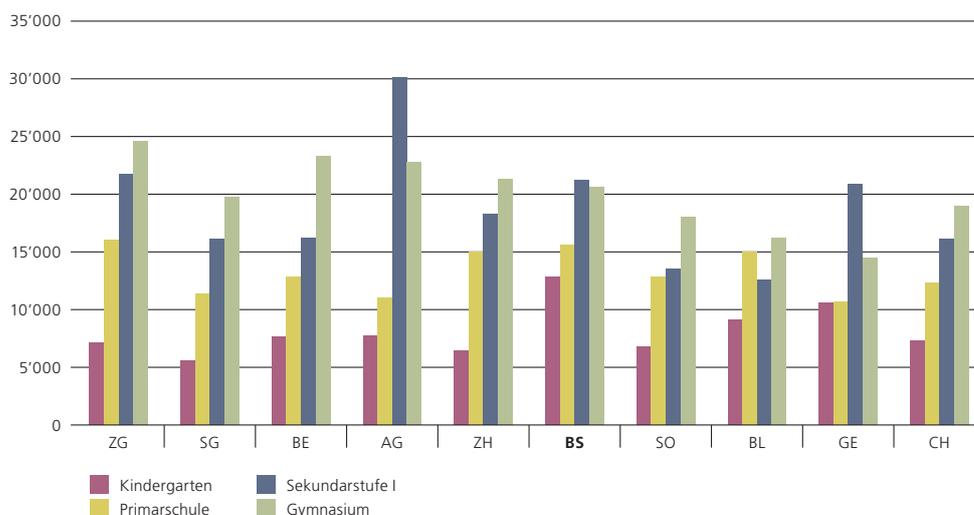
Basel-Stadt liegt im Bereich des Kindergartens und der Primarschule schweizweit an der Spitze der Ausgaben pro Schülerin und Schüler. Dabei ist zu bemerken, dass Basel-Stadt als einer von bisher wenigen Kantonen ein zweijähriges Kindergarten-Obligatorium kennt, weshalb die Kosten auf dieser Stufe höher sind als bei den meisten anderen Kantonen. Weil die Primarschule in Basel-Stadt zurzeit nur vier Jahre dauert, werden in der Statistik – für den interkantonalen Vergleich – das 5. und 6. Schuljahr der Primarschule schon zu Lohnkosten der Sekundarstufe I bemessen.

In der Sekundarstufe I liegt Basel-Stadt immer noch sehr weit vorne im Vergleich zu anderen Kantonen. Das liegt zum grossen Teil daran, dass auf dieser Stufe in Basel-Stadt die Gelder für die sonderpädagogische Förderung und Integration in die Statistik einfließen, während diese zusätzlichen Mittel in anderen Kantonen separat ausgewiesen werden.

Beim Gymnasium bewegt sich Basel-Stadt eher im Mittelfeld, aber trotzdem noch leicht über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt.

Grafik 2

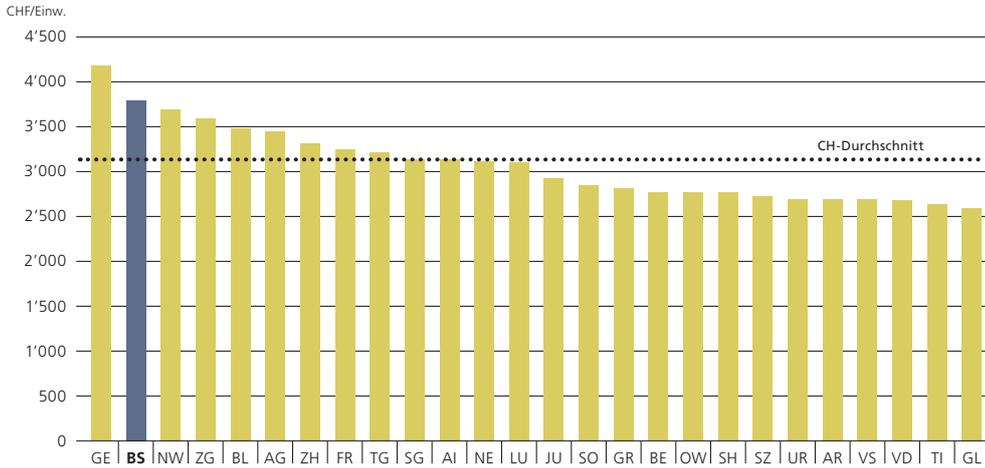
Bildungsausgaben in CHF pro Schülerin/Schüler und Stufe im kantonalen Vergleich 2007 (Kanton Aargau: Zahlen 2006; Kanton Basel-Stadt: Ausgaben Kindergarten exkl. Mietkosten)
Quelle: BFS



³ Bildungsbericht Schweiz 2010.

1.2 Bildungsausgaben pro Kopf und Volkseinkommen

In absoluten Zahlen weist Basel-Stadt im Jahr 2007 mit rund CHF 3'800 pro Kopf – nach Genf mit etwa CHF 4'200 – die höchsten Bildungsausgaben pro Einwohnerin bzw. Einwohner auf.⁵ Werden die Bildungsabgaben aber im Verhältnis zum Volkseinkommen betrachtet, gibt der Kanton Basel-Stadt mit 3.5 Prozent des Volkseinkommens anteilmässig am wenigsten für die Bildung aus. Der schweizerische Durchschnitt liegt bei 5.7 Prozent.⁶



Grafik 3
Bildungsausgaben pro Einwohner/-in 2007
Quelle: BFS



Grafik 4
Prozentualer Anteil der Bildungsausgaben am Volkseinkommen (nach Abzug der Bundesbeiträge) 2004
Quelle: BFS

⁵ Nach Abzug der Bundesbeiträge.

⁶ Bundesamt für Statistik, Öffentliche Bildungsausgaben 2004.

2

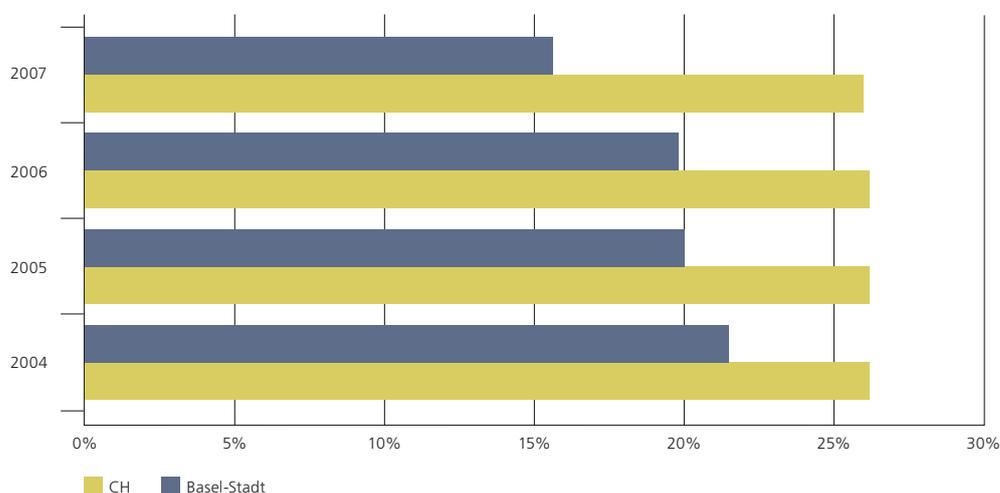
ENTWICKLUNG DER BILDUNGSAusGABEN IN BASEL-STADT 2004–2007

Die Entwicklung der absoluten Bildungsausgaben pro Schülerin bzw. Schüler und Stufe im Vergleich zum Anteil an den Gesamtausgaben zeigt einerseits, wie finanzstark ein Kanton ist und andererseits, wie die Prioritäten bei den staatlichen Ausgaben gesetzt werden.

2.1 Prozentualer Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben

Gesamtschweizerisch blieb der Anteil Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben im vergangenen Jahrzehnt konstant bei etwa 26 Prozent (nach Abzug der Bundesbeiträge). In Basel-Stadt ist der Anteil, welcher für den Bereich Bildung ausgegeben wird, zwischen 2004 und 2007 gesunken. Die Wahl des Anteils an finanziellen Ressourcen, der in die Ausbildung investiert werden soll, ist politisch von zentraler Bedeutung. Der Anteil des Volkseinkommens, der für Bildung ausgegeben wird, informiert über die Priorität, die der Bildung im Vergleich zu anderen öffentlichen und privaten Gütern beigemessen wird. Im Kanton Basel-Stadt lagen die Prioritäten zwischen 2004 und 2007 nicht unbedingt im Bildungsbereich. Die Tatsache, dass der Anteil, welcher für Bildung ausgegeben wurde, gesunken ist, bedeutet aber nicht zwingend eine Senkung der absoluten Ausgaben. Der absolute Betrag ist vielmehr abhängig vom Volkseinkommen.

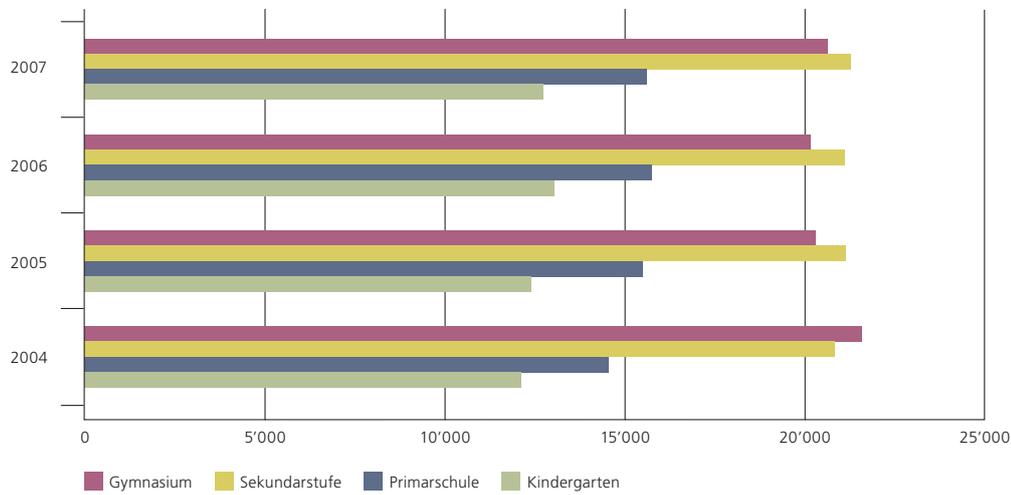
Grafik 5
Prozentualer Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben 2004–2007
Quelle: BFS



2.2 Ausgaben pro Kopf und Stufe

Die Statistik zeigt, dass die Bildungsausgaben pro Schüler und Schülerin im Kanton Basel-Stadt in der Summe nur wenig gestiegen sind. Die Kosten für das Gymnasium sind leicht zurückgegangen, während sie für den Kindergarten, die Primarschule und die Sekundarstufe I leicht gestiegen sind. Obwohl also der prozentuale Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben in Basel-Stadt zurückgegangen ist, stiegen die Ausgaben pro Schülerin und Schüler ein wenig an. Das bedeutet, dass das Volkseinkommen in Basel-Stadt gestiegen ist, dieser Zuwachs aber nicht in den Bereich Bildung, sondern in andere Bereiche floss. Andere Faktoren für die leichte Zunahme der Kosten können Fluktuationen bei den Schülerzahlen oder leichte Veränderungen bei der Hete-

rogenität der Schülerschaft sein. Es ist aber anzumerken, dass der Kanton Basel-Stadt zurzeit erhebliche Investitionen in die Bildung plant und tätigt, namentlich im Bereich der Schul- und Hochschulbauten, der Schulharmonisierung, der Frühförderung, des Ausbaus der Tagesstrukturen und der Hochschulbildung.



Grafik 6
 Bildungsausgaben pro
 Schülerin/Schüler in
 Basel-Stadt 2004–2007
 Quelle: BFS

PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE 2005 BIS 2010

Förderung und Integration

2005: Motion Dr. Alexandra Nogawa-Staehelin und Konsorten betreffend Iman-Ausbildung; Interpellation Nr. 16 Rolf Häring betreffend mehrstufige OS-Kleinklassen
 2006: Interpellation Nr. 54 Daniel Stolz betreffend intelligenter Umgang mit renitenten Schülerinnen und Schülern; Interpellation Nr. 47 Christine Locher-Hoch betreffend Gesamtkonzept spezieller Förderprogramme
 2007: Interpellation Nr. 17 Peter Howald betreffend Übertritt 4. Kl. KKL-Primar in OS-Regelklasse mit ISF; Anzug André Weissen und Konsorten betreffend Massnahmen gegen die drohende «digitale Kluft»; Interpellation Nr. 82 Karin Haerberli Leugger betreffend prekäre Situation von Kursleitenden in Sprach- und Integrationskursen
 2008: Anzug Esther Weber Lehner und Konsorten betreffend Schulsozialarbeit an der Volksschule Basel; Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend Maximalquoten für Ausländerinnen und Ausländer in Basler Schulen und Kindergärten; Interpellation Nr. 58 Doris Gysin betreffend Neupositionierung Psychomotorik; Interpellation Nr. 77 Andreas Ungricht betreffend Schwimmunterricht für muslimische MitbürgerInnen nach Bundesgerichtsurteil
 2009: Vorgezogenes Budgetpostulat Heidi Mück Dienststelle Nr. 230/Volksschule/30 Personalaufwand/ED; Vorgezogenes Budgetpostulat Maria Berger-Coenen und Heidi Mück Dienststelle Nr. 230/Volksschule/Leitung Bildung ED; Vorgezogenes Budgetpostulat Dominique König-Lüdin Dienststelle Nr. 220/Leitung Bildung/ED; Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Attestlehre für Fahrradmechaniker/in und Motorradmechaniker/in; Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Schaffung von wählbaren Modellklassen der Volksschule in benachteiligten Quartieren
 2010: Anzug Salome Hofer und Konsorten betreffend Verbesserung und Koordination des internen Förderunterrichtsangebots an Schulen; Motion Alexander Gröflin betreffend Deutschkenntnisse als Voraussetzung für den Eintritt in die Volksschule; Interpellation Nr. 61 Martina Bernasconi betreffend Finanzierung der Diagnostisch-Therapeutischen Tagesklinik für Klein- und Kindergartenkinder (DTK); Interpellation Nr. 67 Stephan Luethi-Brüderlin betreffend Schulunterricht am UKBB; Anzug Ursula Metzger Jungo P. und Konsorten betreffend Gewährleistung des Schulunterrichts für alle Kinder und Jugendlichen; Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Neukonzeption der Schulung von Kindern und Jugendlichen in stationärer Behandlung

Bildungsausgaben/Finanzierung/Kostenbeteiligung

2005: Budgetpostulat Heidi Mück betreffend Selbstkostenanteil für Therapiesitzungen der Schulpsychologischen (SPD) Dienste; Interpellation Nr. 19 Maria Berger-Coenen betreffend Kursgeld-Übernahme im Maturitätskurs für Berufstätige MfB für die Teilnehmenden aus dem Kanton Basel-Landschaft; Interpellation Nr. 40 Bernhard Madörin betreffend Abgeltung der Zentrumsleistungen des Kantons Basel-Landschaft an den Kanton Basel-Stadt betreffend der Universität; Kleine Anfrage Bernhard Madörin betreffend Abgeltung der Zentrumsleistungen des Kantons Basel-Landschaft an den Kanton Basel-Stadt betreffend der Universität
 2006: Budgetpostulat Heidi Mück betreffend Ressort Schulen; Vorgezogenes Budgetpostulat Heidi Mück betreffend Ressort Schulen; Interpellation Nr. 48 Emmanuel Ullmann betreffend Kostenvergleich kantonalen Schulen; Anzug Baschi Dürr und Konsorten betreffend Einbezug von Privatschulen; Interpellation Nr. 69 Doris Gysin zu Bildungsausgaben des Bundes und mögliche

Konsequenzen auf Basel 2007: Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Kosten-Nutzenanalyse kantonaler Schulen; Schriftliche Anfrage Tino Krattiger betreffend Kosten eines Schuljahres 2008: Motion Sibel Arslan und Konsorten betreffend Bildungsbeiträge für Personen ohne obligatorische Schul- und Berufsbildung; Motion Alexander Gröflin und Konsorten für einen Steuerabzug bei Privatschulen 2009: Interpellation Nr. 46 Sabine Suter betreffend Kostenbeteiligung der Eltern an Schulanlässen; Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Bildungsgutschriften für LehrabgängerInnen 2010: Anzug Oswald Inglin betreffend Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende; Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend ausländische Dozierende und Studierende; Anzug Sabine Suter betreffend Transportkosten verursacht durch Unterricht ausserhalb des eigenen Schulhauses

Curriculum/Stundenplan/Lehrmittel

2005: Anzug Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Einführung eines Faches «Religion und Kultur»; Interpellation Nr. 28 Rolf Stürm betreffend Life Sciences Technologies/Biomedical/Engineering an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW); Anzug Doris Gysin und Konsorten betreffend politische Bildung und Kinderrechte 2006: Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend Kulturvermittlung in den Schulen 2007: Anzug Andreas Ungricht und Konsorten betreffend Budgetunterricht an Basler Schulen; Anzug Tobit Schäfer und Konsorten betreffend Aufnahme eines Faches «Politik, Wirtschaft und Recht» in den obligatorischen Schulunterricht; Anzug Maria Berger-Coenen und Konsorten betreffend Mädchen und Naturwissenschaften/Technik 2008: Anzug Roland Engeler-Ohnemus betreffend Schaffung eines Lehrmittels zur Geschichte der trinationalen Region Basel; Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Basler Geschichte für alle; Interpellation Nr. 49 Maria Berger-Coenen betreffend Umsetzung des obligatorischen Sportunterrichts an den Berufsfachschulen; Anzug Maria Berger-Coenen und Konsorten betreffend Umsetzung des obligatorischen Turn- und Sportunterrichts an den Berufsfachschulen 2009: Vorgezogenes Budgetpostulat Sibylle Benz Hübner betreffend Erziehungsdepartement, Dienststelle Nr. 2260/Primarschule (und 2350 OS) 2010: Anzug Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Latein an den Basler Schulen; Interpellation Nr. 23 Atila Toptas betreffend Schwimmunterricht an den Basler Schulen; Anzug Franziska Reinhard und Konsorten für einen kinder- und jugendgerechten Schulstart; Anzug Atila Toptas und Konsorten zu mehr Theaterpädagogik in der Schule

Frühe Bildung/frühe Sprachförderung

2005: Anzug Doris Gysin und Konsorten betreffend Bildungserfolg durch Frühförderung 2006: Anzug Helen Schai-Zigerlig und Konsorten betreffend vermehrte Anleitung der Eltern zur Förderung der frühkindlichen Entwicklung 2007: Anzug Maria Berger-Coenen und Konsorten betreffend Gesamtkonzept zur Frühförderung von Kindern im Kanton Basel-Stadt; Anzug Rolf Häring und Konsorten betreffend die Schaffung von Vorlaufklassen zur Frühförderung; Anzug Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Früherkennung und Frühförderung; Anzug Mustafa Atici und Konsorten betreffend Einführung von Vorkindergärten in Basel-Stadt 2008: Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Elterneinbezug bei der Sprachförderung: Frühförderung plus; Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Konzept Mitfinanzierung von Tagesheimen ohne Leistungsauftrag; Anzug Doris Gysin und Konsorten betreffend Frühförderung für alle Kinder 2010: Anzug Doris Gysin und Konsorten betreffend Spielgruppen sind wichtig für die Sprachförderung, sie brauchen wirtschaftlich gesunde Bedingungen und Anerkennung!

Infrastruktur

2005: Anzug Christine Heuss und Konsorten betreffend Gesamtkonzept für Mensabetriebe an den Basler Schulen; Interpellation Nr. 71 Matthias Schmutz betreffend Schulhaus Hinter Gärten Riehen 2007: Vorgezogenes Budgetpostulat Heidi Mück zur Dienststelle 201/Departementsstäbe ED, Sachaufwand regulärer Unterhalt 2008: Interpellation Nr. 112 Roland Engeler-Ohnemus betreffend Qualitäts- und Preisvorgaben für die Mensen der Basler Schulen; Schriftliche Anfrage Andreas Ungricht betreffend Pausenplatz des Voltaschulhauses; Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Mensabetriebe an den Basler Schulen; Anzug Ruth Widmer und Konsorten

betreffend Renovation des Theatersaals der Berufsfachschule Basel 2009: Interpellation Nr. 29 Ruth Widmer betreffend Sicherheitsaspekte durch bauliche Mängel an dem OS-SH Brunnmatt; Schriftliche Anfrage Remo Gallacchi betreffend Sanierung Pausenplatz der Schulen mit Standort Bäumlihof

Organisation

2005: Interpellation Nr. 79 Emmanuel Ullmann betreffend Einführung der Fünftagewoche am Gymnasium Kirschgarten 2007: Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Neuordnung der Schulferien – mehr Herbstferien!; Anzug Alexander Gröflin und Konsorten betreffend Fusionierung der Stellen ULEF-Institut für Unterrichtsfragen und LehrerInnenfortbildung, Volkshochschule und Personal- und Organisationsentwicklung (ZPD); Anzug Christophe Haller und Konsorten betreffend Überprüfung Standorte Universität Basel; Planungsantrag Heidi Mück betreffend pädagogischer Unterstützung für Lehrpersonen; Planungsantrag Karin Haeberli und Konsorten betreffend Schaffung einer Fachstelle für Erwachsenenbildung 2009: Schriftliche Anfrage Rudolf Vogel betreffend Sommer-Schulferien; Anzug Anita Heer und Konsorten betreffend frühzeitigere Kindergartenzuteilung und entsprechende Mitteilung an die Eltern; Interpellation Nr. 95 Martin Lüchinger betreffend die «mehrspurige» Leseförderung im Erziehungsdepartement 2010: Interpellation Nr. 12 Tanja Soland betreffend neue Führungsstrukturen im Erziehungsdepartement; Schriftliche Anfrage Elisabeth Ackermann betreffend neuer Leitung an der Volksschule; Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend Durchführung Schulsynode in unterrichtsfreier Zeit

Prävention in der Schule

2006: Anzug Stephan Ebner und Konsorten betreffend zunehmende Gewalt an Basler Schulen 2007: Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Schutz vor Gewalt und sexuellen Übergriffen an Kindern; Anzug Helen Schai-Zigerlig und Konsorten betreffend Schutz der Kinder vor Internetkriminalität; Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend «Handy Charta»; Interpellation Nr. 72 Andrea Bollinger betreffend Rauchverbot an Schulen 2008: Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Lebensraum Schule - Raum zum Leben; Anzug Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Jugendgewalt: Sanktionen; Anzug Gabriele Stutz-Kilcher und Konsorten betreffend Jugendgewalt: Besser vorsorgen als nachsorgen - Stärkung der Elternkompetenz 2009: Interpellation Nr. 22 Atilla Toptas zu Massakern an öffentlichen Schulen; Schriftliche Anfrage Mirjam Ballmer betreffend Gewaltprävention an Schulen 2010: Anzug Maria Berger-Coenen und Konsorten betreffend Begleitung velofahrender SchülerInnen; Anzug Atilla Toptas und Konsorten betreffend Quartiersentwicklung, Kinder- und Jugendförderung durch Erweiterung der Nutzung von Schulhäusern und Schularealen; Schriftliche Anfrage Francisca Schiess betreffend Präventionsarbeiten im Kinder- und Jugendbereich

Lehrstellenförderung

2005: Anzug Fernand Gerspach und Konsorten betreffend Lehrstellenoffensive; Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend die Schaffung von 50 neuen Lehrstellen beim Kanton Basel-Stadt auf Lehrbeginn 2006; Interpellation Nr. 60 Roland Engeler-Ohnenmus betreffend Ausbildungsinitiative; Anzug Rolf Häring und Konsorten betreffend die Schaffung eines kantonalen Berufsbildungsfonds 2006: Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend die Förderung von Lehrbetriebsverbänden 2007: Planungsantrag Sibel Arslan betreffend Lehrstellenförderung junger Migrantinnen und Migranten 2008: Kantonale Initiative: «Für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot» (Lehrstelleninitiative); Motion Andreas Burkhardt und Konsorten für eine Entlastung der Lehrbetriebe in Basel durch Erhöhung der Kantonsbeiträge an die überbetrieblichen Kurse auf das Beitragsniveau des Kantons Basel-Landschaft 2009: Anzug Mustafa Atici und Konsorten betr. Erschliessung von Lehrstellen in Betrieben von Migranten; Budgetpostulat Peter Malama betreffend Erziehungsdepartement/Dienststelle 265/Berufs- und Erwachsenenbildung

Gesundheitsberufe

2005: Interpellation Nr. 15 Michael Martig betreffend Physiotherapie-Ausbildung in der Nordwestschweiz 2006: Interpellation Nr. 96 Michael Martig betreffend neue Ausbildungsgänge der Gesundheitsberufe 2007: Budgetpostulat Stephan Ebner betreffend

Dienststelle 264/Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt; Interpellation Nr. 55 Beatriz Greuter betreffend Mangel an diplomierten Pflegefachfrauen/männern HF; Anzug Andrea Bollinger und Konsorten betreffend Schaffung eines Lehrstuhls für Palliativmedizin 2008: Anzug Greta Schindler und Konsorten betreffend Personalmangel im Pflegebereich bedingt durch fehlende Ausbildungsplätze; Anzug Beatriz Greuter und Konsorten betreffend Ausbildungen im Pflegebereich auf FH Niveau 2010: Anzug Rolf von Aarburg und Konsorten betreffend Numerus clausus trotz Ärztemangel; Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend privates Bildungszentrum für Pflege- und Spitalberufe

Schulharmonisierung

2006: Interpellation Nr. 42 Christine Wirz-von Planta betreffend beabsichtigte Verkürzung der Dauer des Gymnasiums 2007: Interpellation Nr. 22 Elisabeth Ackermann betreffend künftige Schulstruktur; Anzug Esther Weber Lehner und Konsorten betreffend Aufhebung der Befristung der zwei unterschiedlichen Leistungszügen in der WBS 2008: Anzug Tommy Frey und Konsorten betreffend Benotung von Schülerinnen und Schülern im Bildungsraum Nordwestschweiz; Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Internationale Maturität an den Basler Gymnasien 2009: Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend eines wirklichen Volksschulabschlusses im Rahmen des Bildungsraums Nordwestschweiz 2010: Schriftliche Anfrage Remo Gallacchi betreffend Lehrplan 21; Anzug Ruth Widmer und Konsorten betreffend Überprüfung der Lohneinreihung bei Lehrpersonen im Zusammenhang mit HarmoS; Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Sekundarschule I-Standort in Riehen; Anzug Ruth Widmer und Konsorten betreffend Überprüfung der Lohneinreihung bei Lehrpersonen im Zusammenhang mit HarmoS

Schulnahe Tagesstrukturen

2005: Tagesschul-Initiative; Motion Sibylle Schürch und Konsorten betreffend Ausbau der Tagesschulen 2006: Budgetpostulat Hermann Amstad betreffend Tagesschulangebot; Interpellation Nr. 21 Mustafa Atici betreffend fehlender oder ungenügender Information der Eltern über schulische und schulnahe Betreuungs- und Förderangebote 2007: Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Aufhebung/Senkung der Elternbeiträge an Schulen mit Tagesstrukturen 2008: Schriftliche Anfrage Hermann Amstad betreffend Tagesschul-Pilotprojekt; Kantonale Initiative «Tagesschule für mehr Chancengleichheit» 2010: Schriftliche Anfrage Maria Berger-Coenen betreffend Spar- bzw. Optimierungspotenzial bei den Tagesschulen; Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Tagesferienplätze für Kinder

Aufsicht

2005: Anzug Michel-Remo Lussana betreffend Entlastung der Inspektionen der Orientierungsschule und der künftigen Primarschulen in Basel durch Schaffung von Schulkommissionen; Motion Sabine Suter und Konsorten betreffend Wählbarkeit der Inspektionsmitglieder § 83b und die Möglichkeit einer Abwahl von Inspektionsmitgliedern bei Nichterfüllung ihrer Pflichten 2008: Motion Isabel Koellreuter und Konsorten betreffend die Vertretung von Schülerinnen und Schülern innerhalb der Inspektion 2009: Anzug Christine Heuss und Konsorten betreffend Kompetenzabklärung für die interkantonalen (Prüfungs-) kommissionen; Interpellation Nr. 3 Eduard Rutschmann betreffend Schulinspektion: Alterslimite für die Mitglieder 2010: Motion Salome Hofer und Konsorten betreffend studentische Vertretung im Universitätsrat der Universität Basel; Anzug Alexander Gröflin und Konsorten betreffend Aufsicht von Schulen verschiedenster Glaubensgemeinschaften; Schriftliche Anfrage Martina Bernasconi betreffend Aufgaben und Praxis der Schulräte

Standardsprache/Dialekt

2006: Anzug Tommy E. Frey und Konsorten betreffend schweizerdeutschem Sprachgebrauch auf Basler Schulhöfen 2008: Interpellation Nr. 13 Remo Gallacchi betreffend Projekt «Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten» und «Standardsprache in den Kindergärten und Primarschulen»; Interpellation Nr. 12 Roland Vögtli betreffend Ausrottung des Baseldytsch - quo vadis Baseldytsch? 2009: Interpellation Nr. 44 André Weissen betreffend Dialekt im Kindergarten; Interpellation Nr. 39 Beatrice Alder betreffend Einführung von Massnahmen, gegen deren Ziel eine sehr erfolg-

reiche Unterschriftensammlung lief, die mittlerweile als Initiative «Ja zum Dialekt» eingereicht worden ist; Kantonale Volksinitiative «Ja zum Dialekt» 2010: Interpellation Nr. 6 Beatrice Alder betreffend Dialekt versus Standardsprache und wo bleibt die Kultur?

Diverses

2005: Budgetpostulat Doris Gysin betreffend Stufenanstieg der Löhne für Mitarbeitende der Uni 2006: Anzug Maria Berger-Coenen und Konsorten betreffend Erleichterung des Fachhochschulzugangs mit einer Gymnasial- oder Fachmatur; Interpellation Nr. 19 Roland Stark betreffend Angriffe des Vorsitzenden der EDK auf das Basler Schulwesen; Interpellation Nr. 40 Maria Berger-Coenen betreffend Öffnung der «Passerelle» von der Fachmatur zur allgemeinen Hochschulreife am Staatlichen Abendgymnasium Basel (Maturitätskurse für Berufstätige); Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend differenzierter Beurteilung unter Einschluss von Noten; Anzug Rolf Stürm und Konsorten betreffend Stärkung beider Bildungswege; Anzug Sebastian Frehner betreffend Einführung von Schulnoten ab der dritten Primarklasse; Interpellation Nr. 98 Christoph Wydler betreffend Revision des MAR (Maturitätsanerkenntnisreglement) 2007: Interpellation Nr. 20 Lorenz Nägelin betreffend Uniformenzwang für Schülerinnen und Schüler; Interpellation Nr. 43 Hansjörg M. Wirz betreffend Ungleichbehandlung bei der Immatrikulation an der Uni Basel von MaturainhaberInnen des Liceo Europeo Basel; Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Stellvertretungen im Schulbereich; Interpellation Nr. 92 Maria Berger-Coenen betreffend Immatrikulation von Absolventinnen/Absolventen des Staatlichen Abendgymnasiums Basel (Maturitätskurse für Berufstätige) 2008: Interpellation Nr. 22 Sabine Suter betreffend Informationsfluss ED via E-Mail; Interpellation Nr. 32 Maria Berger-Coenen betreffend Zulassungsbestimmungen an der Pädagogischen Hochschule der FHNW; Interpellation Nr. 52 Markus Benz: Information oder Propaganda? – Eine Leserbriefaktion des Erziehungsdepartementes zur kantonalen Abstimmung über die Teilautonomie an Volksschulen; Anzug Maria Berger-Coenen und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsabschlusses 2009: Vorgezogenes Budgetpostulat Martin Lüchinger Dienststelle Nr. 290/36 Eigene Beiträge/ED; Interpellation Nr. 51 Doris Gysin betreffend Direktor der PH FHNW will weg; Motion Emmanuel Ullmann und Konsorten für eine Flexibilisierung des Kindergartenintrittes 2010: Schriftliche Anfrage Daniel Goepfert betreffend Notengebung während des ersten Semesters der ersten Gymnasialklassen im Kanton Basel-Stadt; Motion Alexander Gröflin und Konsorten für eine freie Staatsschul-Wahl in der obligatorischen Schulzeit; Interpellation Nr. 76 Maria Berger-Coenen betreffend Zulassung von BM-AbsolventInnen zum BA-Studiengang Vorschul- und Primarstufe an der PH der FHNW; Interpellation Nr. 90 Alexander Gröflin betreffend politische Einflussnahme der Universitäts-Verantwortlichen

VERZEICHNIS DER GRAFIKEN UND TABELLEN

TEIL I BILDUNG IM KONTEXT SICH VERÄNDERNDER RAHMENBEDINGUNGEN

1 Demografischer Wandel und gesellschaftlicher Kontext

- Grafik 1: Zu- und Weggezogene nach Herkunft/Wanderziel 1980–2009
- Grafik 2: Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit im Kanton Basel-Stadt 2010
- Grafik 3: Anteil der unter 20-Jährigen im Kanton Basel-Stadt 1980–2010
- Grafik 4: Bevölkerungsentwicklung nach Alter gemäss dem mittleren Szenario der Bevölkerungsentwicklung bis 2035
- Grafik 5: Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit im Kanton Basel-Stadt 1980–2010
- Grafik 6: Ausländeranteil nach Gemeinde und Wohnviertel im Kanton Basel-Stadt 2010
- Grafik 7: Bildungsniveau der Wohnbevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 25 Jahren 1980–2000
- Grafik 8: Wohnbevölkerung ab 25 Jahren mit einem Bildungsabschluss auf Tertiärstufe in Prozent 2000
- Grafik 9: Bildungsniveau der ständigen Wohnbevölkerung in Basel-Stadt und in der Schweiz 2007–2009
- Grafik 10: Bildungsniveau der ständigen Wohnbevölkerung in Basel-Stadt nach Alter 2007–2009
- Grafik 11: Personen mit obligatorischer Grundschulbildung (abgeschlossen oder nicht abgeschlossen) 2007–2009
- Grafik 12: Erwerbstätigenquote der ständigen Wohnbevölkerung in Basel-Stadt 2007–2009
- Grafik 13: Arbeitslosenquote 2004–2010
- Grafik 14: Sozialhilfequote von Schweizerinnen und Schweizer nach Altersgruppe in der Stadt Basel 1997–2009
- Grafik 15: Sozialhilfequote von Ausländerinnen und Ausländern nach Altersgruppe in der Stadt Basel 1997–2009

2 Parlamentarische Vorstösse und Volksinitiativen im Zeitraum 2005 bis 2010

- Tab. 1: Parlamentarische Vorstösse und Volksinitiativen nach Typ 2005–2010
- Tab. 2: Parlamentarische Vorstösse und kantonale Initiativen nach Themen und Schulstufe 2005–2010
- Tab. 3: Politische Vorstösse und Initiativen nach Themen und Jahr der Einreichung 2005–2010

TEIL II AUFBAU VON BASISKOMPETENZEN: FRÜHE BILDUNG UND VOLKSSCHULBILDUNG

1 Frühe Bildung, Betreuung und Erziehung

- Tab. 1: Anzahl Plätze in Tagesheimen 2004–2010
- Tab. 2: Anzahl betreuter Kinder in Tagesheimen 2004–2010
- Grafik 1: Altersstruktur in subventionierten Tagesheimen 2004–2010
- Tab. 3: Altersverteilung der Kinder in Spielgruppen 2008

- Tab. 4: Nationalitäten in den Spielgruppen 2008
Tab. 5: Deutsch sprechende Kinder in den Spielgruppen 2008

2 Volksschulen

- Tab. 1: Schülerinnen und Schüler an öffentlichen und privaten Schulen (Wohnsitz Kanton BS) 2005–2010
Tab. 2: Prozentuale Verteilung der Schülerinnen und Schüler an öffentlichen und privaten Schulen (Wohnsitz Kanton BS) 2005–2009
Grafik 1: Kulturelle Heterogenität an der obligatorischen Schule nach Kanton und Bildungsstufe 2008/09
Grafik 2a: Schülerinnen und Schüler an der Volksschule nach Erstsprache 2005–2010
Grafik 2b: Schülerinnen und Schüler an der Volksschule nach Heimat 2005–2010
Grafik 3a: Schülerinnen und Schüler nach Schultyp und Erstsprache im Jahr 2010
Grafik 3b: Erstsprache in der OS nach Wahlkreisen 2009/10
Grafik 4: Prozentualer Anteil Schülerinnen und Schüler, deren Erstsprache «Nicht Deutsch» ist, auf ausgewählten Schulstufen 2005–2010
Tab. 3: Übersicht Schulleitungen im Schuljahr 2010/11
Tab. 4: Investierte Lektionen in integrative bzw. separative heilpädagogische Angebote ab 2005/06
Grafik 5: Anteil Kinder und Jugendliche in Sonderklassen und Sonderschulen im kantonalen Vergleich 2008/09
Grafik 6: Anteil Schülerinnen und Schüler, die Tagesstrukturen nutzen 2007–2010
Grafik 7: Kinder an öffentlichen Kindergärten nach Heimat 2005–2010
Grafik 8: Kinder an öffentlichen Kindergärten nach Erstsprache (Deutsch oder «Nicht Deutsch») 2005–2010
Grafik 9: Betreuungsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der obligatorischen Schule in verschiedenen Kantonen 2007/08
Grafik 10: Durchschnittliche jährliche Unterrichtszeit in der Primarschule 2008/09
Grafik 11a: Übertritte aus der Orientierungsschule an die Folgeschulen 2004/05–2010/11
Grafik 11b: Übertritte aus der Orientierungsschule nach Quartier 2009/10
Grafiken 12a und 12b: Übertritte nach der WBS 2005/06–2009/10
Grafik 13: Anschlusslösungen nach der obligatorischen Schulzeit 2004/05–2009/10
Grafik 14: Schülerinnen und Schüler in öffentlichen Schulen mit Stufenrückstand 2005–2010

TEIL III BILDUNG IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN ALLGEMEINBILDUNG UND SPEZIALISIERUNG: SEKUNDARSTUFE II

1 Allgemeine Informationen zur Sekundarstufe II

- Grafik 1: Bildungsabschlüsse im Kanton Basel-Stadt 2008

2 Allgemeinbildende Schulen

- Grafik 2: Maturitätsquoten 2010 im Vergleich (= Anteil der 19-jährigen ständigen Wohnbevölkerung mit Maturitätsabschluss)
Grafik 3: Bestandene Maturitätsprüfungen im Kanton Basel-Stadt 2000–2010
Grafik 4: Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Basler Gymnasien nach Heimat 2005–2010
Grafik 5: Schwerpunktfächer im 1. Gymnasialjahr (prozentuale Anteile) 1997/98–2010/11
Grafik 6: Schwerpunktfächer bei Maturitätsabschluss nach Geschlecht 2009
Grafik 7: Sofortübertritte an universitäre Hochschulen in Prozent der Maturitäten 1994–2009
Grafik 8: Anzahl Fachmaturitäten im kantonalen Vergleich 2009
Grafik 9: Richtungen der Fachmaturitäten nach Geschlecht 2009
Grafik 10: Frauen- und Männeranteil in der Fachmaturitätsschule 2005–2010
Grafik 11: Anteil Schülerinnen und Schüler ausländischer Nationalität an der Fachmaturitätsschule 2005–2010
Grafik 12: Nationalitäten an der Fachmaturitätsschule 2010

3 Berufsbildung

- Tab. 1: Teilnehmende an beruflichen Vorbereitungskursen der kantonalen Berufsfachschulen nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2008
- Tab. 2: Teilnehmende an Angeboten auf Stufe 10 (nach alter Zählung) mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt Jahr 2010
- Grafik 13: 15- bis 19-jährige Wohnbevölkerung und Lehrvertragsabschlüsse (alle Wohnsitzkantone) seit 1985
- Grafik 14: Gesamtbestand an Lehrverträgen nach Ausbildungstyp 2004–2010
- Tab. 3: Gesamtbestand an Lehrverträgen (EFZ und EBA) nach ausgewählten Berufsgruppen 2002–2010
- Tab. 4: Bestand Lehrverträge EBA nach ausgewählten Berufsgruppen 2003–2010
- Grafik 15: Am häufigsten gewählte Lehrberufe im Kanton Basel-Stadt nach Geschlecht 2010
- Tab. 5: Gesamtbestand an Lernenden mit Lehrvertrag nach Geschlecht 2005–2010
- Tab. 6: Gesamtbestand an Lernenden mit Lehrvertrag nach Geschlecht und Nationalität 2005–2010
- Tab. 7: Lehrvertragsauflösungen (EFZ und EBA) nach Geschlecht und Nationalität 2010
- Tab. 8: Abschlussprüfungen EFZ Schweiz sowie Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft nach Geschlecht 2008 und 2009
- Tab. 9: Abschlussprüfungen EBA Schweiz sowie Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft nach Geschlecht 2009
- Tab. 10: Lernende der BM (BM1) an Berufsfachschulen nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2009 (ohne WMS)
- Tab. 11: Lernende an der Wirtschaftsmittelschule WMS und Informatikmittelschule IMS nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2010
- Tab. 12: Teilnehmende an beruflicher Nachholbildung in der Nordwestschweiz nach Berufsgruppen 2010

TEIL IV BILDUNG AUF TERTIÄRSTUFE

1 Tertiärbereich A: Hochschulen

- Grafik 1: Studierende der Universität Basel 2006–2010
- Grafik 2: Ausländische Studierende der Universität Basel 2006–2010
- Grafik 3: Verteilung der Studierenden auf die Fakultäten der Universität Basel 2006–2010
- Grafik 4: Studierende der Universität Basel nach Fakultät und Ausbildungsstufe 2010
- Grafik 5: Studierende der Universität Basel nach Wohnkanton 2006–2010
- Grafik 6: Eintrittsalter der Studierenden an der Universität Basel 2006–2010
- Grafik 7: Eintrittsalter von Studierenden Schweiz/Ausland an der Universität Basel 2010
- Grafik 8: Dozierende der Universität Basel 2006–2010
- Grafik 9: Studierende der Fachhochschule Nordwestschweiz 2006–2010
- Grafik 10: Studierende in Ausbildungen der Fachhochschule Nordwestschweiz nach Hochschule 2006–2010
- Grafik 11: Studierende der Fachhochschule Nordwestschweiz nach Hochschule und Ausbildungsstufe 2010
- Grafik 12: Studierende der Fachhochschule Nordwestschweiz nach Wohnkanton 2006–2010
- Grafik 13: Dozierende der Fachhochschule Nordwestschweiz 2006–2010

2 Tertiärbereich B: Höhere Berufsbildung

- Tab. 1: Teilnehmende an Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen nach Geschlecht, Berufsfachschule und Berufsprüfung 2007–2010
- Tab. 2: Eidg. Fachausweise (Berufsprüfungen) nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2007–2009
- Tab. 3: Teilnehmende an Vorbereitungskursen auf höhere Fachprüfungen nach Geschlecht, Berufsfachschule und Fachprüfung 2007/08–2009/10
- Tab. 4: Eidg. Diplome (höhere Fachprüfungen) nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2007–2009
- Tab. 5: Studierende an Höheren Fachschulen nach Geschlecht, Schule und HF-Typ 2007–2010
- Tab. 6: Diplome HF nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2007–2009
- Tab. 7: Nachdiplome HF nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2007–2009

3 Stipendien

Tab. 1: Stipendien nach Heimat, Alter und Ausbildungskategorie 2010

Tab. 2: Stipendien nach Ausbildungsstufe, Geschlecht und Ausbildungskategorie 2010

TEIL V WEITERBILDUNG**1 Vielfältige nicht formale Bildung**

Grafik 1: Beteiligungsquote an nicht formalen Weiterbildungsaktivitäten nach Arbeitsmarkt-Status 2008

Grafik 2: Beteiligungsquote an nicht formalen Weiterbildungsaktivitäten nach Bildungsniveau 2008

Tab. 1: Teilnehmende an Weiterbildungskursen an Berufsfachschulen nach Geschlecht seit 2007

Tab. 2: Volkshochschule beider Basel, Kursteilnehmende nach Geschlecht seit 2007

Tab. 3: Teilnehmende an subventionierten Deutschkursen nach Geschlecht und Herkunftssprache 2009

Tab. 4: Studierendenzahl in den postgradualen, berufsbegleitenden MAS-Studienprogrammen an der Universität Basel 2010

Tabelle 5: Ausgestellte Diplome/Zertifikate der FHNW 2010

TEIL VI LEHRPERSONEN**1 Zusammensetzung**

Grafik 1: Arbeitspensum der Lehrpersonen in Stellenprozenten nach Schultyp 2009/10

Grafik 2: Alterstruktur der Lehrerinnen und Lehrer nach Schultyp 2009/10

Grafik 3: Geschlechterverhältnis Lehrpersonen nach Schultyp in Prozent 2009/10

Grafik 4: Geschlechterverhältnis Lehrpersonen nach Schulstufe an den Volksschulen 2009/10

Grafik 5: Nationalitäten der Lehrpersonen auf den verschiedenen Schulstufen 2009/10

2 Aus- und Weiterbildung

Grafik 6: Ausbildung der Lehrpersonen der Sekundarstufe I und der allgemeinbildenden weiterführenden Schulen 2009/10

Grafik 7: Ausbildungen der Lehrpersonen in berufsbildenden Schulen 2009/10

Grafik 8: Anzahl Studierende an der Pädagogischen Hochschule der FHNW 2006/07–2009/10

Grafik 9: Studierende Lehrpersonenausbildung an der Universität Basel 2009–2010

Grafik 10: Weiterbildungsangebote ULEF 2002–2009

Grafik 11: QM-Elemente im Bildungsbereich Basel-Stadt

Tab. 1: Schulstufenvergleich Umsetzungsgrad der Q-Elemente (in Prozent «ja, gibt es bereits»)

TEIL VII ÖFFENTLICHE BILDUNGS-AUSGABEN**1 Bildungsausgaben im Vergleich zu anderen Kantonen**

Grafik 1: Prozentualer Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben 2007

Grafik 2: Bildungsausgaben in CHF pro Schülerin/Schüler und Stufe im kantonalen Vergleich 2007

Grafik 3: Bildungsausgaben pro Einwohner/-in 2007

Grafik 4: Prozentualer Anteil der Bildungsausgaben am Volkseinkommen (nach Abzug der Bundesbeiträge) 2004

2 Entwicklung der Bildungsausgaben in Basel-Stadt 2004–2007

Grafik 5: Prozentualer Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben 2004–2007

Grafik 6: Bildungsausgaben pro Schülerin/Schüler in Basel-Stadt 2004–2007

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AGS	Allgemeine Gewerbeschule Basel
ALFB	Arbeitsplatzbezogene Lehrer/-innenfortbildung
BBG	Bundesgesetz über die Berufsbildung
BBT	Bundesamt für Berufsbildung und Technologie
BFS	Berufsfachschule Basel
BFS	Bundesamt für Statistik
BM	Berufsmaturität
BP	Berufsprüfung
BSV	Interkantonale Berufsfachschulvereinbarung
BZG	Bildungszentrum Gesundheit
CAS	Certificate of Advanced Studies
DAS	Diploma of Advanced Studies
EBA	Eidgenössisches Berufsattest
ED	Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt
EK	Einführungsklasse (Primarstufe)
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
EFZ	Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis
EMBA	Executive Master of Business Administration
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
FAGE	Fachangestellte/r Gesundheit
FHNW	Fachhochschule Nordwestschweiz
FKA	Freies Kursangebot
FMS	Fachmaturitätsschule
GB	Gymnasium Bäumlhof
GKG	Gymnasium Kirschgarten
GL	Gymnasium Leonhard
GM	Gymnasium am Münsterplatz
HarmoS	Harmonisierung der obligatorischen Schulen in der Schweiz (EDK-Konkordat)
HF	Höhere Fachschule
HFP	Höhere Fachprüfung
HKV	Handelsschule des Kaufmännischen Vereins Basel
HPS	Heilpädagogische Schule
HWS	Huber Widemann Schule
IBE	Institut für Bildungsevaluation der Universität Zürich
IMS	Informatikmittelschule
IV	Invalidenversicherung
KG	Kindergarten

KKL/ISF	Kleinklassen und Integrative Schulungsformen
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LW	Lehrwerkstätte für Mechaniker an der AGS
MAR	Eidgenössisches Maturitätsanerkennungsreglement
MAS	Master of Advanced Studies
MfB	Maturitätsschule für Berufstätige
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen
PH	Pädagogische Hochschule
PH FHNW	Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz
PS	Primarschule
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/Organisation for Economic Co-operation and Development
OS	Orientierungsschule
Q	Qualität
QL	Quartierleitung Kindergärten
QM	Qualitätsmanagement
SAKE	Schweizerische Arbeitskräfteerhebung
SBA	Schule für Brückenangebote (12. Schuljahr; Schuljahre inkl. Kindergarten)
Sek	Sekundarstufe
SfG	Schule für Gestaltung Basel
SHL	Schulhausleitung
SL	Schulleitung
SpA	Spezialangebote
SPV	Sonderpädagogikverordnung
Swiss TPH	Swiss Tropical and Public Health Institute
ULEF	Institut für Unterrichtsfragen und Lehrer/-innenfortbildung
VHBB	Volkshochschule beider Basel
VHSBB	Stiftung «Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel»
WMS	Wirtschaftsmittelschule
WBS	Weiterbildungsschule
WG	Wirtschaftsgymnasium

IMPRESSUM

Bildungsbericht 2010/11

Herausgeber:

Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt

Autorinnen und Autoren:

Daniele Agnolazza
Andrea Attenhofer
Annina Balli
Kuno Bucher
Judith Hindermann
Felicitas Kemeny
Christoph Marbach
Christa Moll
Roland Müller
Andrea Pfeifer Brändli
Yvonne Reck Schöni
Nedim Ulusoy
Stefanie Vitelli
Daniela Zappatore
Catherine Zwahlen

Redaktion und Layout:

Bildungskoordination
Grafiken/Tabellen: VischerVettiger Basel

Projektleitung:

Stefanie Vitelli

November 2011

© Erziehungsdepartement Basel-Stadt